

FORSCHEN | BERATEN | INFORMIEREN

JAHRESBERICHT 2020



Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) wurde 1973 mit Sitz in Wiesbaden gegründet, um Ursachen und Folgen des demografischen Wandels in Deutschland zu untersuchen. Neben der wissenschaftlichen Forschung sind die Beratung der Ministerien und der Wissenstransfer in die Öffentlichkeit wichtige Aufgaben des Instituts. Als Forschungseinrichtung des Bundes ist das Institut dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat unterstellt.

Zur Zeit arbeiten am BiB mehr als 60 Personen, darunter etwa 50 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Fachrichtungen. Geleitet wird das Institut von Prof. Dr. Norbert F. Schneider.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Jahresbericht 2020

FORSCHEN | BERATEN | INFORMIEREN



FORSCHEN



BERATEN



INFORMIEREN

Inhalt

- 7 Vorwort des Direktors
- 8 Interview mit Referatsleiterin Friederike Dahns

13 Einblick in die Forschung

- 14 Familie und Fertilität
- 16 FReDA ist angelaufen
- 22 Migration und Mobilität
- 24 Kulturelle Diversität in der Bundesverwaltung
- 29 Transnationale Familien im Fokus
- 31 Familien im Kontext von Fluchtmigration
- 33 Leben und Arbeiten in Megacities
- 36 Internationale Mobilität und individuelle Lebensverläufe
- 40 Demografischer Wandel und Langlebigkeit
- 42 Regionalen Unterschieden in der Sterblichkeit auf der Spur
- 45 Höheres Erwachsenenalter im Wandel
- 47 Publikationen, Konferenzen, Lehre
- 57 Erfreuliche Publikationsbilanz

59 Politikberatung & Öffentlichkeitsarbeit

- 60 Pandemie und Bevölkerungsforschung
- 62 Kinderreiche Familien wertschätzen
- 64 30 Jahre Deutsche Einheit & Vielfalt
- 66 Neuerscheinungen: Der Policy Brief
- 67 Expertengespräch mit Staatssekretär
- 68 Demografie-Dreiklang der 19. Legislaturperiode
- 70 Große Resonanz auf Forschungsergebnisse
- 72 Demografieportal 2.0

75 Aus dem BiB

- 76 Arbeiten am BiB während der Pandemie
- 78 Personalentwicklung
- 80 Abgeschlossene Promotionen



Vorwort

Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Schneider

Liebe Leserinnen und Leser,

das Kalenderjahr 2020 stand auch im BIB ganz im Zeichen von COVID-19 und der Corona-Pandemie. Für die Arbeitsorganisation, aber auch für die Forschungsaktivitäten am Institut hatte dies erhebliche Konsequenzen: Unmittelbar nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 unterstützten unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Krisenstab der Bundesregierung und stellten ihre Expertise bei Bevölkerungsfragen zur Verfügung. Kurzfristig anberaumte Forschungsvorhaben ermöglichten es, die Ausbreitung der Pandemie am Rechner zu simulieren und gefährdete Bevölkerungsgruppen und Infrastrukturen zu identifizieren. Eine Kooperation mit der Mannheimer Corona-Studie, die während des Lockdowns aktuelle Daten ermittelte, richtete zudem einen genauen Blick auf das Leben von Familien während dieser Zeit. Zentrale Ergebnisse zum Home-Office oder zur partnerschaftlichen Arbeitsteilung während des Lockdowns, die in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, sorgten für eine große Medienresonanz. Große Surveys, die das BIB mitverantwortet, namentlich etwa GERPS und FReDA, mussten aufgrund der Pandemie umorganisiert werden, und natürlich wurde auch versucht, das Frageprogramm so anzupassen, dass Aussagen zu den sozialen Folgen der Pandemie beantwortet werden können.

Wie an vielen anderen Arbeitsstellen auch, blieben die Arbeitsabläufe im BIB von der Pandemie nicht gänzlich unbeeinflusst. Einschränkungen bei Dienstreisen oder bei der Anwesenheit im Büro führten dazu, dass sich Arbeitsweisen und -gewohnheiten änderten. Videokonferenzen und digitale Dialogformate ersetzen Präsenzveranstaltungen, das Arbeiten im Home-Office wurde dank flexibler Vereinbarungen bald zur Normalität. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auf diese Situation schnell eingestellt, und ich kann heute mit Stolz behaupten, dass dies die Leistungsfähigkeit des Instituts nicht beeinträchtigt hat. Im Gegenteil, die spürbare Verbesserung der technischen und digitalen Ausstattung hat die Arbeit im Institut weiter verbessert.

Es ist uns trotz der veränderten Arbeitsbedingungen sehr gut gelungen, wichtige Forschungsprojekte entscheidend voranzubringen. So nahm das Drittmittelprojekt „FReDA - Das familiendemografische Panel“, das federführend vom BiB in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften GESIS und der Universität zu Köln durchgeführt wird, im Frühjahr seine Arbeit auf. Des Weiteren wurde das REDIM-Projekt zu regionalen Sterblichkeitsunterschieden in Europa, ausgestattet mit einem ERC-Starting Grant, mit Erfolg an das Institut angedockt. Auch die groß angelegte Befragung von Menschen aus Syrien und Eritrea (TransFar) zu Familien im Kontext von Fluchtmigration verlief sehr vielversprechend, weshalb für dieses Jahr spannende Ergebnisse zu erwarten sind. Erfreulich ist auch, dass einige langjährige Forschungsprojekte, etwa die Studie zur kulturellen Diversität in der öffentlichen Verwaltung oder zu den Übergängen in den Ruhestand, erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Das BiB hat in diesen Zeiten bei der Zahl der referierten wissenschaftlichen Beiträge neue Höchstmarken erreicht und die gesetzten Zielwerte deutlich überschritten. Um die erzielten Befunde unserer Forschungsarbeiten noch breiter und deutlicher nach außen kommunizieren zu können, wurde und wird die Öffentlichkeitsarbeit weiter forciert. Dazu wurde für das Berliner Büro des BIB eine neue Stelle für Öffentlichkeitsarbeit geschaffen, mit der wir unsere Präsenz vor Ort stärken und die Sichtbarkeit des BiB in der Bundeshauptstadt nachhaltig erhöhen wollen.

Gerade in der Corona-Krise hat sich immer wieder gezeigt, wie wichtig anwendbare Wissenschaft für kluges politisches Handeln ist. Dazu will das BiB auch in Zukunft seinen Beitrag leisten.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung



Interview

Referatsleiterin Friederike Dahns

Zwischen 2017 und 2020 leitete Friederike Dahns das Referat HII3 und führte damit die Fachaufsicht über das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim BMI. In dieser Zeit lernte sie die Arbeit des BiB intensiv kennen und sorgte für einen regen Wissensaustausch zwischen dem Referat und dem Institut. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands organisierte sie im Dezember 2020 eine Online-Konferenz zum Austausch über demografiepolitische Strategien der Mitgliedsstaaten. Anlass für uns, mit ihr ein Gespräch über den demografischen Wandel aus europäischer Sicht zu führen.

Frau Dahns, wie hat sich die Betrachtung des demografischen Wandels auf europäischer Ebene während der letzten Jahre verändert?

Die Europäische Kommission hat Ende 2019 Dubravka Šuica als Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie ernannt und damit einen wesentlichen Impuls gesetzt. Dadurch wurde dem Thema Demografie auf europäischer Ebene eine ganz neue Dynamik verliehen. Diese Dynamik hat die kroatische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2020 unmittelbar aufgegriffen. So wurden mit dem Dokument „Demographic challenges – The way ahead“ im vergangenen Juni erstmals Ratsschlussfolgerungen zum Thema Demografie verabschiedet. Von deutscher Seite haben wir das Thema weiter vorangetrieben und im Dezember letzten Jahres eine Online-Konferenz organisiert, die sich mit den demografiepolitischen Strategien der Mitgliedsstaaten beschäftigte. Und auch die Kolleginnen und Kollegen aus Portugal, die seit Januar die Ratspräsidentschaft

übernommen haben, werden Ansätze zum Umgang mit dem demografischen Wandel mit Kontinuität weiterverfolgen.

Welche Schwerpunkte haben Sie bei dieser Konferenz gesetzt?

Unser Ziel war es, für die weitere Zusammenarbeit zum Thema Demografie auf europäischer Ebene einen nachhaltigen Push zu geben. Heute kann man sagen, dass uns das gut gelungen ist. Die Konferenz war ein wichtiger Schritt, um Gemeinsamkeiten zu identifizieren und auch Kolleginnen und Kollegen in anderen Staaten zusammenzubringen. Denn darauf wird es meines Erachtens ankommen: Dass wir uns austauschen, Erfahrungen teilen und Ansätze für mögliche Wege finden, die wir bei der Gestaltung von Demografiepolitik in unseren jeweiligen Ländern gehen können. Durch die Konferenz haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer viele neue Impulse mitgenommen. Wir haben außerdem gesehen, dass in Europa die Demografen wissenschaftlich bereits sehr gut vernetzt sind - ich würde mich freuen, wenn es uns auch auf Ebene der Regierungen gelingen würde, einen ähnlich guten Austausch und neue Partnerschaften zu initiieren. Darüber hinaus sollte die Konferenz ein Stück weit dazu beitragen, die Demografie als Thema noch weiter in den Fokus zu rücken. Der demografische Wandel ist eines der europäischen Megathemen der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Das gilt sowohl für die einzelnen Mitgliedstaaten als auch für die EU als Ganzes. Er wird unsere Gesellschaften und die Rolle Europas in der Welt massiv beeinflussen. Wenn wir hierfür das Bewusstsein schaffen, und wenn wir in Europa demografische Veränderungen in allen Politikbereichen mitdenken und berücksichtigen, sind wir auf einem sehr guten Weg.

Welche Themen sind beim demografischen Wandel für die Mitgliedstaaten Ihrer Meinung nach besonders wichtig?

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen haben Einfluss auf zahlreiche Lebensbereiche der Menschen. Nicht zuletzt geht es dabei um Voraussetzungen für Zugehörigkeit und für Teilhabemöglichkeiten aller gesellschaftlichen Gruppen. Dies sind wesentliche Bedingungen für das Funktionieren unserer Demokratien. Ich denke, dass es beim demografischen Wandel weder ein Top-Thema noch eine Haupt-Herausforderung gibt

„In der Vergangenheit ist Europa immer am besten damit gefahren, partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und zusammen zu wirken.“

Friederike Dahns

- vielmehr zeichnen sich die genannten Ratschlussfolgerungen gerade dadurch aus, dass sie sehr gut die besondere Breite zeigen, in der demografische Veränderungen sich auf nahezu alle Bereiche des Lebens auswirken. Dies wird auch von der Vielfalt der best practice-Beispiele unterstrichen, die unsere Kolleginnen aus Bulgarien, den Niederlanden, Dänemark, Portugal und Spanien während der Konferenz präsentiert haben. Dabei ging es um Fragen des Arbeitsmarktes und des Wohnraums, um Tragfähigkeit der Rentenversicherungen sowie um neue Lösungen für Gebiete mit strukturellen Schwierigkeiten. Auch wenn dabei Aspekte aus verschiedenen Ländern präsentiert wurden, so handelte es sich durchgängig um Themen, die ineinandergreifen, und zwar in jedem Mitgliedstaat. Ich will damit sagen, dass es in der Demografie nicht eine einzige Stellschraube gibt, an der wir Europäer drehen sollten. Es bedarf vielmehr eines ganzheitlichen Ansatzes.



Welchen Ansatz hat die Bundesregierung für Deutschland gewählt?

Deutschland ist eines der Länder, die von Alterung bereits sehr früh und sehr stark betroffen sind. Wir haben daher bereits im Jahr 2012 eine erste Demografiestrategie erarbeitet und seitdem weiterentwickelt. Kerngedanke dieser Strategie ist, dass der demografische Wandel nahezu alle Lebensbereiche der Menschen betrifft und diese Lebensbereiche ineinandergreifen und sich gegenseitig bedingen. Das sind insbesondere Fragen des Arbeitsmarkts, der Familie und Partnerschaft, der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen und der sozialen Sicherungssysteme. Nach meiner Einschätzung bedarf es hier also eines breiten Bündels von Maßnahmen, das in den verschiedensten Lebens- und Politikfeldern umgesetzt wird.

Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um Menschen aller Generationen die Möglichkeit zu geben, eigene Potenziale und Fähigkeiten zu nutzen und in ein gutes Zusammenleben einzubringen. Letztlich geht es darum, die Teilhabechancen für alle, die Stabilität unseres Gemeinwesens und damit die Voraussetzungen für funktionierende Demokratien zu sichern. Wenn ich dabei nun ein besonders drängendes Thema herausgreifen soll, ist dies die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den

Regionen. Hier machen sich mangelnde Teilhabemöglichkeiten sehr früh und sehr unmittelbar bemerkbar.

Könnten Sie das näher erläutern? Was ist unter gleichwertigen Lebensverhältnissen zu verstehen?

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind keineswegs identische Lebensverhältnisse. Strukturelle Vielfalt und regionale Unterschiede sind grundsätzlich nichts Negatives und bis zu einem gewissen Grad auch erwünscht, da sie sowohl für die Regionen als auch für Europa als Ganzes eine Bereicherung sind. Beispielsweise werden urbane Zentren einerseits und ländliche, naturnahe Gebiete andererseits nie die gleichen Lebensbedingungen bieten. Das sollen sie auch gar nicht. Die Grenze ist aber da erreicht, wo Infrastrukturen in einem Maße wegbrechen, dass sich die dort lebenden Menschen abgehängt fühlen. In einigen, vielfach strukturschwachen und ländlichen Regionen sind Alterung und Abwanderung stark ausgeprägt. Dementsprechend stehen diese Regionen vor besonderen Herausforderungen, beispielsweise in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Arbeitskräfte und Mobilität, aber auch in Bezug auf sonstige Infrastruktur wie gute Bedingungen für Familien, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Schulen, kreative Lösungen für Versorgungsmöglichkeiten und die Stärkung der Zusammengehörigkeit vor Ort durch

Die Online-Konferenz im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft



Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt. Um hier nachhaltige Lösungen zu finden, bedarf es eines breiten Ansatzes, der alle betroffenen Lebensbereiche umfasst und Maßnahmen auf den verschiedensten Handlungsfeldern einschließt.

Welche Rolle kann hierbei die wissenschaftliche Forschung spielen?

Covid-19 hat einmal mehr sehr deutlich gemacht, dass eine gute Datengrundlage essenziell ist, um politische Maßnahmen passgenau zu entwickeln und einzusetzen. Auch für politische Antworten auf die demografischen Veränderungen einer Gesellschaft bedarf es solider, wissenschaftlich recherchierter Fakten. Demografische Grundlagenforschung und weitere sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung geben uns Einblick in gesellschaftliche Gegebenheiten und Veränderungen. Sie sind das beste Mittel gegen Populismus und „fake news“. Sie verschaffen uns die Basis, mit den Herausforderungen des demografischen Wandels bestmöglich umzugehen.

Ebenso wie das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Deutschland gibt es in vielen Mitgliedstaaten zahlreiche demografische Forschungsinstitute, die ebenfalls hervorragende Arbeit leisten. Wir tun in den Regierungen gut daran, diese Forschung weiter zu fördern, für gute Mittelausstattung und hohe Qualität zu sorgen, im ständigen Dialog zu bleiben und die Ergebnisse in unsere Arbeit einzubeziehen.

Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach der Blick der Europäer über den eigenen Kontinent hinaus?

Wichtiger denn je. Schließlich verändern sich die Gesellschaften außerhalb Europas ebenfalls. Bei aller Verschiedenheit gibt es in der weltweiten demografischen Entwicklung große Parallelen: So ist in den letzten 30 Jahren die Lebenserwartung weltweit gestiegen, während sich das Bevölkerungswachstum aufgrund sinkender Geburtenraten insgesamt verlangsamt hat. Weitere Zuwächse in der Weltbevölkerung werden vor allem in vielen Ländern Afrikas und einzelnen Ländern Asiens erwartet. Weltweit führt die steigende Lebenserwartung dazu, dass der Anteil der älteren Bevölkerung wächst – wenn auch ausgehend von sehr unterschiedlichem Niveau. Liegt der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren in Japan schon jetzt bei 28 Prozent, so beträgt er in Nigeria erst drei Prozent.

Aus europäischer Sicht geht es vor allem um zwei Dinge: Zum einen können wir von Ländern außerhalb Europas, die mit uns demografische Gemeinsamkeiten haben, lernen. So sind beispielsweise Länder wie Südkorea, Thailand, Japan und Singapur wichtige Gesprächspartner zum Thema Demografie. Auch sie verzeichnen eine starke Bevölkerungsalterung und entwickeln Strategien, um den demografischen Übergang erfolgreich zu gestalten. Wir Europäer sollten den Austausch mit diesen Ländern zu Fragen der Demografiepolitik unbedingt weiter vertiefen und von den dortigen Erfahrungen profitieren.

Zum anderen müssen wir Europäer mit der Tatsache umgehen, dass unser Anteil an der Weltbevölkerung weiter abnimmt. Lag dieser Anteil 1960 bei zwölf Prozent, beträgt er heute sechs Prozent und wird in Zukunft weiter abnehmen. Dies hat erhebliche Bedeutung für die geopolitische Stellung Europas in der Welt. Machtstrukturen – und damit auch Verhandlungspositionen, Sicherheitsfragen und diplomatisches Gewicht – sind auch an Bevölkerungsgröße, Absatzmärkte und Wirtschaftskraft geknüpft. Für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten wird es immer wichtiger werden, ihr gemeinsames Gewicht gegenüber anderen, weltweiten Interessen wirksam zu nutzen und einzusetzen.

„Gleichwertige Lebensverhältnisse sind keineswegs identische Lebensverhältnisse.“

Friederike Dahms

Welchen Ansatzpunkt sehen Sie hierbei?

Dies wird nur gelingen, wenn Europa auch die eigenen demografischen Veränderungen in seinem Innern zu seinem kollektiven Nutzen zu gestalten weiß. Neben dem politischen Willen gehören dazu meiner Ansicht nach vor allem die praktischen Aspekte wie die Schaffung von guten und fairen Teilhabemöglichkeiten für die Menschen in allen wichtigen Lebensbereichen und das Anstreben gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dies sind wichtige Voraussetzungen, dass Europa auch dauerhaft mit einer Stimme sprechen kann.

In der Vergangenheit ist Europa immer am besten damit gefahren, partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und zusammen zu wirken. Aus meiner Sicht ist das auch bei der erfolgreichen Gestaltung des demografischen Wandels der Weg, den wir wählen müssen.



Einblick in die Forschung

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung ist eine Ressortforschungseinrichtung des Bundes und ist dem BMI unterstellt. Seine wissenschaftliche Arbeit basiert auf einer theoriegeleiteten, hochwertigen und mit neuesten Methoden arbeitenden Forschung mit dem Ziel der Politikberatung. Die Aufgabe des BiB besteht in der Auftragsforschung sowie in der wissenschaftlichen Grundlagenforschung. Inhaltlich beschäftigt sich das Institut mit drei thematisch unterteilten Forschungsbereichen: *Familie und Fertilität*, *Migration und Mobilität* sowie *Demografischer Wandel und Langlebigkeit*. Diese Bereiche unterteilen sich wiederum in acht Forschungsgruppen.

Die Forschungstätigkeit der am Institut arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist durch ein jährliches Forschungsprogramm festgelegt. Dieses konkretisiert die im Mittelfristigen Forschungsprogramm für den Zeitraum von fünf Jahren

verankerten Forschungsperspektiven. Bei der Formulierung von Forschungszielen und -projekten wird die Institutsleitung des BiB von einem Kuratorium unterstützt, das sich zur einen Hälfte aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, zur anderen aus Vertretern von Bundes- und Landesbehörden zusammensetzt. Dieses Kuratorium tagt zweimal jährlich.

Neben sekundäranalytischen Projekten leistet das Institut auch einen wichtigen Forschungsbeitrag zur Dateninfrastruktur. So erweitert das *Projekt FReDA – Das familiendemografische Panel* die Familien- und Fertilitätsforschung um ein international vergleichbares Erhebungsprogramm. Weitere Datenerhebungen erfolgen in den Projekten *German Emigration and Remigration Panel Study (GERPS)*, *Forced Migration and Transnational Family Arrangements (TransFar)* oder *Regionale Disparitäten in der todesursachenspezifischen Mortalität in Europa (REDIM)*.

Forschungsbereich 1

Familie und Fertilität

Forschungsdirektor
PD Dr. Martin Bujard

Mitarbeitende

Samira Beringer
Dr. Uta Brehm
Dr. Anna Dechant
Dr. Sabine Diabaté
Carolin Jost
Dr. Inga Laß
Dr. Detlev Lück
Dr. Nadja Milewski
Dr. Robert Naderi
Elias Naumann PhD
Dr. Ralina Panova
Dr. Jasmin Passet-Wittig
Kerstin Ruckdeschel
Dr. Manfred Scharein
Dr. Katrin Schiefer
Almut Schumann
Dr. Ellen von den Driesch
Ulrich Weih



Die Familie und das Fertilitätsverhalten westlicher Länder durchlaufen derzeit massive Wandlungsprozesse. Diese Veränderungen, ihre Ursachen und Konsequenzen sind vielfältig. Ziel des Forschungsbereiches ist die Fokussierung auf die gesellschaftlich aktuellen und politikrelevanten Themen wachsender sozialer, regionaler und kultureller Disparitäten bezüglich Familie und Fertilität.

Der Forschungsbereich hat sich im Jahr 2020 neu strukturiert. Zu den Arbeitsschwerpunkten der neuen Forschungsgruppe *Familie* gehören der Wandel der Lebensformen und Geschlechterrollen, Arbeits teilungsmodelle sowie die (Un-)Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In der Forschungsgruppe *Fertilität* werden veränderte Erwartungen an Elternschaft und die Realisierung von Kinderwünschen in einem fortgeschrittenen Alter, reproduktive Gesundheit und veränderte Geburtenmuster untersucht.

Familie(nforschung) im Ausnahmezustand

Aus aktuellem Anlass hat sich die Forschungsgruppe *Familie* den veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen unter Pandemiebedingungen gewidmet. Im Fokus standen dabei insbesondere die Auswirkungen der Schließung von Kindertagesstätten und Schulen, die Familien vor besondere Herausforderungen gestellt haben. Kernthemen waren u. a. die Nutzung von Homeoffice, die Rolle systemrelevanter Berufe und die Arbeitsteilung von Müttern und Vätern während dieser Ausnahmesituation. Befunde zeigen, dass der Lockdown zu einer stärkeren Beteiligung von Vätern an der Familienarbeit geführt hat (siehe nebenstehende Abbildung). Der Anteil der Väter stieg hier um knapp zehn Prozentpunkte im Vergleich zur Situation vor der Krise. Er lag aber mit 5,6 Stunden Familienarbeit pro Tag weiter unter dem Anteil der Mütter, die täglich 7,9 Stunden mit Familienarbeit verbrachten.

Die Ergebnisse wurden in der Broschüre „Eltern während der Corona-Krise: Zur Improvisation gezwungen“ veröffentlicht und auf einer virtuellen Pressekonferenz vorgestellt, welche ein großes Medienecho hervorrief. Das in der Corona-Pandemie zentrale Thema der Systemrelevanz sozialer Berufe wurde zudem in einem Policy Brief vertieft. Die Ergebnisse der Corona-Forschung der Forschungsgruppe fanden auch in der Politikberatung Beachtung, u. a. in einer Stellungnahme für den Landtag Nordrhein-Westfalen.

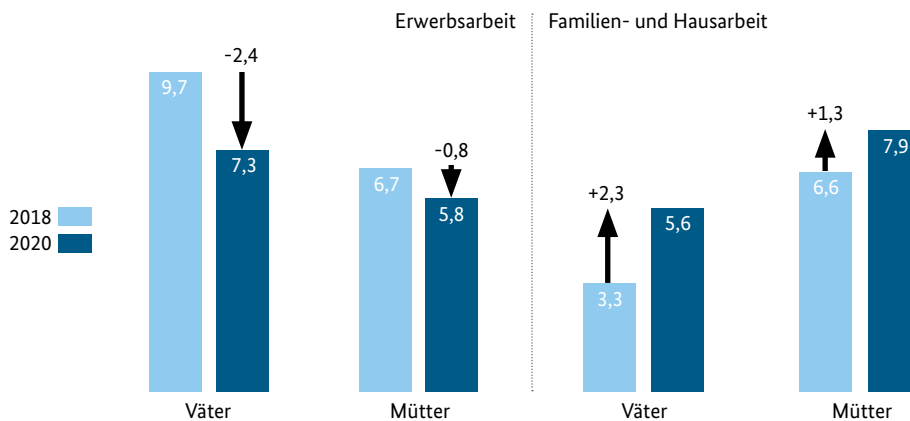
Forschungsgruppe Familie

Neben der Untersuchung der Corona-Pandemie hat die Forschungsgruppe *Familie* ihre drei Kernprojekte weiterverfolgt. Das Projekt *Familienpolitik, Erwerbstätigkeit und familialer Wandel* untersucht die Wechselwirkungen zwischen familienpolitischen Maßnahmen, Arbeitsmarktbedingungen und der Gestaltung des Familien- und Erwerbslebens. Hier wurde 2020 u. a. eine Forschungs Kooperation mit der University of Melbourne zu den Effekten atypischer Beschäftigung auf die Fertilität gestartet. Das Projekt *Familie und Kultur* nimmt kulturelle Faktoren von Entscheidungen zu Fertilität und Familie in den Blick. Im Mittelpunkt stehen Normen zu Familie und Partnerschaft und deren Stabilität im Zeitverlauf. Hier entstand u. a. ein Handbuchbeitrag zu kulturellen Familienleitbildern. Das Projekt *Dyaden und Gender* befasst sich mit den Familienbildungs- und Entscheidungsprozessen von Paaren und damit, wie diese von Geschlechterrollen mitbestimmt werden. Für die Erschließung dieses jungen Forschungsfelds ist die Erhebung und Auswertung

dyadischer Daten essenziell, so geschehen bei Aufsätzen zur innerfamiliären Arbeitsteilung für internationale Fachzeitschriften und den *Datenreport 2021*. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Erforschung der Entstehung und Stabilität von Stieffamilien.

Forschungsgruppe Fertilität

Die Forschungsgruppe *Fertilität* hat sich 2020 mit zwei Projektthemen neu aufgestellt, die sich aus verschiedenen Perspektiven dem Thema Vielfalt nähern. Das Projekt *Internationaler und interkultureller Vergleich der Fertilität* untersucht kulturelle Muster und Einflussfaktoren für demografisches Verhalten. Hier werden Studien zu längerfristigen Entwicklungen in Deutschland und im europäischen Vergleich durchgeführt. Erweitert wird dieses Projekt durch einen Schwerpunkt auf ethnischer und religiöser Diversität in der Bevölkerung. Erste Studien zeigen, dass sich Einstellungen zu Familienplanung und reproduktiver Gesundheit in migrantischen Gruppen von denen der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden. Hier besteht eine Schnittstelle mit dem Projekt *Infertilität und Reproduktionsmedizin*, das sich mit Fertilitätsproblemen und der Nutzung medizinischer Maßnahmen vor dem Hintergrund des sich verändernden Geburtenverhaltens beschäftigt. In diesem Projekt werden unter anderem die Auswirkungen von Infertilität und Kinderwunschbehandlungen auf die Fertilität und das Wohlbefinden untersucht. Von Interesse sind auch die rechtlichen Bedingungen für und die sozialen Ungleichheiten beim Zugang zu Kinderwunschbehandlungen in Deutschland sowie im internationalen Vergleich.



Coronabedingt veränderter Zeitaufwand für Erwerbs- und Familienarbeit zwischen 2018 und 2020 (durchschnittliche Stunden an einem normalen Werktag)

Quelle: Mannheimer Corona-Studie 2020



Drittmittelprojekt FReDA ist angelaufen

Im Januar 2020 hat das BiB eines der größten Datenerhebungsprogramme seiner fast 50-jährigen Geschichte begonnen. Anfang des Jahres fiel der Startschuss für „FReDA – Das familiendemografische Panel“. Das BiB verantwortet das Projekt gemeinsam mit dem GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und der Universität zu Köln. Bis Ende 2024 wird FReDA vom BMBF zunächst mit 12,5 Millionen Euro gefördert und bei positiver Evaluation anschließend vom BMI am BiB verstetigt.

FReDA steht kurz für *Family Research and Demographic Analysis* und ist der Name des Projekts, das das BiB gemeinsam mit dem GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und der Universität zu Köln erfolgreich beantragt hat. FReDA erhebt zweimal jährlich Daten zu partnerschaftlichen und familialen

Lebenssituationen und stellt der Forschung repräsentative, belastbare und qualitativ hochwertige Daten zur Verfügung.

Im Fokus der Untersuchung stehen Frauen und Männer in der Phase der Familiengründung, also im Alter zwischen 18 und 49 Jahren. Zufällig ausgewählte Personen dieser Altersgruppe und ihre Partnerinnen bzw. Partner werden dafür regelmäßig in einem halbjährlichen Turnus befragt. Jeweils im Frühjahr und im Herbst füllen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie einen Fragebogen aus. Die darin enthaltenen Fragen thematisieren zahlreiche demografische und soziologische Facetten des Lebens in Deutschland. Ein besonderes Augenmerk gilt beispielsweise den Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens und der Familienplanung. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben zudem die Möglichkeit, in offenen Modulen

weitere familiendemografische Forschungsfragen in das Studiendesign einzubringen und so das Themenspektrum zu erweitern. Die Studie heißt „FReDA – Das familiendemografische Panel“, denn sie ist *das* familiendemografische Panel in Deutschland. Außerdem beteiligt sich das BiB mit der FReDA-Befragung alle drei Jahre an dem international vergleichenden Datenerhebungsprogramm Generations and Gender Survey (GGG). Ab 2022 wird zudem die Stichprobe des Beziehungs- und Familienpanels pairfam innerhalb von FReDA weiterbefragt, für dessen eigene Befragungen 2021 die Finanzierung ausläuft. Zentrale Kernfunde von politischer Relevanz berichtet das Projekt zeitnah an Politik und Öffentlichkeit.

„FReDA soll ein Leuchtturmprojekt der internationalen Familienforschung werden“

PD Dr. Martin Bujard

frischen Stichproben, aktualisierten Fragebögen und verbesserter Erhebungstechnik. Das BiB, das bereits seit vielen Jahren Teil des GGP-Konsortiums ist, unterstützte diese Pläne und gestaltete sie von Beginn an mit. Die verheißungsvolle Perspektive: Eine neue große Panel-Datenerhebung wird nicht nur in Deutschland begonnen; zumindest Teile davon werden mit vielen Ländern innerhalb Europas und darüber hinaus international vergleichbar sein.

Drohende Datenlücke in der familiendemografischen Forschung

Mit dem näher rückenden Auslaufen der Finanzierung von pairfam wurde deutlich, dass es in Deutschland zunächst keine weitere bundesweite familiendemografische Panelstudie geben würde. Auch der GGS, ein internationales familiendemografisches Befragungsprogramm, dessen deutsche Erhebungen das BiB durchführt, war in Deutschland bereits 2010 vorläufig abgeschlossen. Andere große Erhebungen behandeln die Themen Familie und Beziehungen eher am Rande. Daher formierte sich vor einigen Jahren eine Allianz, um ein neues Befragungsprogramm aufzubauen und dafür eine Finanzierung zu finden.

Doch nicht nur in Deutschland stand man vor wenigen Jahren vor der Herausforderung, dass es zeitnah keine qualitativ hochwertigen aktuellen Längsschnittdaten im Bereich der Familienforschung mehr geben würde. Deshalb machte man sich auch in dem internationalen Netzwerk des Generations and Gender Programme (GGP) ganz ähnliche Gedanken wie in Deutschland. Viele Länder, die sich am GGP beteiligten, hatten ihre Befragungen in den vergangenen Jahren beendet und mussten über neue Erhebungen nachdenken. Daher entstand innerhalb des GGP-Netzwerks der Plan eines Neustarts: In jedem Land, das Teil des GGP ist, sollte eine neue GGS-Panelstudie durchgeführt werden. Mit

Finanzierung durch BMI und BMBF

Dass sich noch vor wenigen Jahren neben den Familienforscherinnen und -forschern des BiB auch das Konsortium der Panelstudie pairfam Sorgen um die Zukunft der familiendemografischen Daten in Deutschland machte, lag auf der Hand. Als Repräsentant dieses Konsortiums ist die Universität zu Köln (vertreten durch Prof. Dr. Karsten Hank) weiterer Antragsteller für FReDA. Der Aufbau einer neuartigen Panelstudie war allerdings nicht nur für inhaltlich motivierte Forschende in Deutschland interessant. So konnte schon früh ein dritter Partner gewonnen werden, dessen Interesse und Kompetenz eine survey-methodologische ist: das GESIS – Leibniz-Institut



Um Fragen von #Familie und demografischer Entwicklung besser zu verstehen, haben #BMBF & @BMI_Bund eine familiendemografische Dateninfrastruktur gestartet: „FReDA – Das familiendemografische Panel“ wird von @bib_bund, @gesis_org & @UniCologne durchgeführt. [bmbf.de/de/wandel-von-...](https://www.bmbf.de/de/wandel-von-...)

... Tweet des Bundesministeriums für Bildung und Forschung über den Start von FReDA



Die Verantwortlichen der Pilotstudie zum GGS-Neustart am 27.11.2017 in Den Haag: P. Lugtig (Utrecht), S. Cabaço (NIDI), A. Gauthier (NIDI), R. Naderi (BiB), T. Emery (NIDI), M. Bujard und D. Lück (beide BiB)



für Sozialwissenschaften mit Präsident Prof. Dr. Christof Wolf. GESIS ist das größte Institut in Europa, das sich auf Surveymethoden spezialisiert hat. Hier ist die Expertise versammelt, die nötig ist, um eine große, komplexe Datenerhebung zu organisieren und qualitativ hochwertige Daten zu generieren. Diese Allianz aus Familien- und Methodenforschern entwickelte das Konzept für FReDA und führt die Studie nun gemeinsam durch.

Bei der Suche nach einer Finanzierung war das FReDA-Konsortium bei zwei Ministerien erfolgreich: Für die ersten fünf Jahre (2020 bis 2024) fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) FReDA mit einer Gesamtsumme von 12,5 Millionen Euro. Bei einer positiven Bewertung des Projektes verstetigt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) danach die Finanzierung und sichert somit die Studie langfristig als Infrastruktureinrichtung am BiB.

Wie FReDA abläuft

FReDA ist eine große Studie - nicht nur, weil viele Menschen darin befragt werden, sondern auch, weil es viele Erhebungen gibt und dabei verschiedene Befragungstechniken kombiniert werden. Kern des Programms ist eine repräsentative Stichprobe der

18- bis 49-jährigen Wohnbevölkerung Deutschlands. Diese wird 2021 zum ersten Mal befragt. Im ersten, vierten und siebten Jahr wird dazu der international abgestimmte Fragebogen des GGS verwendet, so dass die in diesen Jahren gewonnenen Daten international vergleichbar sind. In den Jahren dazwischen finden weitere Erhebungen statt, die so im GGS nicht vorgesehen sein werden. In diesen Jahren werden viele Fragen wiederholt, um langfristige Trends untersuchen zu können. Zusätzlich zu dieser repräsentativen FReDA-GGS-Stichprobe wird ab 2022 die Stichprobe der Panelstudie pairfam integriert. Diese wird bereits seit 2008 befragt, so dass mit ihren Daten schon heute langfristige biografische Entwicklungen analysiert werden können. Befragt werden außerdem die Partnerinnen und Partner von beiden Stichproben. So können durch die Gegenüberstellung beider Angaben auch partnerschaftliche Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse in den Blick genommen werden.

Geplant war ursprünglich, dass die Befragten im ersten Erhebungsjahr zu persönlichen Interviews besucht werden. Daher wurde die Befragung ausgeschrieben, und das Bonner Erhebungsinstitut infas gewann den Zuschlag. Das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaften zog hierfür eine Einwohnermeldeamtsstichprobe und führt 2021 die Befragungen durch.

Allerdings können aufgrund der Pandemie keine persönlichen Interviews stattfinden. Stattdessen werden die Befragten zum Ausfüllen eines Online-Fragebogens eingeladen. Diese Möglichkeit war zwar ohnehin vorgesehen, allerdings nur für einen kleineren Teil der Interviews. Als neue Alternativoption wird man denjenigen, die einen Online-Fragebogen entweder nicht ausfüllen wollen oder es nicht können, einen postalisch versandten Papierfragebogen zum Selbstausfüllen anbieten.

Damit wird in der ersten Befragung 2021 das getan, was erst für die nachfolgenden Jahre angedacht war: Internet und Papier sollten perspektivisch bereits die Modi für die Wiederholungsbefragungen sein. Auch für die Partnerinterviews war dies vorgesehen. Die Pandemie hat also kurzfristig sehr große Umstellungen erfordert; aber immerhin konnten die Notfallpläne auf bestehende Konzepte zurückgreifen.

Eine Umstellung, die durch den Verzicht auf Interviewerinnen und Interviewer notwendig wird, ist besonders aufwändig und folgenreich: Weil die Abbruchquoten bei selbstausgefüllten Fragebögen beträchtlich werden können, wird das etwa 60-minütige Interview, das FReDA jedes Jahr mit seinen Befragten führen will, nicht am Stück erhoben. Statt eines etwa einstündigen Interviews soll das selbständige Ausfüllen der Fragebögen zweimal erfolgen und jeweils nicht länger als eine halbe Stunde in Anspruch nehmen. Jede dieser kürzeren Befragungen enthält jeweils nur einen Teil der Fragen. Für die Auswertungen werden später beide Teildatensätze verknüpft, so dass es für jedes Befragungsjahr nur eine Datensatzpublikation geben wird. Dieser Fragebogensplit wird aufgrund der Covid-19-Pandemie und der Umstellung der Befragungsmodi bereits 2021 vorgenommen – mit einer Ergänzung: Bereits vor dem ersten Teilinterview im Sommer und dem zweiten gegen Jahresende 2021 wird im Frühjahr 2021 ein sehr kurzes Rekrutierungsinterview stattfinden. Hier geben die Befragten zunächst nur ein paar Eckdaten von sich preis und lernen die Studie und ihre Themen kennen. Nach diesem Einstieg werden sie gebeten, sich auch weiterhin an FReDA zu beteiligen. In jedem dritten Jahr – also unter anderem in den Jahren 2024 und 2027, in denen der GGS-Fragebogen zum Einsatz kommt – soll jeweils eine Auffrischungstichprobe gezogen werden. Das heißt: Es werden neue

Menschen eingeladen, sich an FReDA zu beteiligen, um diejenigen zu ersetzen, die sich nicht mehr beteiligen können oder wollen. Auch diese Interviews würden nach ursprünglicher Planung persönlich geführt werden. Ob das so kommen wird oder ob man am Ende ganz auf persönliche Interviews verzichten wird, ist heute noch nicht klar.

Aktuell stehen andere Dinge auf der Agenda: Im April 2021 werden die ersten Interviews geführt. Bis dahin müssen zahlreiche Unterlagen – Anschreiben, Fragebögen, Datenschutzerklärungen, Webseiten, Flyer usw. – fertiggestellt werden. Die Arbeiten dafür sind schon seit Monaten in vollem Gange.

HALLO! Wir sind FReDA!

„FReDA – Beziehungen und Familienleben in Deutschland“ ist eine groß angelegte wissenschaftliche Studie, bei der deutschlandweit rund 15.000 Menschen befragt werden. Machen Sie mit und werden Sie Teil dieses einzigartigen Projekts.

Bei FReDA interessieren wir uns für Ihre persönliche Meinung zu Themen wie:

- Familie und Beziehungen**
Wie unterstützen Sie sich gegenseitig in Ihrer Familie?
- Bildung und Arbeit**
Welche Herausforderungen haben Sie in Ihrer Ausbildung bzw. Ihrem Berufsleben?
- Kinderwünsche und Familienplanung**
Kinder - ja oder nein? Und wenn ja, wann und wie viele?
- Lebenszufriedenheit**
Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben als Single, Paar oder Familie?

Machen Sie mit!

Die Teilnahme an der FReDA-Studie ist selbstverständlich freiwillig. Ihre persönliche Meinung ist für uns aber von großer Bedeutung und kann nicht einfach durch eine andere ersetzt werden. Egal ob Sie Kinder, eine Partnerin oder einen Partner haben, Single sind, auf dem Land leben oder in der Stadt: Nur wenn sich möglichst viele unterschiedliche Menschen an der Studie beteiligen, entsteht ein aussagekräftiges Bild.

Die Studie macht es möglich, eine Vielzahl von Themen in den Bereichen Partnerschaft, Familie und Lebenszufriedenheit zu erforschen. Die Forschungsergebnisse werden auch von der Politik wahrgenommen. So können Ihre Angaben Entscheidungen auf höchster politischer Ebene beeinflussen.

Unsere Bitte an Sie ist daher: Wirken Sie an dieser wichtigen Befragung mit!

Das Team formiert sich

Seit dem Spätsommer 2020 ist das FReDA-Team am BiB um vier neue Beschäftigte angewachsen. Nach und nach wurden alle offene Stellen, die für 2020 vorgesehen waren, auch besetzt. Seit August verstärken das Team rund um PD Dr. Martin Bujard, Dr. Detlev Lück, Dr. Robert Naderi und Almut Schumann nun Carolin Jost, Dr. Ellen von den Driesch, Elias Naumann PhD und Ulrich Weih. Ihre Aufgaben bei FReDA sind so unterschiedlich wie die Personen selbst:

Bevor **Carolin Jost** Anfang August 2020 als erste „Neue“ zum FReDA-Team stieß, war die studierte Soziologin und Publizistin, die zudem einen Ausbildungsabschluss als Mediengestalterin Digital/Print in der Tasche hat, sechs Jahre Inhaberin einer Eventagentur. Bei FReDA ist sie mit zuständig für einen reibungslosen Ablauf des Projektmanagements (Timing/Terminkoordination, Dokumentation, Kommunikation innerhalb des FReDA-Konsortiums) sowie für die Drittmittelverwaltung, Beschaffungen und die Protokollführung. Außerdem ist sie maßgeblich verantwortlich für alle Designfragen im Team, wovon das äußere Erscheinungsbild von FReDA wesentlich profitiert.

Seit Mitte August 2020 verstärkt **Dr. Ellen von den Driesch** das Team als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Sie hat Abschlüsse in Soziologie, Demografie und BWL. Parallel zu der „klassischen“ wissenschaftlichen Arbeit hat sie sich in den vergangenen Jahren mit innovativen Formaten der Wissenschaftskommunikation beschäftigt und ist für ihre Kooperationen mit Kunstschaffenden mit Designpreisen ausgezeichnet worden. Zuletzt hat die promovierte Soziologin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) gearbeitet. Vom Berliner Büro des BiB aus baut sie die Politikberatung und Wissenschaftskommunikation des Projektes auf. Gemeinsam mit dem neuen Kollegen Ulrich Weih leitet sie somit die Öffentlichkeitsarbeit von FReDA.

Der Journalist **Ulrich Weih** kann auf eine langjährige Berufserfahrung als Fernseh-, Hörfunk- und Online-Redakteur zurückblicken. Dabei hat er u. a. auch das Wissenschaftsressort für ein großes Nachrichtenportal geleitet und für einen spannenden Wissenstransfer in



Die Pandemie mit ihren Folgen hat sich auch auf das Forschungsdesign von FReDA ausgewirkt. Dabei ging es vor allem darum, die geplanten Abläufe mit persönlichen Interviews völlig neu auszurichten. Ellen von den Driesch berichtet über die wichtigsten Änderungen, die vorgenommen wurden.

Inwiefern hat die Corona-Pandemie Einfluss auf die FReDA-Befragung?

Vor Ausbruch der Corona-Pandemie war geplant, dass Interviewerinnen und Interviewer in ganz Deutschland für die FReDA-Befragung losziehen. Dieses Vorhaben wurde vom ersten Lockdown noch nicht gleich durchkreuzt. Zunächst hatten wir gedacht, dass wir einfach etwas später starten würden. Im Frühjahr 2020 wurden verschiedene andere Befragungen angehalten, die das Erhebungsinstitut infas eigentlich hätte durchführen sollen. Und wir dachten, es würde jetzt ein Stau von Befragungen aufkommen, den die Beschäftigten erst einmal abarbeiten müssten, ehe sie mit unseren Interviews beginnen könnten. Aber im Herbst wurde klar: Auch Anfang 2021 wird das nichts mit persönlichen Interviews. Um den persönlichen Kontakt zwischen Befragten und Interviewenden zu vermeiden, mussten wir uns etwas Neues einfallen lassen.

Zu welcher Lösung sind Sie gekommen?

Schon vor dem Ausbruch der Pandemie hatten wir geplant, einige Fragebögen ohne die Unterstützung von persönlich anwesenden Interviewerinnen und

die breite Öffentlichkeit gesorgt. Als SEO-Redakteur weiß er zudem, wie man Informationen so aufbereitet, dass sie im Netz schnell gefunden werden. Bei FReDA betreut Ulrich Weih in erster Linie den Internetauftritt und die Social-Media-Aktivitäten des Projekts. Darüber hinaus widmet er sich der Entwicklung neuer audiovisueller Formate, die er mit seiner Kreativität und Erfahrung vorantreibt.

Anpassungen an die Corona-Pandemie

Interviewern online ausfüllen zu lassen. Wegen der bestehenden oder drohenden Kontaktbeschränkungen und um die Ansteckungsgefahr von Covid-19 zu vermeiden, waren wir uns schnell einig, dass alle Teilnehmenden an der Studie ihre Fragebögen selbstständig ausfüllen sollten. Allerdings ist es schwer, allein mit Online-Befragungen eine große repräsentative Studie aufzubauen. Selbst von den jüngeren Erwachsenen hat ein beachtlicher Teil keine Lust oder keine Möglichkeiten, sich so zu beteiligen. Deswegen bieten wir jetzt als eine zweite Alternative einen Papierfragebogen an, den wir postalisch verschicken. Den zu erstellen – und zwar sehr kurzfristig, in nur wenigen Monaten – war anspruchsvoll.

Das klingt nach einer Menge Arbeit. Inwiefern hat diese Umstellung Ihren ursprünglichen Zeitplan beeinflusst?

Ursprünglich hätte die erste Erhebung im November 2020 stattfinden sollen. Im Frühjahr 2020 haben wir uns zunächst darauf geeinigt, den Start der ersten Befragung auf Februar 2021 zu schieben. Um aber die Befragung von persönlichen Interviews auf Online- und Papierfragebögen abzuändern, mussten viele Dinge geklärt und angepasst werden, so dass auch dieser Zeitplan nicht zu halten war: Wie muss der Fragebogen aussehen, damit ihn jemand ohne persönliche Anleitung einfach für sich ausfüllen kann? Wie knapp müssen Fragentexte sein, damit man sie auch auf einem kleinen Smartphone-Bildschirm gut lesen kann? Wie überträgt man programmierte Fil-

ter auf einen gedruckten Papierfragebogen? Wie schafft man es, dass die Leute bei einem etwa einstündigen Interview nicht abbrechen? Zur Klärung all dieser Fragen und der Entwicklung des neuen Materials war einiges an Abstimmung im gesamten FReDA-Team notwendig – unabhängig davon, ob wir in Wiesbaden, Mannheim, Köln, München, Berlin oder anderswo arbeiten, ob im Büro oder im Homeoffice. Anschließend ging es an die Umsetzung: Neue Flyer wurden entwickelt, Fragebögen angepasst und auf mehrere Befragungen aufgeteilt, eine Befragten-Website konzipiert und ein informatives, aber nicht zu überladenes Anschreiben abgestimmt. In unserem Team waren viele Bälle gleichzeitig in der Luft.

Wirken sich diese Änderungen auf die internationale Vergleichbarkeit des Surveys aus?

Selbstverständlich war es uns sehr wichtig, dass die internationale Kooperation und Vergleichbarkeit auch nach all diesen Änderungen weiterhin möglich sind. Corona ist eine weltweite Pandemie und so standen auch unsere Partnerländer vor ähnlichen Herausforderungen wie wir. Deshalb standen wir regelmäßig mit unseren GGP-Partnern im Austausch. Im April 2021 startet nun also unsere Befragung. Allerdings nur die erste von drei Teilerhebungen, in die wir unsere erste Befragung aufgeteilt haben. Die letzten Interviews der letzten Teilerhebung werden im Dezember 2021 abgeschlossen. Und dann sind wir ein gutes halbes Jahr hinter unserem Zeitplan.

Außerdem konnte das FReDA-Team **Elias Naumann PhD** als wissenschaftlichen Mitarbeiter für das Projekt gewinnen. Zuletzt war er JFK Memorial Fellow am Center for European Studies an der Harvard University und als Post Doc an der Universität Mannheim beschäftigt. Nachdem Elias Naumann an der Universität Leipzig Soziologie und VWL erfolgreich studiert hat, zog es ihn an die Universität Mannheim, wo er an

der Graduate School of Economic and Social Sciences (GESS) promovierte. Elias Naumann war lange Jahre verantwortlich für die Gestaltung eines Fragebogenkapitels im German Internet Panel (GIP), das an der Universität Mannheim durchgeführt und vom Sonderforschungsbereich 884 finanziert wird. Diese Expertise bringt er nun in FReDA in die Gestaltung der Fragebögen mit ein.

Forschungsbereich 2

Migration und Mobilität

Forschungsdirektorin
Dr. Nikola Sander

Mitarbeitende

Dr. Andreas Ette
Andreas Genoni
Jean Guedes Auditor
Dr. Stefanie Hoherz
Kamal Kassam
Dr. Elisabeth K. Kraus
Dr. M. Rosenbaum-Feldbrügge
PD Dr. Heiko Rürger
Dr. Lenore Sauer
Dr. Thomas Skora
Dr. Nico Stawarz
Sophie Straub
Martin Weinmann
Nils Witte PhD



Im Jahr 2020 hat die Corona-Pandemie starke Auswirkungen auf Migration und Mobilität gehabt. So haben Grenzsicherungen zu einem deutlichen Rückgang von internationalen Migrationsbewegungen geführt, und die Pendelbewegungen haben sich zeitweise durch die Kontaktbeschränkungen um bis zu ein Drittel reduziert. Die Ausweitung von Homeoffice könnte den seit einigen Jahren bestehenden Trend zur Suburbanisierung verstärken. Der Forschungsbereich beschäftigt sich mit den Ursachen und Folgen dieser Veränderungen auf regionaler Ebene und in Bezug auf den individuellen Lebensverlauf. Dabei stützt sich die Forschung nicht nur auf Sekundärdaten wie die amtliche Statistik oder das Sozioökonomische Panel, sondern führt auch mehrere Projekte zur Erhebung neuer Daten durch, um wichtige Datenlücken zu schließen.

Im Jahr 2020 konnte die Feldphase der face-to-face Befragung des Projekts „Forced Migration

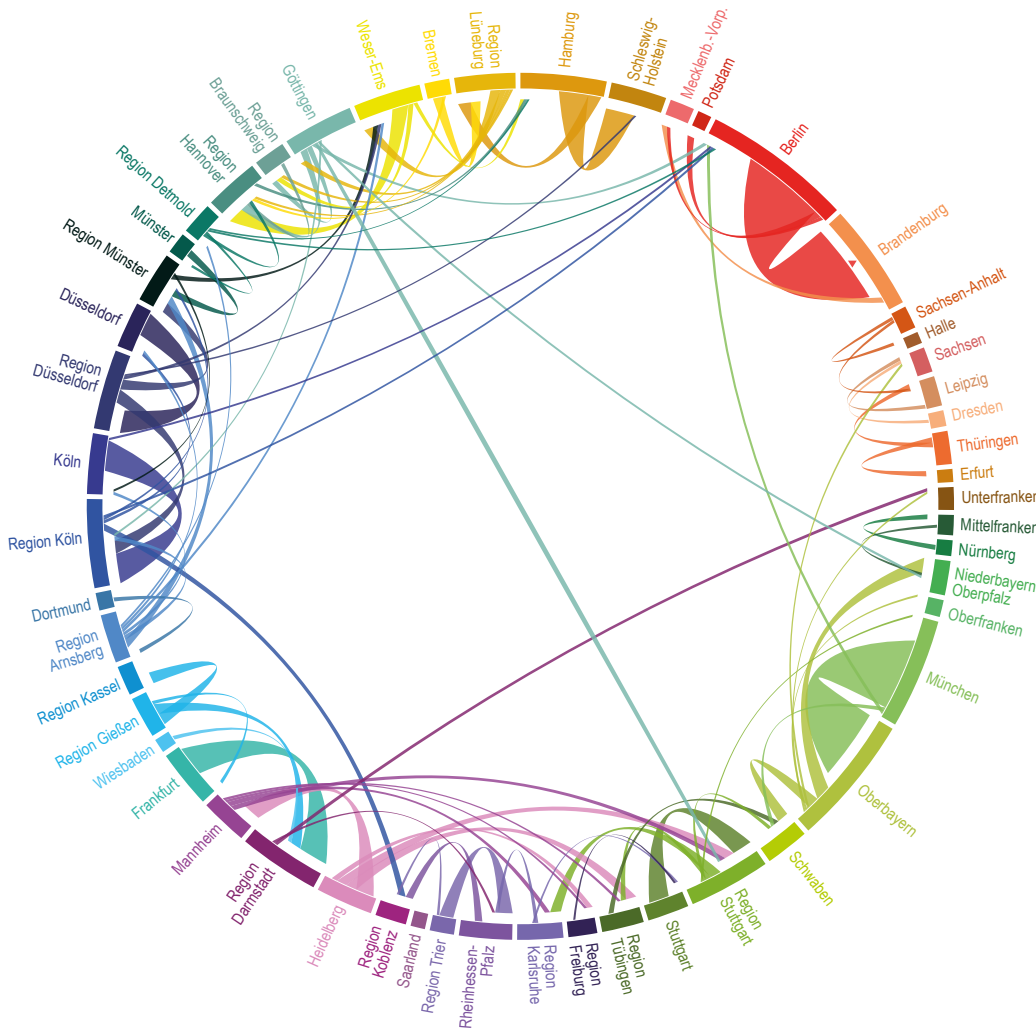
and Transnational Family Arrangements – Eritrean and Syrian Refugees in Germany (TransFAR)“ trotz den coronabedingten Einschränkungen mit einer erfreulich hohen Beteiligung erfolgreich abgeschlossen werden. Insgesamt wurden über 1.450 Frauen und Männer aus Eritrea und Syrien in ganz Deutschland interviewt. Im Fokus der Befragung standen das Familienleben der Geflüchteten und ihre sozialen Kontakte in Deutschland. Erste Ergebnisse des Projekts werden im Frühjahr 2021 veröffentlicht werden.

Die dritte und vierte Welle der DFG-geförderten Längsschnittstudie „German Emigration and Remigration Panel Study (GERPS)“ wurde ebenfalls mit einer sehr guten Teilnehmerquote abgeschlossen. Im Fokus der vierten Welle standen vor allem die Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche im Frühjahr 2021 ausgewertet werden. Die ersten

Ergebnisse des Projekts „Kulturelle Diversität und Chancengleichheit in der Bundesverwaltung“ wurden zum Jahresende öffentlich vorgestellt. Anfang 2020 wurden außerdem die Ergebnisse der Studie zur Lebensqualität in Megacities gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt vorgestellt, welche auf die Auswirkungen der Lebensbedingungen in Megacities auf die Lebensqualität, das Stresserleben und die Arbeitszufriedenheit eingeht.

Im Fokus der Forschung standen darüber hinaus auch Untersuchungen zu Pendelmobilität und Binnenwanderung innerhalb Deutschlands. Dabei lag

der Fokus unter anderem auf dem neuen Suburbanisierungstrend in der Binnenwanderung. So konnte eine neue Studie erstmals einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Mietpreise und Stadt-Land-Wanderung belegen, wonach steigende Mieten in der Stadt mit sinkenden Zuzügen und steigenden Fortzügen einhergehen. Eine weitere Studie ging darauf ein, dass Mütter - anders als Väter - nach der Geburt des ersten Kindes häufig ihre Pendeldistanz verringern, was mit einem deutlichen Lohnverlust einhergeht. Damit erwies sich das Pendelverhalten als ein wesentlicher Grund für die mutterschaftsbedingten Lohneinbußen.



Nettowanderungen zwischen 52 Regionen (Großstädte und Nuts-2-Regionen), 2018

Zur besseren Lesbarkeit wird nur das Wanderungssaldo (Differenz zwischen Zu- und Fortzügen) ab 370 Personen dargestellt. Die Farbe der Wanderungsbewegung zeigt deren Richtung an, die Breite deren Größe. Lesebeispiel für Berlin: Der Nettowanderungsverlust Berlins (roter Balken) gegenüber Brandenburg (orangener Balken) von knapp 15.000 Personen wird durch den breiten roten Strom dargestellt. Das bedeutet, dass deutlich mehr Personen von Berlin nach Brandenburg gezogen sind als in die Gegenrichtung.

Umfassende Beschäftigtenbefragung Kulturelle Diversität in der Bundesverwaltung



Mit der Vorstellung und Publikation erster Ergebnisse im Dezember 2020 erreichte das Projekt „Kulturelle Diversität und Chancengleichheit in der Bundesverwaltung“ einen wichtigen Meilenstein. Das Forschungsprojekt wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Integrationsbeauftragte) finanziell gefördert und in Kooperation mit dieser durchgeführt. Aufgrund eines bislang geringen Kenntnisstands zur kulturellen Diversität und ihren Auswirkungen in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland sollte das Projekt mittels des „Diversität und Chancengleichheit Survey (DuCS 2019)“ erstmals belastbare Informationen zur Repräsentation und Erwerbssituation der Beschäftigten mit Migrationshintergrund liefern.

Bei der Befragung handelt es sich zudem um die erste zentral durchgeführte Beschäftigtenbefragung in der Bundesverwaltung. Das Projekt wurde als ein Kernvorhaben in das Themenforum „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ des Nationalen Aktionsplans Integration (NAP-I) der Bundesregierung aufgenommen. Im Rahmen eines Kabinettsbeschlusses zum NAP-I hat die Bundesregierung Anfang 2021 eine Vereinbarung zur periodischen Durchführung des „Diversität und Chancengleichheit Survey“ und zur Erhebung des Diversitätsklimas in der Bundesverwaltung getroffen.

Im Fokus des Projekts stehen unter anderem folgende Forschungsfragen: Spiegelt sich die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung in Deutschland in der Bundesverwaltung wider? In welchem Umfang ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung repräsentiert? Bestehen Unterschiede zwischen Beschäftigten mit und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Erwerbssituation oder ihrer beruflichen Chancen? Wie beurteilen die Beschäftigten in den Behörden und Einrichtungen der Bundesverwaltung das Diversitätsmanagement ihres Arbeitgebers? Welche Potenziale und Herausforderungen bestehen für die Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung durch die zunehmende kulturelle Diversität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?



Anfang 2020 wurde zunächst die Aufbereitung der Daten des „Diversität und Chancengleichheit Survey“ (DuCS 2019) abgeschlossen. Danach wurden die Daten für die 55 teilnehmenden Behörden ausgewertet, denen dann im Juni 2020 individuelle Behördenberichte zur Verfügung gestellt wurden. Parallel war das Projektteam mit der Datenauswertung zur Publikation der Gesamtergebnisse befasst. Erste Ergebnisse wurden im Dezember 2020 im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz von Integrationsbeauftragter und BiB in Berlin vorgestellt und in Form einer Broschüre veröffentlicht. Ausgewählte Ergebnisse wurden zudem in der Zeitschrift „Bevölkerungsforschung aktuell“ des Bundesinstituts vorgestellt. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse im Rahmen von Vorträgen im Auswärtigen Amt sowie in der Bundesbank präsentiert. Im März 2021 wird der ausführliche Forschungsbericht in der Schriftenreihe des BiB „Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft“ im Verlag Barbara Budrich veröffentlicht. Im Jahr 2021 steht die Erstellung eines Policy Briefs, die weitere Vorstellung der Ergebnisse in interessierten Behörden (z. B. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und Bundesministerium der Verteidigung)

sowie auf Fachkonferenzen im Mittelpunkt. Zudem werden Manuskripte für Beiträge in deutschen und internationalen wissenschaftlichen Fachzeitschriften verfasst. In diesen Beiträgen soll neben der Repräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unter anderem auch die Repräsentation von Frauen in der öffentlichen Verwaltung tiefergehend untersucht werden.

Menschen mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert

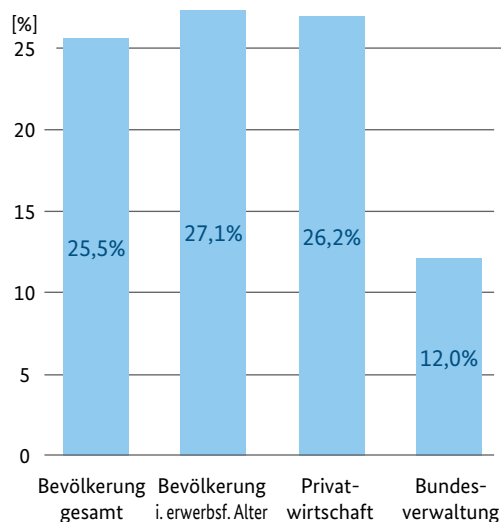
Erste Ergebnisse des DuCS 2019 wurden im Rahmen der Broschüre „*Kulturelle Diversität und Chancengleichheit in der Bundesverwaltung. Ergebnisse der ersten gemeinsamen Beschäftigtenbefragung der Behörden und Einrichtungen im öffentlichen Dienst des Bundes*“ veröffentlicht, die gemeinsam von Integrationsbeauftragter und BiB herausgegeben wurde.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen unter anderem, dass insgesamt 12,0 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundesverwaltung einen Migrationshintergrund haben. Im Vergleich dazu

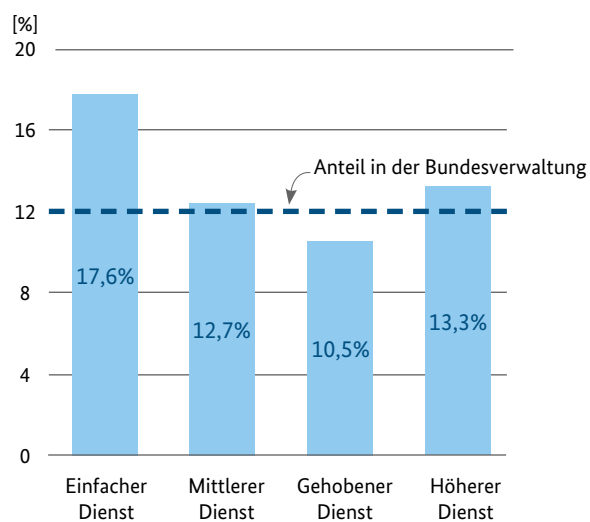
lag laut Mikrozensus der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2018 bei 27,1 Prozent; in der Privatwirtschaft lag der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei 26,2 Prozent. Darüber hinaus zeigen die Daten des DuCS 2019, dass Beschäftigte mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung seltener unbefristet beschäftigt sind und seltener höheren Laufbahn- bzw. Entgeltgruppen angehören. Zudem haben Beschäftigte mit Migrationshintergrund – gemessen an ihrem Gesamtanteil an den Beschäftigten in der Bundesverwaltung von 12,0 Prozent – unterdurchschnittlichen Zugang zu Beamtenstellen (10,1 Prozent) und zu Führungspositionen (10,0 Prozent).

Erfolg der Behörde hängt auch vom beruflichen Wohlbefinden ab

Erste tiefergehende Auswertungen der Befragungsdaten erscheinen in einem Sammelband mit dem Titel „*Kulturelle Vielfalt der öffentlichen Verwaltung. Repräsentation, Wahrnehmung und Konsequenzen von Diversität*“, der von Andreas Ette, Sophie



Diversitätsindex in der Bundesverwaltung im Vergleich zur Bevölkerung sowie zur Privatwirtschaft

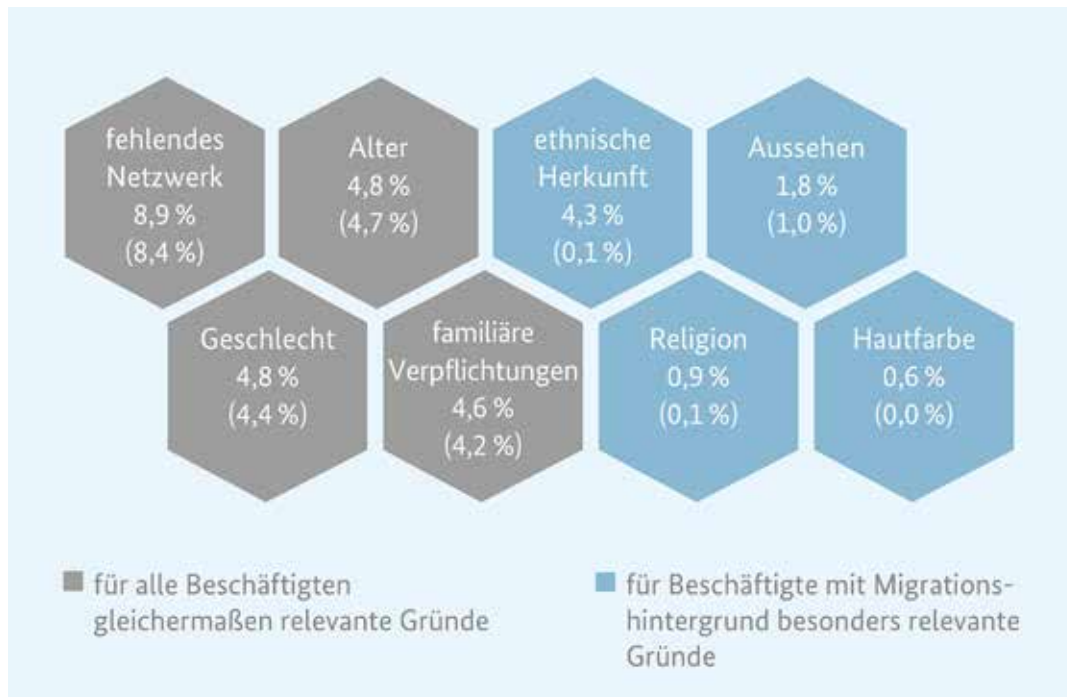


Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung nach Laufbahngruppe

Straub, Martin Weinmann und Norbert F. Schneider herausgegeben wird. Einer der Sammelbandbeiträge untersucht die Potenziale und Herausforderungen der kulturellen Diversität für die Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung. Ausgehend von Befunden der internationalen Forschung, dass die Arbeitszufriedenheit und die Verbundenheit der Beschäftigten mit ihrem Arbeitgeber eng mit der Leistungsfähigkeit von Organisationen verbunden sind, untersucht der Beitrag die Auswirkungen der zunehmenden kulturellen Diversität und des Diversitätsmanagements auf die Arbeitszufriedenheit und Verbundenheit der Beschäftigten mit ihrer Behörde. Dabei zeigt sich unter anderem, dass ein enger Zusammenhang besteht zwischen dem Diversitätsklima einer Behörde und dem Wohlbefinden der Beschäftigten dieser Behörde. Ein aktiver Umgang des Arbeitgebers mit der kulturellen Diversität der Beschäftigten in Form verschiedener Maßnahmen des Diversitätsmanagements führt demnach zu einer deutlich höheren Arbeitszufriedenheit sowie einer stärkeren Verbundenheit der Beschäftigten mit dem Arbeitgeber und hat somit positive Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Behörde.

Integrationsmonitoring

Im Jahr 2020 hat das BiB gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e. V. (DeZIM) das Integrationsmonitoring im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Integrationsbeauftragte) durchgeführt. Ziel des Projektes ist es, eine Grundlage für ein bundesweites Integrationsmonitoring zu schaffen, mit dem die Entwicklung der Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund anhand ausgewählter Indikatoren im Zeitverlauf regelmäßig beschrieben werden kann. Im Rahmen der Kooperation mit dem DeZIM war das BiB im Wesentlichen für die Analyse und Beschreibung der auf dem Mikrozensus basierenden Indikatoren verantwortlich. Der Bericht mit dem Titel „Integration in Deutschland. Erster Bericht zum indikatorengestützten Integrationsmonitoring.“ wird im Frühjahr 2021 von der Integrationsbeauftragten veröffentlicht.



Als subjektiv empfunden genannte Gründe für Diskriminierung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Beschäftigten ohne Migrationshintergrund (in Klammern)



DER MENSCHHEIT WÜRDE IST IN EUERE HAND GEGEBEN

Der Ring
kommt
wieder!

Jetzt Abo sichern!



STAASTHEATER
KASSEL

Theorie und Praxis

Transnationale Familien im Fokus

Nach dem Abschluss seines Masterstudiums an der Universität Leipzig kam der 33-jährige Arbeitsmarkt- und Migrationsökonom Kamal Kassam im Oktober 2019 als wissenschaftlicher Mitarbeiter ans BiB. Hier wirkt er im Projekt TransFAR mit, das sich mit transnationalen Familienkonstellationen im Kontext von Fluchtmigration beschäftigt. Gegenwärtig plant der gebürtige Syrer sein Promotionsvorhaben zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland, bei der familiäre Konstellationen und Familiennetzwerke ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Herr Kassam, wie kam es zu Ihrer Mitarbeit am BiB?

Während meines Studiums in Leipzig habe ich ein Forschungspraktikum am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg absolviert. Dort war ich in der Abteilung *Internationale Migration* tätig und habe mitgeholfen, die dritte Welle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten vorzubereiten. Dieses Praktikum beinhaltete auch eine kurze Hospitation im Forschungszentrum des BAMF, wo ich im Oktober 2018 das Projekt TransFAR kennengelernt und mich mit dem vorläufigen Fragebogen auseinandergesetzt habe. Schon damals fand ich TransFAR und seine Fragestellungen sehr spannend. Als ich kurz darauf eine Stellenausschreibung für dieses Projekt gesehen habe, habe ich mich sofort beworben.

Welche Aspekte des Forschungsprojekts TransFAR finden Sie besonders spannend?

Anders als die meisten Datensätze, die sich mit Geflüchteten beschäftigen, fokussiert TransFAR Familienstrukturen und räumliche familiäre Konstellationen im Fluchtkontext. Es betrachtet auch

nicht-familiäre soziale Beziehungen in Deutschland, die ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Aufgrund meiner persönlichen Fluchterfahrung, aber auch als Forscher finde ich die Auseinandersetzung mit diesem Thema sehr wichtig. Denn die Familie hat vielseitige und sehr tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben von Geflüchteten. Einerseits spielt sie eine große Rolle bei der sozialen und ökonomischen Integration im Zielland. Andererseits beeinflusst sie wichtige Entscheidungen, beispielsweise das Verlassen des Herkunftslands oder die Flucht betreffend. Auch für die Zufriedenheit in Deutschland sind familiäre Aspekte zentral. Der TransFAR-Survey trägt dazu bei, dass wir am Beispiel eritreischer und syrischer Geflüchteter diese Zusammenhänge besser verstehen lernen.

Sie sind selbst geflüchtet. Inwiefern bringen Sie diese Erfahrung in das Forschungsprojekt ein?

Ich bin vor fünf Jahren nach Deutschland gekommen. Meine Mutter und meine Geschwister leben noch in Syrien. Daher habe ich selbst Erfahrungen mit einem transnationalen Familienleben, wie es auch viele unserer Befragten führen. Über meinen kulturellen Hintergrund bin ich zudem mit arabischen bzw. syrischen Familienstrukturen und Rollenbildern vertraut. Das war in der Entwicklung des Fragebogens hilfreich und half auch bei der Formulierung oder Übersetzung der Fragen ins Arabische. Ähnliches galt bei der Schulung der syrischen Interviewer, denen ich genau vermitteln konnte, was unsere wissenschaftlichen Ziele sind und worauf sie bei der Datenerhebung achten müssen. Aktuell kommt mein Hintergrundwissen bei der Interpretation der Daten der syrischen Befragten zum Einsatz.

Wo steht TransFAR als Projekt? Und woran arbeiten Sie gerade im Besonderen?

Wir haben im Sommer 2020 unter Einhaltung strenger Corona-Hygienemaßnahmen die Feldphase erfolgreich abgeschlossen. Insgesamt wurden 1.458 Interviews durchgeführt. Inzwischen haben wir den größten Teil der Datenbereinigung und -aufbereitung erledigt und beginnen mit der Analyse und Untersuchung. Voraussichtlich im Frühjahr 2021 werden wir erste Ergebnisse präsentieren können. Ich selbst analysiere gerade die Wechselwirkungen zwischen der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, familiären Konstellationen und verschiedenen Arten von Netzwerken auf transnationaler Ebene und vor Ort in Deutschland. Diese Untersuchung ist auch Teil meines Promotionsvorhabens.



Worum geht es in Ihrem Promotionsvorhaben?

Im Großen und Ganzen beschäftige ich mich mit der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Dabei untersuche ich, welche Faktoren oder Einflüsse eine Rolle für die Qualität von Beschäftigungsverhältnissen spielen. Fünf Jahre nach der großen Zuwanderung 2015 kommen viele Geflüchtete jetzt im deutschen Arbeitsmarkt an, und wir sehen, dass ihre Beschäftigungsquote steigt. Aber es gibt einen sogenannten Arbeitsmarkt-Mismatch. Das heißt, viele Geflüchtete arbeiten in einer Beschäftigung, die nicht ihrem Bildungsstand oder ihrer Berufsausbildung im Herkunftsland entspricht. Ich interessiere mich für die Ursachen und Einflussfaktoren dieses Phänomens. Dazu gehören auch die familiären Konstellationen sowie die sozialen und familiären Netzwerke der Geflüchteten. Bei TransFAR schauen wir uns diese Netzwerke detailliert an. Wir erhalten hierbei so viele wertvolle Informationen, die in anderen Studien nicht zu finden sind, die aber viel erklären können. Das möchte ich für mein Promotionsvorhaben nutzen.

Sie leben jetzt seit knapp einhalb Jahren in Wiesbaden. Was machen Sie hier in Ihrer Freizeit? Und was gefällt Ihnen besonders an Wiesbaden und der Region?

An Wiesbaden gefällt mir besonders die Vielfalt der Stadt und ihrer Menschen, aber auch der Natur. Ich

gehe in meiner Freizeit gerne joggen und wandern, und dafür habe ich hier im Rhein-Main-Gebiet natürlich beste Voraussetzungen. Außerdem koche ich gerne und entdecke gerne neue Küchen und Gerichte. Wiesbaden mit seinen italienischen Pizzerien, marokkanischen Supermärkten oder französischen Bäckereien bietet dazu viele Gelegenheiten. Und der Rheingau mit seinen Weinbergen ist ja auch nicht weit. Leider konnte ich die Kunst- und Kulturszene der Stadt aufgrund der Corona-Pandemie noch nicht wirklich erkunden. Auch die Weinwochen und großen

Feste kenne ich bislang nur von Erzählungen meiner Kolleginnen und Kollegen. Aber so bleibt noch einiges zu entdecken.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass mein Familienleben nicht dauerhaft transnational bleibt. Oder jedenfalls nicht so, wie sich das aktuell gestaltet, denn zurzeit kann weder ich nach Syrien reisen noch können meine Angehörigen das Land verlassen. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn wir wieder reisen und uns gegenseitig besuchen könnten. Längerfristig wünsche ich mir für mein Heimatland und die vielen, nicht nur syrischen, Geflüchteten weltweit Frieden und Demokratie. Da dieser Wunsch aber wahrscheinlich nicht so schnell in Erfüllung geht, hoffe ich, dass ich mit meiner Arbeit bei TransFAR und meiner Promotion dazu beitragen kann, die Kontexte und Auswirkungen von Zwangsmigration besser zu verstehen und somit empirische Grundlagen für politische Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe geflüchteter Männer und Frauen zu liefern.



Projekt TransFAR

Familien im Kontext von Fluchtmigration

Seit 2015 zählt Deutschland weltweit zu einem der wichtigsten Aufnahmeländer für Geflüchtete. Doch welche Zusammenhänge bestehen zwischen dem Leben geflüchteter Menschen in Deutschland und ihren Familienangehörigen, die zum Teil in den Herkunftsländern zurückbleiben mussten? Wie beeinflussen die so entstandenen transnationalen Familienkonstellationen das Wohlbefinden und Alltagsleben in Deutschland? Das Projekt *Forced Migration and Transnational Family Arrangements – Eritrean and Syrian Refugees in Germany* (TransFAR) soll auf solche und weitere Fragen die passenden Antworten geben.

Transnationale Familien, in denen Familienmitglieder im Herkunftsland verbleiben, während ein oder mehrere Familienmitglieder ins Ausland migrieren, sind ein Phänomen, das seit Ende der 1990er Jahre verstärkt in den Fokus der Wissenschaft gerückt ist. Jedoch beschäftigen sich bis jetzt nur wenige Studien umfassend mit transnationalen Familienkonstellationen im Kontext von Fluchtmigration. Sowohl die ursprüngliche Migrationsentscheidung als auch die Situation im Zielland hängen dabei nicht alleine von den migrierenden Individuen, sondern auch von ihrem familiären Kontext ab. Ziel des Projektes ist es daher, zu untersuchen, welcher Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Familienkonstellationen und den durch die Flucht bedingten Veränderungen und dem Leben der geflüchteten Personen in Deutschland besteht.

Kooperationsprojekt mit dem BAMF

Das in Kooperation mit dem Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge durchgeführte Projekt analysiert dabei, welche Formen, Strukturen und regionale Verortung transnationale Familien aufweisen. Darüber hinaus wird nicht nur die Entstehung von transnationalen Familien beleuchtet, sondern auch deren Veränderungen, die durch den Verbleib der Migrantinnen und Migranten im Zielland, Weiterwanderung oder deren Rückkehr ins Herkunfts-

land oder Familienzusammenführung ausgelöst sind. Durch die mit der Migration verbundene räumliche Trennung einzelner Familienmitglieder verändern sich die Beziehungen innerhalb einer Familie: Es soll daher außerdem untersucht werden, wie die Beziehungen zu den zurückgebliebenen Familienmitgliedern im Herkunftsland gepflegt werden sowie welche familiären Austauschprozesse existieren. Des Weiteren sollen im Rahmen dieser Studie auch die Wechselwirkungen zwischen Familienkonstellationen und sozialen Netzwerken beziehungsweise der sozialen Einbindung in Deutschland herausgearbeitet werden.

Stand des Projektes

Der TransFAR-Survey wurde unter Frauen und Männern im Alter von 18 bis maximal 45 Jahren durchgeführt, die in den vergangenen sechs Jahren aus Eritrea oder Syrien nach Deutschland migriert sind. Die empirische Untersuchung konzentriert sich damit auf zwei Staaten (Syrien und Eritrea), die in den vergangenen Jahren als Herkunftsregionen für die Entwicklung des Fluchtgeschehens in Deutschland von besonderer Bedeutung waren und – aller Voraussicht nach – für die zukünftige Entwicklung weiterhin von zentraler Relevanz sein werden.

Im Jahr 2020 wurden auf Basis eines standardisierten Fragebogens die Interviews mit den Zielpersonen computergestützt persönlich-mündlich durchgeführt. Der Fragebogen wurde in Arabisch, Tigrinya sowie Englisch übersetzt und stand als bilinguales Instrument zur Verfügung. Es wurden neben deutsch- auch arabischsprachige Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt. Nachdem der Pretest im März 2020 durchgeführt war, fand die Hauptbefragung zwischen August und Oktober 2020 statt. Insgesamt konnten 1.458 vollständige Interviews realisiert werden. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich im Frühjahr 2021 mit einer Broschüre und im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt werden.

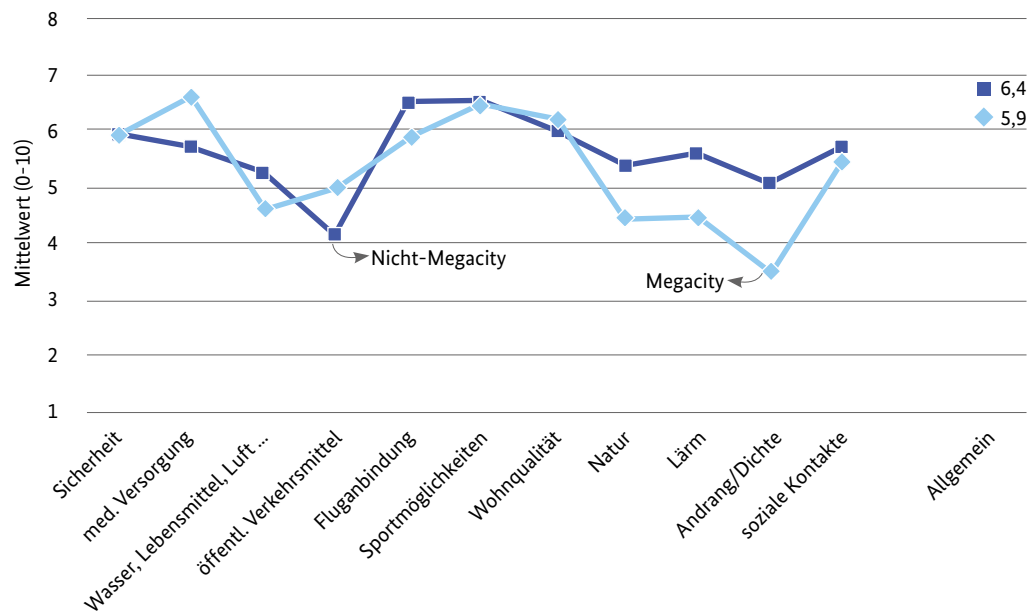




Kooperation mit dem Auswärtigen Amt Leben und Arbeiten in Megacities

Bereits heute lebt über die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Laut Prognose der UN wird dieser Anteil auch zukünftig weiter ansteigen. Ein Aspekt der wachsenden Urbanisierung ist die Zunahme sog. „Megacities“ mit mehr als zehn Millionen Einwohnern. Damit steigt auch für Auslandsentsandte die Wahrscheinlichkeit, in einer Megacity zu leben. Der hohen Bevölkerungszahl und -dichte in Megacities steht jedoch häufig eine veraltete und überlastete Infrastruktur gegenüber, was mit erheblichen Umweltproblemen und nachteiligen Lebensbedingungen einhergehen kann. Inwieweit dies die Lebensqualität speziell von Auslandsentsandten beeinflusst, ist wissenschaftlich kaum untersucht. Die Studie des BiB in Kooperation mit dem Gesundheitsdienst des Auswärtigen Amts (AA) untersucht daher, inwieweit die Umwelt- und Lebensbedingungen in Megacities die subjektive Lebensqualität, das Stresserleben und die Arbeitszufriedenheit der entsandten Beschäftigten des AA beeinflussen. Aktuell liegen 32 deutsche Auslandsvertretungen in einer solchen Megastadt und rund 30 Prozent der weltweit entsandten Beschäftigten des AA leben und arbeiten dort.

Subjektive Bewertung der Lebensbedingungen in Megacities und Nicht-Megacities anhand von elf Dimensionen



Im Frühjahr 2019 wurde eine Online-Befragung durchgeführt, an der sich 2.250 Beschäftigte des AA beteiligten (Rücklaufquote: 29,2 Prozent). Die Teilnehmenden entsprechen hinsichtlich Alter und Laufbahngruppe weitgehend der Beschäftigtenstruktur des AA. Die Beschäftigten wurden zu vielfältigen Aspekten der Lebensbedingungen an ihrem derzeitigen Einsatzort befragt und diese Informationen in elf Dimensionen zusammengefasst (vgl. Abb. 1). Daneben wurden objektive Lebensbedingungen anhand von „Mercer-Kriterien“ berücksichtigt. Als privatwirtschaftliches Unternehmen führt Mercer jährlich eine weltweite Vergleichsstudie zur Bewertung der Lebensqualität in zahlreichen Städten durch, die Grundlage der Beratung von Unternehmen und Organisationen sowie des bekannten Städte-Rankings ist.

Lebensbedingungen und Lebensqualität bedingen sich

Für alle untersuchten Dimensionen der subjektiven Lebensbedingungen zeigt sich: Je schlechter diese bewertet werden, desto geringer fällt auch die subjektive Lebensqualität der Befragten aus. Besonders relevant sind hierbei die Aspekte „Natur“, „Wasser, Lebensmittel, Luft und Entsorgung“ sowie „Wohnqualität“. Zudem lässt sich für die meisten Dimensionen ein

recht hoher Zusammenhang mit den Mercer-Werten feststellen. Dies bedeutet, je besser die Bedingungen an einem Standort durch Mercer bewertet werden, desto besser bewerten auch die Beschäftigten die Bedingungen dort. Auch für die Mercer-Kriterien zeigen sich durchgängig signifikant positive Zusammenhänge mit der subjektiven Lebensqualität der Beschäftigten, die jedoch geringer ausfallen als für die subjektiven Bewertungen der Standortbedingungen.

Insgesamt werden die Lebensbedingungen in Megacities durch die Beschäftigten schlechter eingeschätzt als in Nicht-Megacities (siehe Abbildung). Insbesondere die Qualität von Wasser, Lebensmittelversorgung, Luft und Entsorgung, das Vorhandensein von Natur sowie die Belastung durch Lärm, Andrang und soziale Dichte werden in Megacities als deutlich schlechter bewertet. Als geringfügig besser werden nur die medizinische Versorgung und die öffentlichen Verkehrsmittel beurteilt. In der Folge berichten die Beschäftigten in Megacities auch eine signifikant geringere subjektive Lebensqualität als jene in Nicht-Megacities oder in Deutschland (Berlin, Bonn). Demgegenüber unterscheiden sich das Stresserleben und die Arbeitszufriedenheit nur geringfügig nach der Größe des Standorts, was vermuten lässt, dass diese in erster Linie durch die konkrete Arbeitssituation und die Arbeitsbedingungen vor Ort (z. B. Führung, Arbeitsklima) beeinflusst werden.

Insgesamt liefern die Befunde wichtige Erkenntnisse über Faktoren des Großstadtlebens, die die Lebensqualität von Entsandten und anderen Einwohnern beeinflussen. Dabei ist die Lebensqualität zwar auch – aber nicht nur – durch die bloße Größe der Stadt beeinflusst. Aus den Ergebnissen lassen sich vielfältige Handlungsempfehlungen für das AA und andere Entsendeorganisationen ableiten, um die Lebensqualität der Beschäftigten zu verbessern. Beispiele hierfür sind:

- Aspekte wie Lärmbelastung oder Zugang zu Grünanlagen sollten bei der Wohnstandortwahl berücksichtigt werden.
- Bauliche Maßnahmen zur Lärmreduktion sollten hinsichtlich einer Kostenbeteiligung des Arbeitgebers wohlwollend geprüft werden.
- Die weltweit gute Bewertung der Wohnmöglichkeiten verweist darauf, dass das AA bereits erfolgreich standortbezogene Nachteile durch Bezuschussungen ausgleicht. Dies sollte beibehalten werden und kann als Anregung für andere Entsendeorganisationen dienen.



Weitere Ergebnisse sowie Informationen zur Studie finden sich in einem umfangreichen Bericht, der Anfang 2020 veröffentlicht wurde.





GERPS-Projekt **Internationale Mobilität und individuelle Lebensverläufe**

Die *German Emigration and Remigration Panel Study* (GERPS) ging 2020 in das dritte Jahr. Das von der DFG mit 1,2 Millionen Euro geförderte und in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen durchgeführte Projekt beleuchtet die individuellen Konsequenzen von Aus- und Rückwanderung bei deutschen Staatsbürgern. Obwohl auch in Deutschland Auslandsaufenthalte zunehmend zu normalen Bestandteilen von Ausbildungs- und Erwerbsbiographien werden, ist die internationale Mobilität von Personen aus entwickelten Industrieländern in der Forschung weitgehend unbeachtet.

Durch die Fokussierung auf Deutschland schließt das Projekt somit eine Lücke in der internationalen Migrationsforschung. Im Rahmen von GERPS werden ins Ausland umgezogene Deutsche sowie aus dem Ausland nach Deutschland zurückgekehrte Bundesbürger über einen Zeitraum von mehreren Jahren mindestens vier Mal befragt. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Längsschnittbefragung sind an vier klassischen Dimensionen der Sozialstrukturanalyse orientiert: Erwerb und Einkommen, Partnerschaft und Familie, Wohlbefinden und Gesundheit sowie soziale Beziehungen und Partizipation.

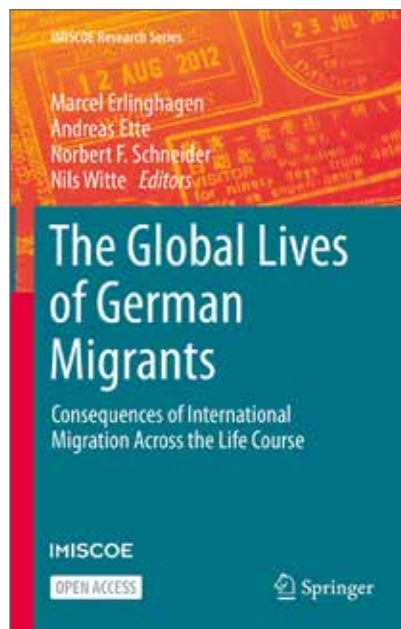
Anfang 2020 wurde die dritte Befragungsrunde abgeschlossen, Mitte November 2020 begann die vierte Befragungsrunde. Das Projektteam war zugleich mit der Datenaufbereitung für die Forschungscommunity und der Datenauswertung der ersten beiden Wellen zur Publikation der Ergebnisse befasst. Im März 2020 wurde ein Scientific Use-File der ersten Befragungswelle gemeinsam mit der ausführlichen Dokumentation des Forschungsdesigns und der Befragungsmethoden veröffentlicht. Zugleich wurde eine Projekthomepage geschaffen, die den Projektfortschritt dokumentiert und alle Informationen zum Projekt bündelt (www.gerps-project.de). Der Datenzugang für externe Nutzer ist über das GESIS-Datenarchiv langfristig gewährleistet und wird im Jahr 2021 durch die Veröffentlichung der Folgewellen komplettiert. Ab dem Jahr 2021 steht die vertiefte Analyse der Befragungsdaten auch im Längsschnitt über vier Wellen im Mittelpunkt, wobei der Längsschnitt u. a. wertvolle Erkenntnisse zu den Mobilitätsimplikationen der Corona-Pandemie verspricht.

Sammelband mit ersten Ergebnissen

Erste Auswertungen der Befragungsdaten erscheinen in einem Sammelband mit dem Titel „The Global Lives of German Migrants. Consequences of International Migration Across the Life Course“, der von Andreas Ette, Norbert F. Schneider, Nils Witte und Marcel Erlinghagen herausgegeben wird. In dem Open Access-Buch werden die ersten beiden Befragungswellen entlang der oben beschriebenen Dimensionen der Sozialstrukturanalyse von insgesamt 19 Autorinnen und Autoren ausgewertet. Ausgewählte Erkenntnisse des Sammelbandes werden unten ausführlicher dargestellt. Unter den 2020 produzierten Beiträgen findet sich u. a. ein Kapitel im bpb Datenreport 2020, das erstmals die Sozialstruktur deutscher Auswanderer auswertet. Weitere Publikationen zu methodischen und sozialstrukturellen Aspekten internationaler Migration sind in Vorbereitung oder sind bereits bei Fachzeitschriften eingereicht und wurden 2020 auf größtenteils digitalen Konferenzen nationaler und internationaler Fachverbände vorgestellt (darunter DGS, IMISCOE, GOR). Beispielhaft werden im Folgenden vier Beiträge des Sammelbands zusammenfassend vorgestellt.

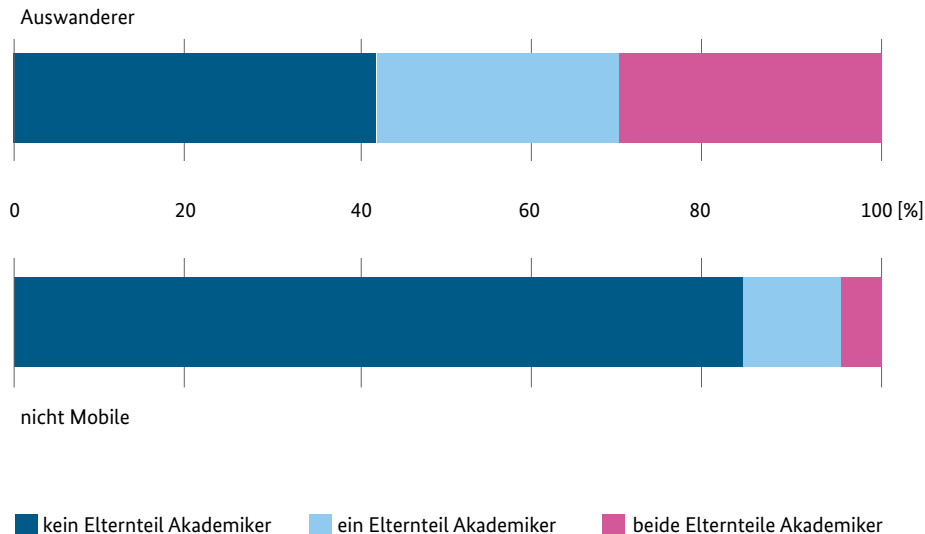
Deutsche Aus- und Rückwanderer sind gleichermaßen hochqualifiziert

Einer der Sammelbandbeiträge erörtert, inwieweit sich klassische Migrationstheorien auf den deutschen Fall und somit auf die Aus- und Rückwanderung in einer hochentwickelten Industriegesellschaft übertragen lassen. Der Beitrag überprüft dabei die im Raum stehende Gefahr eines „Brain Drain“, also der überproportionalen Abwanderung Hochqualifizierter. Die einzigartigen Daten der German Emigration and Remigration Panel Study sowie die Harmonisierbarkeit der Befragungsdaten mit dem Sozio-ökonomischen Panel erlauben es den Forschern, zwei zentrale Vergleiche anzustellen. Der erste Vergleich der Sozialstruktur von Auswanderern (GERPS) und nicht mobiler Bevölkerung (SOEP) zeigt ganz klar, dass die deutschen Auswanderer im Vergleich mit der sesshaften Bevölkerung durchschnittlich deutlich jünger und höher qualifiziert sind. Während dieser Befund auf einen Verlust von besonders qualifizierten Personen hindeutet, zeigt der zweite Vergleich von deutschen Auswanderern mit deutschen Rückwanderern, dass der Verlust durch gleichwertig qualifizierte Rückkehrer beinahe vollständig ausgeglichen wird. Die



Der zum GERPS-Projekt erschienene Sammelband „The Global Lives of German Migrants“

Akademische Abschlüsse der Eltern: Auswanderer haben häufiger Akademikereltern



in Bildungs- und Einkommensniveau verbleibenden Unterschiede, bei denen deutsche Rückwanderer im Vergleich mit Auswanderern geringfügig schlechter abschneiden, relativieren sich spätestens dann, wenn man das deutsche Wanderungsgeschehen insgesamt betrachtet. Unterm Strich lässt sich für die oft temporären Wanderungen deutscher Staatsangehöriger eher von einer Zirkulation als von einem dauerhaften Verlust des Humankapitals sprechen.

Auswanderung als Motor sozialen Aufstiegs?

Ein in externer Kooperation mit Reinhard Pollak, Professor an der Universität Mannheim und Abteilungsleiter bei GESIS, entstandener Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen internationaler und sozialer Mobilität von Deutschen. Der Beitrag vergleicht dafür die soziale Klassenzugehörigkeit von Auswanderern (GERPS) und nicht mobilen Deutschen (SOEP). Auffällig ist zunächst die positive soziale Selektion deutscher Auswanderer. Nur 16 Prozent der nicht mobilen kommen aus einem Akademikerhaushalt, haben also zumindest ein Elternteil mit Hochschulabschluss, gegenüber 58 Prozent der Auswanderer (siehe Abbildung). Bei den aus der beruflichen Stellung hergeleiteten Herkunftsklassen zeigt sich ein ähnliches Bild: Fast

90 Prozent der Auswanderer, aber nur 37 Prozent der Sesshaften, kommen aus den beiden oberen Dienstklassen. Noch wichtiger ist aber, dass genauso viele Auswanderer in den oberen Klassen landen, während das nur für 43 Prozent der Sesshaften gilt. Die Autoren nutzen zusätzlich statistische Methoden, um für die unterschiedliche sozialstrukturelle Zusammensetzung von Auswanderern und nicht Mobilen zu kontrollieren, bevor sie die intergenerationale Klassenmobilität in den Blick nehmen. Die intergenerationale Mobilität unterscheidet sich nicht messbar zwischen Auswanderern und nicht Mobilen. Es zeigt sich jedoch, dass es den oberen Klassen im Vergleich zu den mittleren und unteren Klassen prinzipiell besser gelingt, ihre Klassenposition zu sichern. Insgesamt hat die Auswanderung somit eine tendenziell stabilisierende Wirkung auf die Klassenzugehörigkeit. Aufgrund der positiven Selbstselektion profitieren davon insbesondere die Nachkommen der oberen Klassen.

International Mobile sind gesünder

Ein weiterer Beitrag untersucht die selbsteingeschätzte Gesundheit deutscher Aus- und Rückwanderer mit GERPS-Daten und vergleicht diese mit den Selbsteinschätzungen der sesshaften Be-



Nils Witte PhD spricht beim 14th Workshop of Panel Surveys in German-speaking Countries, Mannheim

völkerung, wiederum auf Grundlage des SOEP. Die Gesundheit der international Mobilen ist, wie auch in anderen Studien häufig belegt, deutlich besser als beim nicht mobilen Teil der Bevölkerung. Dieser Vorteil schrumpft zwar, wenn man die Unterschiede in der Sozialstruktur statistisch herausrechnet, verschwindet aber nicht vollständig. Verkürzt gesagt sind deutsche Migranten nicht nur deshalb gesünder als ihre sesshaften Landsleute, weil sie jünger und höher gebildet sind, sondern auch, weil Gesundheit und Wanderung einander auf andere Weise begünstigen. Während diese Gesundheitsunterschiede zwischen sesshaften und mobilen Deutschen deutlich erkennbar sind, sind Auswanderer und Rückwanderer gleichermaßen gesund. Abschließend vergleichen die Autoren die Gesundheit der deutschen Migranten vor und nach der Wanderung. Über die Hälfte der Aus- und Rückwanderer berichtet keine gesundheitlichen Veränderungen im Kontext ihrer Migration, während ein Drittel der Auswanderer und fast ebenso viele Rückwanderer von gesundheitlichen Verbesserungen nach der Wanderung berichten. Insgesamt sind deutsche Aus- und Rückwanderer also durchschnittlich gesünder als ihre sesshaften Landsleute und ihre Gesundheit wird kaum und häufig gar positiv von der Wanderung beeinträchtigt.

Macht Auswandern glücklich?

Ganz ähnliche Befunde liefert auch ein Beitrag, der sich mit der Lebenszufriedenheit von Auswanderern auseinandersetzt. Dieser vergleicht die allgemeine Lebenszufriedenheit von ausgewanderten mit sesshaften Personen, wiederum anhand der Daten aus der GERPS-Studie und dem SOEP. Für ihre Analyse vergleichen die Autoren statistische Zwillinge, also Auswanderer und Sesshafte, die unter anderem gleich alt sind, das gleiche Geschlecht, den gleichen Beschäftigungsstatus und die gleiche Schulbildung haben. Der Vergleich deutet tatsächlich darauf hin, dass Auswandern glücklich macht. Dieser Befund gilt allerdings mit dem Vorbehalt, dass der Zusammenhang von Auswanderung und Lebenszufriedenheit nicht unbedingt kausal sein muss. Es wäre auch möglich, dass er auf unbeobachteten Unterschieden beruht, die bereits vor der Auswanderung bestanden. Die hier vorgestellten Befunde zeigen in der Gesamtschau jedenfalls, dass es sich bei international mobilen Deutschen um eine sehr spezifische und tendenziell positiv selektierte Gruppe handelt. Darüber hinaus zeigen die Studien aber auch den Bedarf weiterer Forschung im Bereich der internationalen Migration aus hochentwickelten Industriestaaten auf.

Forschungsbereich 3

Demografischer Wandel und Langlebigkeit

Forschungsdirektor
Dr. Sebastian Klüsener

Mitarbeitende

Dr. Andreas Backhaus
Dr. Volker Cihlar
Dr. Pavel Grigoriev
Dr. Laura Konzelmann
Dr. Elke Loichinger
Dr. Andreas Mergenthaler
Frank Micheel
Prof. Dr. Dr. Ulrich Mueller
Dr. Michael Mühlichen
Harun Sulak
Frank Swiaczny
Dr. Andrea Werdecker
Dr. Ronny Westerman



Das Jahr 2020 war für den Forschungsbereich ein Jahr der Veränderungen. Dies spiegelt sich auch darin wider, dass der Forschungsbereich von „Demografischer Wandel und Alterung“ in „Demografischer Wandel und Langlebigkeit“ umbenannt wurde. Der neue Name bringt zum Ausdruck, dass neben dem vorhandenen Fokus auf die gesellschaftliche Alterung in Zukunft auch ein verstärkter Fokus auf Forschung zur Langlebigkeit bzw. Sterblichkeit gelegt werden wird.

Globale und regionale Bevölkerungsdynamik

Die Forschungsgruppe hat im Januar 2020 Zuwachs durch den Ökonomen Dr. Andreas Backhaus erhalten, während der Geograph Frank Swiaczny im November von seiner Entsendung zu den Vereinten Nationen zurückgekehrt ist. Im Bereich der Weltbevölkerungsforschung wurden die Teilnahme Deutschlands an

der 53. Sitzung der UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung sowie verschiedene Veranstaltungen zu aktuellen globalen und regionalen Entwicklungsprozessen wissenschaftlich begleitet. Dabei lag der Fokus auf Zusammenhängen zwischen ökonomischen und demografischen Entwicklungsprozessen und auf Bevölkerungsprojektionen. Zu einer Konferenz des Bundesinnenministeriums im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde ein Vergleich der Herausforderungen durch gesellschaftliche Alterung in Asien und Europa beigetragen.

Im Kontext der Forschung zu regionalen Bevölkerungsentwicklungen wurden zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit ein Webtool und eine Broschüre erstellt und in einer Pressekonferenz präsentiert. Diese zeigen auf, wie sich regionale demografische Unterschiede in Deutschland in den letzten 30 Jahren verändert haben. Außerdem wurde ein Policy Brief veröffentlicht, welcher die Auswirkungen der Deut-

schen Einheit aus einer Generationenperspektive betrachtet. Er verdeutlicht, dass im Osten einzelne Generationen sehr unterschiedlich von Errungenschaften und Herausforderungen der Deutschen Einheit berührt waren. Des Weiteren wurden im Kontext der Coronakrise Ministerien und Behörden beraten und mit relevanten demografischen Daten versorgt sowie einige Forschungsprojekte begonnen. Hierzu zählt etwa ein Mikrosimulationsmodell zur Vorhersage der Entwicklung der Intensivbettenauslastung mit COVID-19-Patienten. Außerdem erscheint das von der Forschungsgruppe betreute „Daten und Fakten“-Angebot auf der BiB-Webseite nun in einem aktualisierten Design.

Individuelles Altern und gesellschaftliche Alterung

Das Jahr 2020 war vom Abschluss der dritten und letzten Befragungswelle der Studie „Transitions and Old Age Potential“ (TOP) geprägt. Im Juni 2020 wurden auf einer Online-Pressekonferenz zum „Projekt Ruhestand“ eine Broschüre und ein Policy Brief vorgestellt. Die Broschüre „Vom Ruhestand zu (Un-)Ruheständen“ fasst wichtige Ergebnisse der Studie TOP zusammen, während der Policy Brief sich damit beschäftigte, dass durch die steigende Frauenerwerbstätigkeit immer mehr Paare den Übergang in die Rente miteinander koordinieren müssen. Des Weiteren wurde für die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Expertise veröffentlicht, welche sich mit den Lebenslagen, Lebensereignissen und Lebensplänen älterer Menschen in Deutschland beschäftigt.

Publizierte Veröffentlichungen in Fachzeitschriften untersuchten u. a. die soziale Partizipation und das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen. Bei öffentlichen und wissenschaftlichen Veranstaltungen wie etwa einem Online-Gespräch im Rahmen der Ländermonate des Demografieportals wurde das Thema „Altern, körperliche Aktivität und Gesundheit“ behandelt.

Mortalität

Diese Forschungsgruppe wurde im August 2020 gegründet. Sie wird aktuell aus den Demografen Dr. Pavel Grigoriev und Dr. Michael Mühlichen gebildet. Ein

Kernprojekt dieser Gruppe wird über die nächsten fünf Jahre das durch den European Research Council geförderte Projekt REDIM sein.

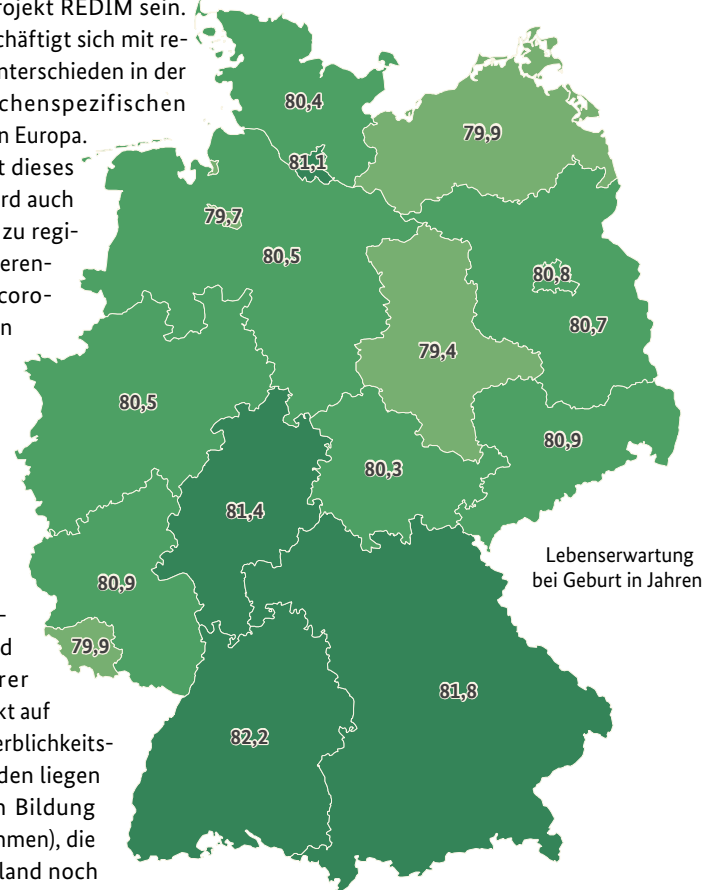
Dieses beschäftigt sich mit regionalen Unterschieden in der todesursachenspezifischen Mortalität in Europa.

Im Kontext dieses Projekts wird auch Forschung zu regionalen Differenzen in der coronabedingten Sterblichkeit in den Fokus genommen werden.

Neben Forschung zu regionalen Disparitäten wird ein weiterer Schwerpunkt auf sozialen Sterblichkeitsunterschieden liegen (etwa nach Bildung und Einkommen), die in Deutschland noch wenig erforscht sind.

Mortalitäts-Follow-Up der NAKO Gesundheitsstudie

Die Forschungsgruppe hat 2020 ihre Arbeit erfolgreich fortgesetzt. Im Rahmen von Vitalstatusabfragen werden die verstorbenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der NAKO Gesundheitsstudie ermittelt. Anschließend wird eine detaillierte Feststellung der Todesumstände vorgenommen, um die Todesursachen möglichst genau eingrenzen zu können. Seit Projektbeginn wurden bisher 1.522 Sterbefälle identifiziert und kodiert. Damit ist nun eine Datenbasis erreicht, welche erste größere Auswertungen ermöglicht. Daneben sind mehrere Publikationen u. a. im Rahmen der *Global Burden of Disease-Studie* entstanden.



Neues Forschungsprojekt

Regionalen Unterschieden in der Sterblichkeit auf der Spur

Im August 2020 erhielt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung prominenten Zuwachs: Das REDIM-Projekt wurde in das Institut integriert und inhaltlich an den Forschungsbereich 3 angedockt. Das Akronym steht für Regionale Disparitäten in der todesursachenspezifischen Mortalität in Europa. Ziel von REDIM ist es, die regionalen Sterblichkeitsunterschiede in 21 europäischen Ländern systematisch zu erforschen. Denn auch wenn die Lebenserwartung in den EU-Staaten während der letzten Jahrzehnte deutlich angestiegen ist, so gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen den Regionen. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Beispielsweise können unterschiedliche Sozial- und Gesundheitspolitiken eine Rolle spielen oder auch bestimmte gesundheitliche Verhaltensmuster in den Bevölkerungen. Bei der Identifikation weiterer Hintergründe kommt erschwerend hinzu, dass kleinräumige Analysen des Mortalitätsgeschehens besonders im Hinblick auf die Todesursachen rar sind. Hier setzt das REDIM-Projekt an.

Der Demograf Dr. Pavel Grigoriev, der zuletzt am MPI in Rostock gearbeitet hat, leitet seit dem 1. August 2020 das Forschungsprojekt am BiB. Dafür erhielt er vom Europäischen Forschungsrat (ERC) über die Dauer von fünf Jahren eine Anschubfinanzierung in Höhe von 1,42 Millionen Euro. Im Interview gibt der Projektleiter einen Überblick über die Ziele und Hintergründe des REDIM-Projekts.

Herr Dr. Grigoriev, welche Ziele verfolgt REDIM?

Wir erleben in den europäischen Ländern seit geraumer Zeit einen Mortalitätsrückgang, wodurch die Lebenserwartung der Menschen in den letzten Jahren nahezu überall angestiegen ist. Diese Entwicklung hat aber nicht alle geografischen Regionen in gleicher Weise erfasst. Somit stellt sich für die Ziele des Projekts die

Frage, welche Regionen innerhalb Europas bzw. innerhalb einzelner Länder am meisten von Mortalitätsrückgängen profitieren und wie groß bei regionalen Unterschieden der Einfluss von Todesursachen ist. Dazu kommt die Frage, in welchem Maße in nationalen Grenzregionen Niveauunterschiede in der Gesundheitssituation zwischen den Bevölkerungen beidseits der Grenze festzustellen sind. Hierbei liegt der Fokus vor allem auf den nationalen Gesundheitspolitiken und den Folgen für das Mortalitätsgeschehen. Wenn es zum Beispiel zwischen benachbarten Grenzregionen zweier oder mehrerer Länder Unterschiede bei den Todesursachen gibt, stellt sich die Frage, inwieweit dies auf unterschiedliche nationale Gesundheitspolitiken zurückgeführt werden kann.

Welche Faktoren haben sich auf die Mortalitätsentwicklung in Europa ausgewirkt?

Wir gehen davon aus, dass die Ausbreitung des Mortalitätsrückgangs nicht notwendigerweise an nationale Landesgrenzen gebunden ist. Mit hoher Wahrscheinlichkeit überschreitet der Prozess politische Grenzziehungen und verbreitet sich in erster Linie über sogenannte Übertragungseffekte. Die Weiterentwicklung bei der Prävention und Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen tragen nach unserer Einschätzung am stärksten zu dieser Entwicklung bei. Aus den erhobenen Daten ergeben sich aber auch andere interessante Fragestellungen. Etwa, inwieweit der Staatsaufbau eines Landes einen Einfluss auf regionale Mortalitätsunterschiede hat. Erzeugt die stärkere politische Autonomie bei der Gesundheitspolitik in föderal organisierten Ländern stärkere regionale Unterschiede im Vergleich zu zentralistisch organisierten Ländern? Und schließlich mit Blick auf den Integrationsprozess der EU: Hat der Beitritt zur EU die regionalen Gesundheitsdisparitäten in den beigetretenen Ländern beeinflusst?



Welche Länder werden bei REDIM untersucht? Und welche Faktoren haben die Länderauswahl bestimmt?

Im Fokus des Projekts stehen insgesamt 21 europäische Länder und Regionen, die wir in drei geopolitische Gruppen eingeteilt haben. Dazu zählen westeuropäische Länder und Regionen wie Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Schweden, Österreich, die Schweiz und Westdeutschland. In der zweiten Gruppe widmen wir uns einer Auswahl von postkommunistischen Ländern und Regionen in Mittel- und Osteuropa wie der Tschechischen Republik, Ostdeutschland, der Slowakei, Ungarn sowie Polen. In diesen Ländern zeigten sich in den letzten Jahrzehnten rasche Verbesserungen bei der Lebenserwartung. Hier ist es interessant, zu erforschen, wie diese positiven Trends die vorhandenen Mortalitätsunterschiede zwischen diesen Ländern beeinflussen. Dazu werden auch Länder der früheren Sowjetunion mit einbezogen. Hierzu zählen Belarus, die baltischen Staaten Estland, Litauen, Lettland, der europäische Teil Russlands und die Ukraine. Diese gewählten Länder sind aufgrund ihrer gemeinsamen Vergangenheit und dem folgenden Übergang zu nationaler Eigenständigkeit im Zuge der Transformationsprozesse im Hinblick auf Mortalitätsveränderungen besonders interessant.

Die bestmögliche vergleichende Perspektive war nicht der einzige Faktor, der die Wahl des Landes beeinflusst.

Die Zusammensetzung der Länder wurde im Wesentlichen dominiert von der Frage der Verfügbarkeit von Daten zur Mortalitätslage und zu sozioökonomischen Indikatoren auf der lokalen Ebene.

In einigen Ländern Europas wurde eine Übersterblichkeit durch das Corona-Geschehen festgestellt. Wird diese Entwicklung auch im Projekt Beachtung finden?

Obwohl die derzeitige Pandemie zum Zeitpunkt des Projektantrags nicht vorhersehbar war, stehen die Auswirkungen von COVID-19 auf räumliche Sterblichkeitsmuster nun im Mittelpunkt des REDIM-Projekts. Die Pandemie hat sich ungleichmäßig über und innerhalb der europäischen Länder ausgebreitet. Die größte Herausforderung besteht darin, Faktoren zu identifizieren, die dafür verantwortlich sind. Wie haben sich unterschiedliche nationale und subnationale Gesundheitspolitiken und Strategien zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie auf die Sterblichkeit in bestimmten Regionen Europas ausgewirkt? Wie verändern die lokalen Bedingungen diese Auswirkungen? Die Beantwortung dieser Fragen ist wichtig, um in Zukunft wirksame Maßnahmen gegen COVID-19 und ähnliche Epidemien zu entwickeln. Dazu müssen wir jedoch geeignete Daten sammeln. Ich bin überzeugt, dass die gesundheitlichen Folgen von COVID-19 in erster Linie auf der Grundlage von Mortalitätsdaten nach Todesursachen bewertet werden sollten, die routinemäßig von nationalen statistischen Ämtern erhoben werden. Leider dauert es ziemlich lange, bis solche Daten veröffentlicht werden. In einigen Ländern wie beispielsweise Deutschland können aufgrund des strengen Datenschutzes nicht einmal die aggregierten Daten für den gewünschten Detaillierungsgrad freigegeben werden. All dies stellt uns als Forscher vor zusätzliche Herausforderungen.

Was gab den Anstoß für Sie, mit Ihrer Forschung an das BiB zu gehen? Und wie haben Sie sich hier in Wiesbaden mittlerweile eingelebt?

Bei meiner Entscheidung habe ich die langfristige Perspektive berücksichtigt. Das BiB bot mir nicht nur die besten Voraussetzungen für die kommenden fünf Jahre, sondern auch eine attraktive Forschungsperspektive für die Zukunft. Wiesbaden ist eine der schönsten Städte Europas, die meine Kriterien eines idealen Wohnorts voll erfüllt. Ich und meine Familie freuen uns sehr, hier zu leben.



TOP-Projekt

Höheres Erwachsenenalter im Wandel

Die Studie Transitions and Old Age Potential (TOP) stand in den letzten Jahren im Mittelpunkt der Arbeit der Forschungsgruppe „Individuelles Altern und gesellschaftliche Alterung“. Als Nachfolge-studie zum Weiterbeschäftigungssurvey des BiB erweiterte sie die Perspektive auf die Arbeitsmarkt-beteiligung und die Ruhestandsübergänge der von 1942 bis 1958 Geborenen. Insbesondere wurde der Blick auf eine verlängerte Erwerbstätigkeit im Rentenalter gerichtet. Zudem wurden in TOP u. a. ehrenamtliche Tätigkeiten, Sorgearbeiten innerhalb und außerhalb der Familie und die körperliche Akti-vität erhoben, um das aktive Altern in Deutschland abzubilden.

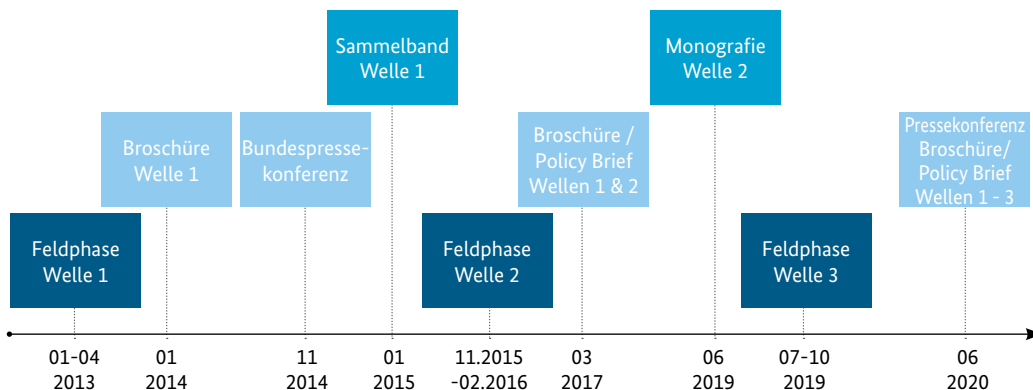
In der ersten Welle im Jahr 2013 konnten 5.002 Per-sonen einer repräsentativen Stichprobe der deutsch-sprachigen Wohnbevölkerung im Alter zwischen 55 und 70 Jahren telefonisch befragt werden. Die Daten bildeten die Grundlage eines Sammelbandes, der vom BiB gemeinsam mit den Kooperationspartne-rInnen von TOP verfasst wurde. Dieser Sammelband wurde im Herbst 2014 zusammen mit dem damali-gen Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière im Rahmen einer Bundespressekonferenz vorgestellt. Die TOP-Studie ist als Panel angelegt, so dass wiede-rbefragungsbereite Personen in Abständen von

jeweils drei Jahren erneut befragt wurden. In der zweiten Welle aus dem Jahr 2016 wurden 2.501 Per-sonen interviewt. In dieser Welle wurde ein theoreti-sches Modell zur Erwerbsbeteiligung im Rentenalter erstmals empirisch getestet. Eine Monografie, die im Jahr 2019 veröffentlicht wurde, stellte die Ergebnisse hierzu umfassend dar.

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl von Zweiverdienerpaaren kann der Ruhestandsüber-gang zu einer Gestaltungsaufgabe für ältere Paare werden. Daher wurden in der dritten Welle auch die Partnerinnen und Partner der bisher Teilnehmenden interviewt. Die Ergebnisse der 576 Paarinterviews wurden in einem Policy Brief und – zusammen mit den Befunden aus den Längsschnittdaten – einer Broschüre veröffentlicht. Diese Publikationen wur-den der Öffentlichkeit im Juni 2020 auf einer virtu-ellen Pressekonferenz des BiB vorgestellt.

Bis heute sind von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BiB sowie von Externen mit den Daten aus TOP zwölf Beiträge in referierten Journals, ein Sammel-band, eine Monografie und 14 weitere Publikationen erschienen. Zusätzliche Veröffentlichungen sind im Jahr 2021 geplant. Darüber hinaus wurden mehr als 40 Vorträge auf nationalen und internationalen Kon-ferenzen, Workshops und Kolloquien gehalten.

Meilensteine des TOP-Projekts von 2013 bis 2020



begutachteter Artikel



✦ **AUTORIN:** Inga Laß ✦ **TITEL:** The Effects of Non-standard Employment on the Transition to Parenthood Within Couples: A Comparison of Germany and Australia
 ✦ **ERSCHIENEN IN:** European Journal of Population



Temporäre Jobs wirken sich bei Frauen negativ auf die Erstelternschaft aus

Worauf basiert die Idee für diesen Artikel?

Die Forschungsidee ergab sich aus zwei parallelen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte: Erstens gab es in vielen Ländern eine Zunahme atypischer Beschäftigung, d. h. von Teilzeitarbeit und temporären Jobs. Zweitens haben sowohl die Kinderlosigkeit als auch das Erstgeburtsalter stark zugenommen. Der Artikel widmet sich der Frage, inwiefern diese Trends zusammenhängen, also ob atypische Beschäftigung zu einem Aufschub der Elternschaft führt.

Was ist der besondere Fokus der Studie?

Vorherige Studien zum Einfluss der Beschäftigungsform auf die Fertilität waren meist auf das Individuum und dabei vor allem auf die Frau fokussiert. Fertilitätsentscheidungen werden aber meist in Partnerschaften getroffen. Daher berücksichtigt diese Studie besonders den Partnerschaftskontext. Sie analysiert bei zusammenlebenden Paaren gleichzeitig den Einfluss der Beschäftigungsform auf a) den Übergang in die Elternschaft und b) das Trennungsrisiko. Letzteres stellt einen indirekten Effekt der Beschäftigungsform auf die Fertilität dar, da sich mit der Trennung die Wahrscheinlichkeit einer Elternschaft reduziert.

Welche Daten wurden dafür verwendet?

Die Grundlage bilden zwei große Haushaltsbefragungen, namentlich das deutsche Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und der Household, Income and Labour Dynamics in Australia (HILDA) Survey für den Zeitraum 2001 bis 2013. Ihr Vorteil ist es, dass alle Mitglieder der jeweiligen Haushalte jedes Jahr wieder befragt werden, so dass detaillierte Informationen zur Beschäftigungs- und Familiensituation beider Partner vorliegen.

Was ist der zentrale Befund der Untersuchung?

Temporäre Jobs wirken sich nur bei Frauen negativ auf den Übergang zur Erstelternschaft aus – ein Zeichen dafür, dass Frauen zunächst eine unbefristete Stelle anstreben, zu der sie nach der Elternzeit zurückkehren können. Insgesamt zeigt sich teils ein doppelter Einfluss atypischer Beschäftigung auf die Erstelternschaft – einerseits durch eine reduzierte Wahrscheinlichkeit der Erstgeburt in stabilen Paaren und andererseits durch ein erhöhtes Trennungsrisiko.

Welche Schlussfolgerung ergibt sich daraus?

Atypische Beschäftigung hat un intendierte Nebeneffekte für das Privatleben der Beschäftigten. Aus politischer Perspektive sollte daher darüber nachgedacht werden, wie man den Bedarf des Arbeitsmarkts an flexiblen Arbeitskräften mit dem Bedürfnis potenzieller Eltern nach einer sicheren beruflichen Karriere und verlässlichem Einkommen besser in Einklang bringen kann.



Wissenschaftlicher Output Publikationen, Konferenzen, Lehre

Referierte Artikel

- *Blom, Annelies G.; Cornesse, Carina; Friedel, Sabine et al.*: High Frequency and High Quality Survey Data Collection. The Mannheim Corona Study. *Survey Research Methods* 14(2): 171–178.
- *Braack, Mirko K.; Milewski, Nadja*: An explorative approach to the cross-section of international migration and sexual preference. *Genus* 76(33): 361–386.
- *Bujard, Martin; Fangerau, Heiner; Korn, Evelyn*: Die Bedeutung von neuesten Verfahren der Reproduktionsmedizin für die Lebenslaufplanung von Frauen. *Sozialer Fortschritt* 69(8-9): 511–528.
- *Bujard, Martin; Diehl, Claudia; Kreyenfeld, Michaela; Leyendecker, Birgit; Spieß, C. Katharina*: Geflüchtete, Familien und ihre Kinder. *Sozialer Fortschritt* 69(8-9): 561–577.
- *Campisi, Nicholas; Kulu, Hill; Mikolai, Julia; Klüsener, Sebastian; Myrskylä, Mikko*: Spatial variation in fertility across Europe: Patterns and determinants. *Population, Space and Place* 26(4): e2308.
- *Cimentada, Jorge; Klüsener, Sebastian; Riffe, Tim*: Exploring the demographic history of populations with enhanced Lexis surfaces. *Demographic Research* 42(6): 149–164.
- *Grigoriev, Pavel; Jasilionis, Domantas; Klüsener, Sebastian; Timonin, Sergey; Andreev, Evgeny; Meslé, France; Vallin, Jacques*: Spatial patterns of male alcohol-related mortality in Belarus, Lithuania, Poland and Russia. *Drug and Alcohol Review*.
- *Gummer, Tobias; Schmiedeberg, Claudia; Bujard, Martin; Christmann, Pablo; Hank, Karsten; Kunz, Tanja*:



✦ **AUTOR:** Nils Witte ✦ **TITEL:** Have Changes in Gender Segregation and Occupational Closure Contributed to Increasing Wage Inequality in Germany, 1992–2012 ✦
ERSCHIENEN IN: European Sociological Review



Berufliche Eigenschaften wirken dem Anstieg der Lohnungleichheit entgegen

Wie hat sich die Lohnverteilung zuletzt verändert?

Das die Lohnungleichheit in den letzten Dekaden gestiegen ist, war bereits bekannt. Mit Daten für abhängig Beschäftigte in Westdeutschland konnte ich diesen Befund bestätigen und darüber hinaus zeigen, dass die Löhne in allen Bereichen der Verteilung angestiegen sind. Wenn es dennoch eine Zunahme der Lohnungleichheit gab, dann deshalb, weil die Löhne am oberen Ende der Verteilung, also bei den Topverdienern, noch stärker gestiegen sind als im mittleren und unteren Bereich der Verteilung. In meinem Artikel stelle ich dar, welchen Beitrag zu dieser Veränderung berufliche Geschlechtersegregation und berufliche Schließung leisten.

Was bedeutet berufliche Geschlechtersegregation?

Ein segregierter Beruf ist ein Beruf, der überwiegend von Männern oder überwiegend von Frauen ausgeübt wird. Die Segregation ändert sich aber über die Zeit, z. B. bei Grund-, Haupt- und Realschullehrkräften. Während Männer und Frauen in diesem Beruf 1992 noch gleich stark vertreten waren, waren Frauen 2012 in der Überzahl. Der Lehrerberuf ist zugleich ein Beispiel eines geschlossenen Berufs. Geschlossen bedeutet, dass Arbeitgeber nur Personen mit einer ganz bestimmten Berufsausbildung in diesen Positionen einstellen. Solche geschlossenen Berufe hatten im Untersuchungszeitraum starken Zulauf, was u. a. daran liegt, dass sie in schnell wachsenden Arbeitsmärkten wie Bildung und Gesundheit angesiedelt sind.

Welche Rollen spielen diese Eigenschaften für die Lohnungleichheit?

Über alle Berufe hinweg hat es in beiden Bereichen Veränderungen gegeben, von denen die niedrigeren Lohngruppen überproportional profitiert haben. Ein Punkt ist der bereits erwähnte Zuwachs in geschlossenen Berufen. Viele dieser Berufe liegen in der unteren Hälfte der Lohnverteilung und beeinflussen die Lohnentwicklung positiv. Vereinfacht gesprochen hat der relative Stellenzuwachs in Bildungs- und Pflegeberufen das Lohnniveau am unteren Verteilungsende angehoben, weil es zuletzt mehr Pfleger als Verkäufer gab. Ebenfalls positiv war die Lohnentwicklung in überwiegend von Frauen ausgeübten Berufen in der unteren Verteilungshälfte, beispielsweise in der Verwaltung. Der entscheidende Befund ist nun, dass diese beruflichen Eigenschaften und ihre Veränderung zur Verringerung der Lohnungleichheit beigetragen haben. Die Lohnungleichheit ist aber trotzdem gestiegen, weil andere Trends für die Gesamtentwicklung bestimmend waren, beispielsweise der starke Zuwachs von geringfügiger Beschäftigung.

Lück, Detlev; Neyer, Frank J.: The impact of Covid-19 on fieldwork efforts and planning in pairfam and FRED-DA-GGS. *Survey Research Methods* 14(2): 223–227.

Krstic, Kristijan; Westerman, Ronny; Kumar Chattu, Vijay; Ekkert, Natalia V.; Jakovljevic, Mihajlo: Corona-Triggered Global Macroeconomic Crisis of the Early 2020s. *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 17(24): 9404. DOI: 10.3390/ijerph17249404.

Laß, Inga: The effects of non-standard employment on the transition to parenthood within couples: A comparison of Germany and Australia. *European Journal of Population*, (online first).

Laß, Inga; Wooden, Mark: Temporary employment and work-life balance in Australia. *Journal of Family Research/ Zeitschrift für Familienforschung*, (online first).

Laß, Inga; Wooden, Mark: Non-Standard Employment and Wage Growth in Australia. *Australian Economic Review* (Early View).

Lippke, Sonia; Cihlar, Volker: Social Participation during the Transition to Retirement: Findings on Work, Health and Physical Activity beyond Retirement from an Interview Study over the Course of 3 Years. *Activities, Adaptation & Aging* (online first).

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Stawarz, Nico; Wicht, Alexandra: Familienkonstellation und Bildungserfolg: Welche Rolle spielen ökonomisches, kulturelles und Sozialkapital? *Soziale Welt* 71(3): 235–267.

Micheel, Frank: Freiwilliges Engagement in der „Lebensphase Alter“. Eine kontrastierende Betrachtung von niedrig- und hochgebildeten Personen in der Altersgruppe 50+ mit dem Freiwilligensurvey 2014. *Sozialer Fortschritt* 69 (5): 349–374.

Möhring, Katja; Naumann, Elias; Reifenscheid, Maximiliane; Wenz, Alexander et al.: The COVID-19 pandemic and subjective well-being: longitudinal evidence on satisfaction with work and family. *European Societies*. DOI: 10.1080/14616696.2020.1833066.

Naumann, Elias; Möhring, Katja; Reifenscheid, Maximiliane; Wenz, Alexander et al.: COVID-19 policies in Germany and their social, political, and psychological consequences. *European Policy Analysis*. DOI: 10.1002/epa2.1091.

Nisén, Jessica; Klüsener, Sebastian; Dahlberg, Johann et al.: Educational differences in cohort fertility across sub-national regions in Europe. *European Journal of Population* (Online First).

Passet-Wittig, Jasmin; Bujard, Martin; McQuillan, Julia; Greil, Alfred L.: Is perception of inability to procreate a temporal phenomenon?: A longitudinal

exploration of changes and determinants among women and men of reproductive age in Germany. *Advances in Life Course Research* (online first).

Rees, Philip; Sander, Nikola: The Role of Internal Migration as a Driver of Regional Population Change in Europe. *Comparative Population Studies* 44: 533–544.

Skora, Thomas; Rüger, Heiko; Stawarz, Nico: Commuting and the Motherhood Wage Gap: Evidence from Germany. *Sustainability* 12(14): 5692.

Stawarz, Nico; Sander, Nikola: The Impact of Internal Migration on the Spatial Distribution of Population in Germany over the Period 1991-2017. *Comparative Population Studies* 44: 291–316.

Stawarz, Nico; Sander, Nikola; Sulak, Harun; Rosenbaum-Feldbrügge, Matthias: The turnaround in internal migration between East and West Germany





✦ **AUTOREN:** Stawarz, Nico, Nikola Sander, und Harun Sulak ✦ **TITEL:** Internal Migration and Housing Costs - A Panel Analysis for Germany ✦ **ERSCHIENEN IN:** Population, Space and Place. doi: DOI: 10.1002/psp.2412.



Wie wirken sich steigende Mieten auf die Zuzugszahlen von Städten aus?

Worauf basiert die Idee für diesen Artikel?

Für das Forschungsvorhaben waren zwei Beobachtungen zentral: Einerseits haben sich die Mieten in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht, was vor allem für die Großstädte zutrifft. Andererseits ist die fast zehn Jahre andauernde Phase der Urbanisierung zu einem Ende gekommen und ländliche Kreise verzeichnen nun wieder verstärkt positive Wanderungsbilanzen. Wir haben uns gefragt, inwiefern die beiden Entwicklungen miteinander in Verbindung stehen. Zudem gibt es bisher nur sehr wenige Längsschnittuntersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Mieten und Binnenwanderung untersuchen.

Welche Daten wurden dafür verwendet?

Als Datengrundlage dienen uns die Binnenwanderungsdaten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Wir haben diese auf Kreisebene für den Zeitraum 2004 bis 2017 ausgewertet. Zudem wurden Informationen zu Angebotsmieten herangezogen, die durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erhoben werden.

Was ist der zentrale Befund der Untersuchung?

Es gibt zwei zentrale Befunde: Unsere Analysen zeigen, dass steigende Mieten zu einer erhöhten Abwanderung aus den Großstädten führen. Außerdem verdeutlichen unsere Ergebnisse, dass Kreise mit steigenden Mieten eine verringerte Zuwanderung verzeichnen.

Welche Schlussfolgerung ergibt sich daraus?

Zusammenfassend lässt sich schlussfolgern, dass mit Veränderungen der Mieten auch Veränderungen der Binnenwanderungsströme einhergehen. Damit bestätigen wir andere Forschungsarbeiten, die einen derartigen Zusammenhang annehmen oder finden. Zudem wird anhand unseres Aufsatzes deutlich, dass steigende Mieten einen Erklärungsfaktor darstellen, um den Rückgang der Wanderung in die Großstädte und den Anstieg der Wanderungen aus den Großstädten zu erklären.

Welche Gebiete profitieren von diesem Trend, welche nicht?

Es profitiert vor allem das Umland von wirtschaftsstarken Großstädten. Strukturschwache ländliche Regionen hingegen sind weiterhin eher durch Abwanderung geprägt. Besonders stark war die Zunahme der Stadt-Land-Wanderung im Umland von München und Berlin. In den ostdeutschen Bundesländern hingegen ist die Suburbanisierung schwächer ausgeprägt, auch bedingt durch vergleichsweise geringere Anstiege der Mietpreise und weniger starke Wohnungsknappheit in den dortigen Städten.

over the period 1991 to 2018. *Demographic Research* 43(33): 993–1008.

• *Stawarz, Nico; Sander, Nikola; Sulak, Harun*: Internal migration and housing costs – A panel analysis for Germany. *Population, Space and Place* 2020:e2412. DOI: 10.1002/psp.2412.

• *van Raalte, Alyson A.; Klüsener, Sebastian; Oksuzyan, Anna; Grigoriev, Pavel*: Declining regional disparities in mortality in the context of persisting large inequalities in economic conditions: The case of Germany. *International Journal of Epidemiology* 49(2): 486–496.

• *Weber, Daniela; Loichinger, Elke*: Live longer, retire later? Developments of healthy life expectancies and working life expectancies between age 50–59 and age 60–69 in Europe. *European Journal of Ageing*. DOI: 10.1007/s10433-020-00592-5.

• *Woods, Jonas; Klüsener, Sebastian; Neels, Karel; Myrskylä, Mikko*: Shifting links in the relationship between education and fertility. *Population, Space and Place* 26(8): e2342.

Referierte Artikel im Rahmen der Global Burden of Disease Study

• *Deshpande, A. et al.*: Mapping geographical inequalities in access to drinking water and sanitation facilities in low-income and middle-income countries, 2000–17. *The Lancet Global Health* 8(9): e1162–1185.

• *Deshpande, A. et al.*: The global distribution of lymphatic filariasis, 2000–18: a geospatial analysis. *The Lancet Global Health* 8(9): e1186–1194.

• *Etemadi, A. et al.*: The global, regional, and national burden of stomach cancer in 195 countries, 1990–2017: a systematic analysis for the Global Burden of Disease study 2017. *The Lancet Gastroenterology and Hepatology* 5(1): 42–54.

• *GBD 2019 Viewpoint Collaborators*: Five insights from the Global Burden of Disease Study 2019. *Lancet*. 2020 Oct 17;396(10258):1135–1159. doi: 10.1016/S0140-6736(20)31404-5.

• *GBD 2019 Diseases and Injuries Collaborators*: Global burden of 369 diseases and injuries in 204 countries and territories, 1990–2019: a systematic analysis for the Global Burden of Disease Study 2019. *Lancet*. 2020 Oct 17;396(10258):1204–1222. doi: 10.1016/S0140-6736(20)30925-9.

• *GBD 2019 Risk Factors Collaborators*: Global burden of 87 risk factors in 204 countries and territories, 1990–2019: a systematic analysis for the Global Burden of Disease Study 2019. *Lancet*. 2020 Oct 17;396(10258):1223–1249. doi: 10.1016/S0140-6736(20)30752-2.

• *GBD 2019 Demographics Collaborators*: Global age-sex-specific fertility, mortality, healthy life expectancy (HALE), and population estimates in 204 countries and territories, 1950–2019: a comprehensive demographic analysis for the Global Burden of Disease Study 2019. *Lancet*. 2020 Oct 17;396(10258):1160–1203. doi: 10.1016/S0140-6736(20)30977-6.

• *Local Burden of Disease Vaccine Coverage Collaborators*. *Mapping routine measles vaccination in low- and middle-income countries*: *Nature*. 2020 Dec 16:1–10. doi: 10.1038/s41586-020-03043-4.

• *Local Burden of Disease Diarrhoea Collaborators*: Mapping geographical inequalities in oral rehydration therapy coverage in low-income and middle-



.....begutachteter Artikel.....



✦ **AUTORIN:** Jasmin Passet-Wittig mit M. Bujard, J. McQuillan und A. L. Greil ✦
TITEL: Is perception of inability to procreate a temporal phenomenon? ✦ **ERSCHIE-
 NEN IN:** Advances in Life Course Research 45: 1-13. DOI: 10.1016/j.alcr.2020.100339



Veränderung in der selbst wahrgenommenen Unfruchtbarkeit

☞ Um was geht es in der Publikation?

In dem Aufsatz nehmen wir eine neue Perspektive auf Infertilität im Lebensverlauf ein. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass demografische Forschung Infertilität teilweise als dauerhaften Zustand betrachtet. Es handelt sich aber eher um eine mehr oder weniger stark reduzierte Wahrscheinlichkeit, schwanger zu werden. Wir haben untersucht, inwieweit Frauen und Männer sich selbst als unfruchtbar wahrnehmen, wie stabil diese Wahrnehmung im Zeitverlauf ist und von welchen Faktoren Veränderungen in der Selbstwahrnehmung abhängen.

☞ Auf welcher Datengrundlage basieren die Ergebnisse?

Die Daten des deutschen Familienpanels pairfam bieten die Gelegenheit, die Wahrnehmung von Unfruchtbarkeit über mehrere Jahre zu analysieren, und das bei beiden Geschlechtern. Vergleichbare Datensätze sind uns nicht bekannt. Wir beobachten Frauen und Männer im Alter von 21 bis 43 Jahren über eine Zeitspanne von sieben Jahren.

☞ Wie verändert sich die wahrgenommene Unfruchtbarkeit?

Änderungen in der Selbstwahrnehmung als unfruchtbar kommen relativ häufig vor, sie ist also eher instabil. Von denjenigen, die sich in einem Jahr als (eher) unfruchtbar einschätzten, geben im nächsten Jahr 39 Prozent der Frauen und 48 Prozent der Männer an, (eher) fruchtbar zu sein. Nur für ein knappes Drittel der Befragten, die sich jemals als unfruchtbar wahrgenommen haben, ändert sich der Zustand im Beobachtungszeitraum nicht.

☞ Welche Gründe gibt es für eine instabile Wahrnehmung?

Vertiefende Analysen zeigen, dass wechselnde Lebensumstände und sozio-strukturelle Bedingungen relevant sind. Mit steigendem Alter nehmen sich Personen häufiger als unfruchtbar wahr. Auch der Verzicht auf Verhütung und die Einschätzung des Partners als unfruchtbar erhöhen das Risiko. Weiterhin zeigte sich, dass Kinderlose, Personen mit höherer Bildung, Migrantinnen und Migranten sich häufiger als infertil wahrnehmen.

☞ Was bedeutet das für die Fertilitätsforschung?

Die Ergebnisse der Studie tragen zu einem besseren Verständnis von Unfruchtbarkeit bei. Fertilitätsforscherinnen und -forscher sollten das Thema besser in ihre Untersuchungen integrieren. Die Entwicklung von Kinderwünschen sowie die Bedingungen für ihre Realisierung, das Verhütungsverhalten und die Nutzung der Reproduktionsmedizin können mithilfe des Ansatzes der wahrgenommenen Zeugungsfähigkeit noch besser erklärt werden.

income countries, 2000–17. *Lancet Glob Health*. 2020 Aug;8(8):e1038–e1060. doi: 10.1016/S2214-109X(20)30230-8.

• *Lozano, R. et al.*: Measuring universal health coverage based on an index of effective coverage of health services in 204 countries and territories, 1990–2019: a systematic analysis for the Global Burden of Disease Study 2019. *The Lancet* 396(10258): 1250–1284.

• *Reiner, R.C., Jr et al.*: Mapping geographical inequalities in childhood diarrhoeal morbidity and mortality in low-income and middle-income countries, 2000–17: analysis for the Global Burden of Disease Study 2017. *The Lancet*. Vol.295(10239) 1779–1801.

• *Roth GA et al.*: Global Burden of Cardiovascular Diseases and Risk Factors, 1990–2019: Update From the GBD 2019 Study. *Journal of the American College of Cardiology* Dec 22;76(25):2982–3021. doi: 10.1016/j.jacc.2020.11.010.

• *Sepanlou, S.G. et al.*: The global, regional, and national burden of cirrhosis by cause in 195 countries and territories, 1990–2017: a systematic analysis for the Global Burden of Disease Study 2017. *The Lancet Gastroenterology and Hepatology* 5(3): 245–266.

• *Soriano, J.B. et al.*: Prevalence and attributable health burden of chronic respiratory diseases, 1990–2017: a systematic analysis for the Global Burden of Disease Study 2017. *The Lancet Respiratory Medicine* 8(8): 585–596.

• *Westerman, R.*: Biomarkers for demographic research: sperm counts and other male infertility biomarkers. *Biodemography and Social Biology*. 65(1): 73–87.

• *Wiens, K. E. et al.*: Mapping geographical inequalities in childhood diarrhoeal morbidity and mortality in

low-income and middle-income countries, 2000–17: analysis for the Global Burden of Disease Study 2017. *The Lancet Global Health* 8(8): e1038–e1060.

Weitere Publikationen (Auswahl)

• *Beier, Henning M.; Bujard, Martin; Diedrich, Klaus et al.*: Diskussionsbeitrag: Ein Fortpflanzungsmedizin-gesetz für Deutschland. In: Diedrich, Klaus; Ludwig, Michael; Griesinger, Georg (Hrsg.): *Reproduktions-medicin*: 677–679.

• *Bujard, Martin*: Fertilität, Familie, Gesellschaft und Politik. Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen. Habilitationsschrift. Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

• *Genoni, Andreas; Nauck, Bernhard*: Generationenbeziehungen von Migranten. In: Genkova, Petia; Riecken, Andrea (Hrsg.): *Handbuch Migration und Erfolg*. Psychologische und sozialwissenschaftliche Aspekte. Wiesbaden: Springer: 1–13.

• *Jakovljevic, Mihajlo; Westerman, Ronny; Sharma, Tarang; Lamnisis, Demetris*: Aging and Global Health Section, Principles, and Drivers of Global Health. In: Haring, Robin; Kickbusch, Ilona; Ganten, Detlev; Moeti, Matshidiso (Hrsg.): *Handbook of Global Health*. Cham: Springer: 1–30.

• *Loichinger, Elke; Weber, Daniela*: Combining Working Life and Health Expectancies. In: Jagger, Carol; Crimmins, Eileen M.; Saito, Yasuhiko; Tiene De Carvalho Yokota, Renata; Van Oyen, Herman; Robine, Jean-Marie (Hrsg.): *International Handbook of Health Expectancies*. International Handbooks of Population book series: 249–261.





✦ **AUTORINNEN:** Daniela Weber und Elke Loichinger ✦ **TITEL:** Live longer, retire later? Developments of healthy life expectancies and working life expectancies between age 50-59 and age 60-69 in Europe ✦ **ERSCHIENEN IN:** European Journal of Aging



Länger leben, später in Ruhestand gehen?

Worauf basiert die Idee für diesen Artikel?

Es gibt mehrere Studien, die sich mit dem Zusammenhang zwischen Ruhestand und Gesundheit auf individueller Ebene befassen. Studien auf Bevölkerungsebene sind jedoch selten, und wir waren überrascht, dass Unterschiede zwischen der Lebenserwartung in Gesundheit und der Lebensarbeitszeit bisher nicht gemessen worden sind. Vor dem Hintergrund anhaltender Diskussionen um die weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze – nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern – wollten wir herausfinden, wie groß das Potenzial ist, die wirtschaftlich aktiven Jahre angesichts des Gesundheitszustands der Menschen weiter zu erhöhen. Ebenso interessierte uns, wie sich dieses Potenzial zwischen verschiedenen Altersgruppen, zwischen Männern und Frauen sowie zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen unterscheidet.

Wie wurde vorgegangen?

Wir analysierten das Verhältnis zwischen Lebensarbeitszeit und gesunder Lebenserwartung für die 50- bis 59-Jährigen und 60- bis 69-Jährigen. Bei der Gesundheit unterschieden wir zwischen den drei Dimensionen physische, kognitive und allgemeine Gesundheit. Außerdem berechneten wir die Lebensarbeitszeit und die restliche Lebenserwartung in guter Gesundheit für je drei Bildungsgruppen, in der Erwartung von Unterschieden nach sozioökonomischem Status.

Was sind zentrale Befunde der Untersuchung?

Die Befunde zeigen, dass bei der überwiegenden Mehrheit der Männer und Frauen zwischen 60 und 69 Jahren in den untersuchten Ländern die erwartete Anzahl der in Arbeit verbrachten Jahre unter derer in guter Gesundheit liegt. Dies bedeutet, dass insgesamt Potenzial bei der Lebensarbeitszeit sowohl bei Männern als auch bei Frauen besteht. Die bildungsspezifischen Analysen im Hinblick auf die Größe dieses Potenzials zeigen jedoch große Unterschiede zwischen den verschiedenen sozioökonomischen Gruppen in der Bevölkerung.

Welche Schlussfolgerung ergibt sich daraus?

Die Unterschiede zwischen Bildungsgruppen in Bezug auf Gesundheit und die Fähigkeit, über das derzeitige Austrittsalter aus dem Arbeitsmarkt hinaus zu arbeiten, müssen bei der Diskussion um längere Lebensarbeitszeiten berücksichtigt werden. Aufgrund der Bedeutung lebenslanger Einflussfaktoren auf Arbeit und Gesundheit ist es dabei wichtig, nicht nur die älteren Altersgruppen im Blick zu haben, sondern auch das (Erwerbs-)Leben in jüngeren Jahren.

• *Mühlichen, Michael*: Premature Mortality in the German Baltic Sea Region Now and Then. Dissertationsschrift. Universität Rostock.

• *Panova, Ralina*: Die Geburt des dritten Kindes. Einflussfaktoren des Übergangs zum dritten Kind in Westdeutschland, Frankreich, Bulgarien und Ungarn. Dissertationsschrift. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft 54. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.



• *Rüger, Heiko; Stawarz, Nico*: Gesundheitliche und soziale Auswirkungen arbeitsbedingter räumlicher Mobilität. In: Knieps, Franz; Pfaff, Holger (Hrsg.): Mobilität - Arbeit - Gesundheit. BKK Gesundheitsreport 2020. Berlin: MWV Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft: 236–246.

• *Schneider, Norbert F.; Diabaté, Sabine*: Familienleitbilder. In: Ecarius, Jutta; Schierbaum, Anja (Hrsg.): Handbuch Familie. Wiesbaden: Springer VS: 1–18.

Lehrtätigkeiten

Samira Beringer: Methoden der quantitativen empirischen Sozialforschung. Sommersemester 2020

(Seminar); Johannes Gutenberg-Universität, Mainz.

PD Dr. Martin Bujard: Wechselwirkungen zwischen Sozialpolitik und Familie. Sommersemester 2020 (Seminar); Johannes Gutenberg-Universität, Mainz.

Dr. Sabine Diabaté: Familie im Wandel? Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Wintersemester 2019/2020 (Seminar); Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

Dr. Sebastian Klüsener: Spatial Demography: Concepts and Methods. Blockseminar im Rahmen des Online International Autumn School „Frontiers in Demographic Research“; Higher School of Economics, Moskau.

Dr. Andreas Mergenthaler: Diseases and Social Inequalities. Wintersemester 2019/2020 (Seminar); Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

PD Dr. Heiko Rüger: Social Medicine – Aspects from Debt and Poverty. Wintersemester 2019/2020 (Vorlesung); Universitätsmedizin, Mainz.

PD Dr. Heiko Rüger: Räumliche Mobilität, Beruf und Familie. Wintersemester 2019/2020 (Seminar); Johannes Gutenberg-Universität, Mainz.

PD Dr. Heiko Rüger: Räumliche Mobilität, Beruf und Familie. Wintersemester 2020/2021 (Seminar); Johannes Gutenberg-Universität, Mainz.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Familie – Fertilität – Migration: Demografische Prozesse im Wandel. Wintersemester 2019/2020 (Seminar). Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Familie – Fertilität – Migration: Demografische Prozesse im Wandel. Wintersemester 2019/2020 (Vorlesung). Universität Wien.

Dr. Ronny Westerman: Introduction to Epidemiology, Biostatistics and Skills. Wintersemester 2019/2020 (Online-Seminar); Johannes Gutenberg-Universität, Mainz.



✦ **AUTOREN:** Pavel Grigoriev mit D. Jasilionis, S. Klüsener, S. Timonin, E. Andreev, F. Meslé und J. Vallin ✦ **TITEL:** Spatial patterns of male alcohol-related mortality in Belarus, Lithuania, Poland and Russia ✦ **ERSCHIENEN IN:** Drug and Alcohol Review



Alkoholbedingte Sterblichkeit in den postkommunistischen Ländern

Was haben Sie in diesem Artikel untersucht?

Viele Männer in Osteuropa sterben vorzeitig an Krankheiten, die von zu starkem Alkoholkonsum ausgelöst werden. Vor allem in den postkommunistischen Ländern Litauen, Polen, Weißrussland und Russland ist eine überdurchschnittlich hohe, durch Alkoholkonsum bedingte Sterblichkeit, zu beobachten. Wir wollten in unserem Autorenteam herausfinden, warum das so ist.

Warum erschien der länderübergreifende Ansatz spannend?

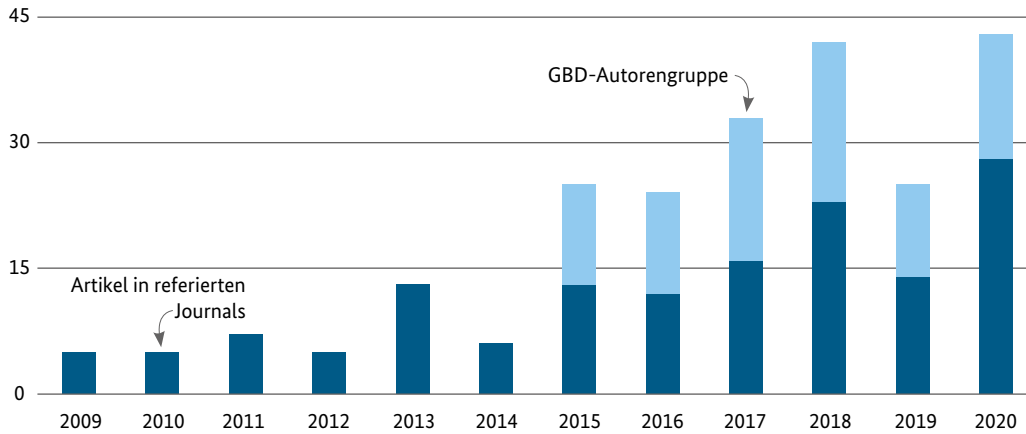
Gewohnheiten ändern sich nicht an der Landesgrenze. Auf die Trinkgewohnheiten der vier genannten Länder trifft das im Besonderen zu. Das hat wiederum Folgen für die Sterblichkeit in der Region. Diese Länder bieten einen interessanten Ansatz für die Forschung, da sie eine gemeinsame Vergangenheit haben, sich aber heute doch deutlich voneinander unterscheiden.

Was sind die Hintergründe für die höhere Sterblichkeit?

Die Höhe und auch die Art der Verbreitung lassen daraus schließen, dass diese Mortalitätsmuster historische Wurzeln haben. Allerdings scheinen auch andere Faktoren eine wichtige Rolle zu spielen. Dazu zählen Unterschiede in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage, Abwanderung aus Randregionen in die Kerngebiete der jeweiligen Staaten und Alkoholschmuggel in grenznahen Gebieten.

Welche regionalen Unterschiede waren dabei festzustellen?

Man kann gut erkennen, dass die alkoholbedingte Sterblichkeit vom Nordwesten Russlands bis in den Süden Polens abnimmt. Dabei sind die Übergänge an den Grenzen sehr fließend. Das scheint historische Gründe zu haben: Die exzessiven Trinkgewohnheiten, die schon im russischen Kaiserreich und später auch in der Sowjetunion vorherrschten, haben sich demnach stärker in den russisch geprägten Regionen ausgebreitet. Deshalb ist wohl in Polen und Litauen die Sterblichkeit auf Grund von starkem Alkoholkonsum weniger hoch. Trotzdem gibt es innerhalb jedes Landes Gebiete mit überdurchschnittlicher alkoholbedingter Sterblichkeit. Sie liegen im Nordwesten und Westen Russlands, im Osten und Nordosten Weißrusslands, im Südosten Litauens sowie in Ost- und Mittelpolen. In der Vergangenheit standen diese Gebiete unter starkem Einfluss Russlands. Der Süden Polens dagegen war lange Zeit Teil des österreichischen Kaiserreichs, mit weniger ausgeprägten Trinkgewohnheiten. Hier liegt heute eine der niedrigsten alkoholbedingten Sterblichkeitsraten des gesamten untersuchten Gebiets vor.

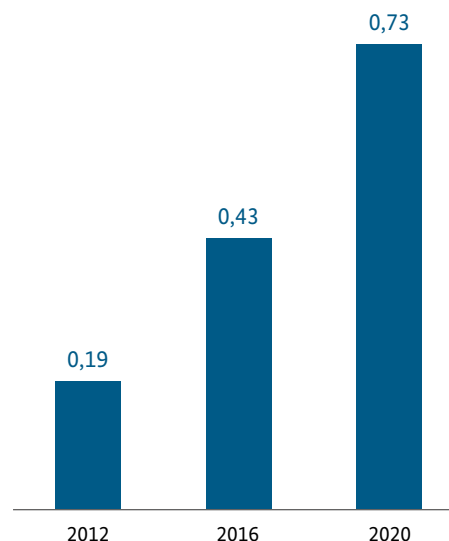


Referierte Beiträge Erfreuliche Publikationsbilanz

Das abgelaufene Jahr brachte bei der Anzahl der referierten Artikel einen neuen Höchststand. Damit verfestigte sich der dynamische Trend, der in den letzten Jahren eingesetzt hatte: Gegenüber dem Jahr 2010 stieg die Zahl der wissenschaftlichen Artikel um das Achtfache. Insgesamt konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts 43 Beiträge in wissenschaftlichen Publikationen platzieren. Darunter befanden sich 15 Artikel, die mit einer sehr großen Autorengruppe im Rahmen des Projekts Global Burden of Disease (GBD) erschienen sind und in der obigen Abbildung separat ausgewiesen werden. An den GBD-Beiträgen sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Forschungsgruppe Mortalitäts-Follow-up der NAKO Gesundheitsstudie beteiligt.

Die nebenstehende Abbildung zeigt die Entwicklung begutachteter Artikel seit 2012, bezogen auf ein Vollzeitäquivalent. Diese Quote erscheint vor dem Hintergrund eines starken Personalzuwachses im gleichen Zeitraum als sinnvoller Messwert. Vor 2012 lag die Peer-review-Quote pro Vollzeitäquivalent bei weniger als 0,20 und hat sich mittlerweile auf 0,73 vervielfacht. Dieser Wert ist umso bemerkenswerter, weil die am Institut beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zahlreiche weitere Aufga-

ben, beispielsweise in der Öffentlichkeitsarbeit oder in der Politikberatung, zu erfüllen haben. Würden die zahlreichen Artikel, die im Rahmen des GBD-Projekts erschienen sind, in diese Berechnung aufgenommen, dann läge die Quote bei einem Wert von 1,13.



Anzahl referierter Artikel pro Vollzeitäquivalent seit 2012 (ohne GBD-Artikel)



Politikberatung & Öffentlichkeitsarbeit

Im Errichtungserlass des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, den der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher im Jahr 1973 unterzeichnete, waren die Beratung der Bundesregierung in Bevölkerungsfragen und die Information der Öffentlichkeit als wesentliche Aufgaben des Instituts festgelegt. Das BiB kommt diesem Auftrag bis heute nach und hat die Erfüllung beider Aufgabenfelder in den letzten Jahren kontinuierlich intensiviert. So wurde das Büro in Berlin, das von den Beschäftigten des Instituts bislang für Aufenthalte in der Bundeshauptstadt alternierend genutzt wurde, mit einer Vollzeitstelle ausgestattet. Dies erhöht die Präsenz vor Ort und erleichtert im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, persönliche Kontakte wahrzunehmen, Veranstaltungen zu organisieren oder Dialogformate zu gestalten.

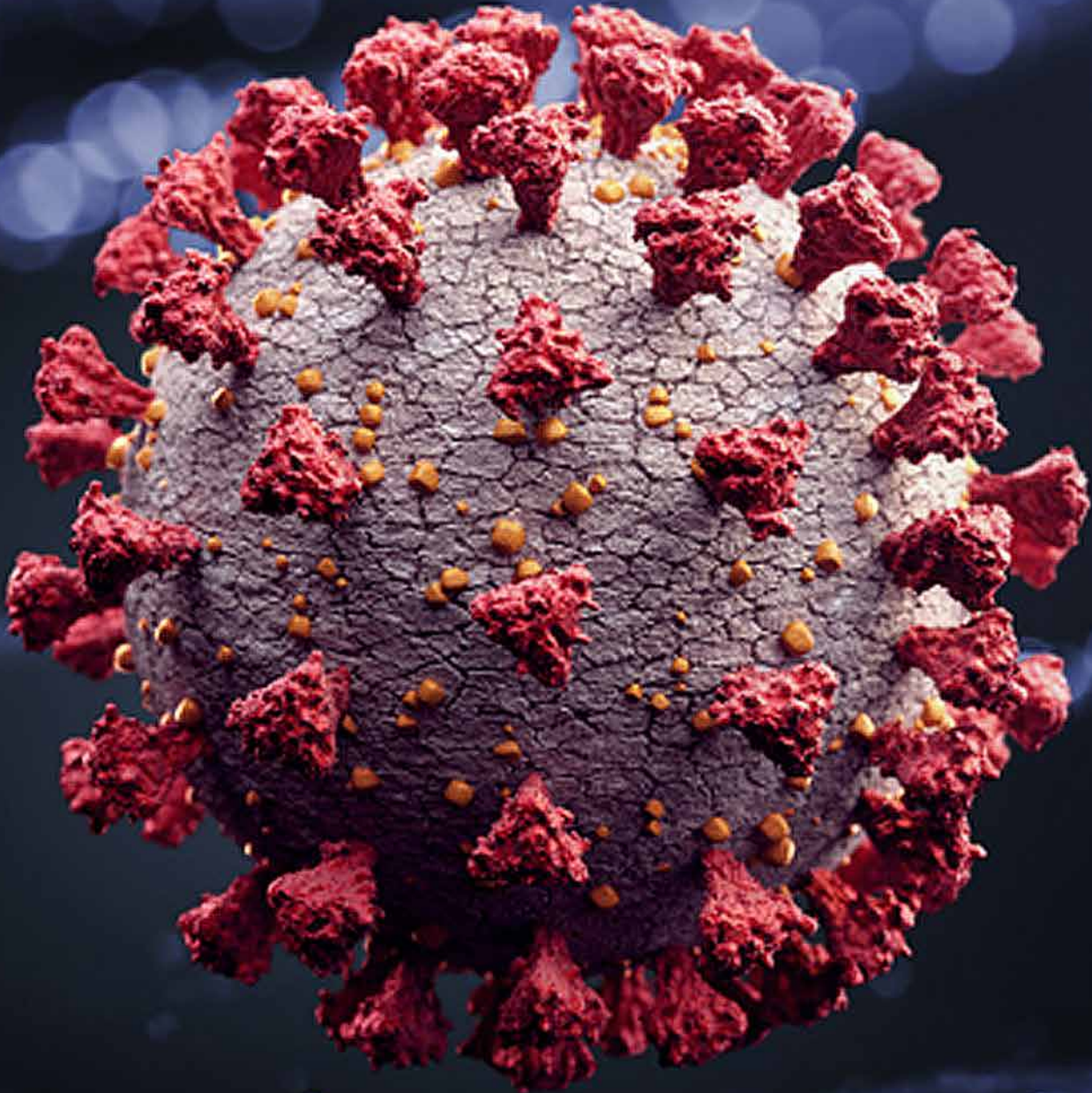
Einen wesentlichen Bestandteil der Politikberatung bildet das sogenannte „Demografie-Lunch“, bei dem

sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit politischen Akteuren austauschen. In diesem Rahmen erörterte Prof. Dr. Norbert F. Schneider am 2. Oktober mit einigen Bundestagsabgeordneten, die der Einladung des Parl. Staatssekretärs im BMI, Volkmar Vogel, gefolgt waren, die Folgen des Einheitsprozesses und die Auswirkungen regionaler Disparitäten. Bereits im Frühjahr hatte sich das BiB am Expertengespräch Demografie beteiligt, wobei es um die Frage ging, warum Menschen in ihre (ostdeutsche) Heimat zurückkehren.

Bedingt durch die Einschränkungen während der Corona-Pandemie musste die Informationsveranstaltung des BiB, die seit vielen Jahren in Berlin abgehalten wird, im Jahr 2020 leider entfallen. An Stelle der Präsenzveranstaltung wurde dafür ein Online-Format entwickelt, das im Januar 2021 erfolgreich umgesetzt wurde.

Corona-Virus

Pandemie und Bevölkerungsforschung



Die Corona-Pandemie sorgte auch am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung für veränderte Abläufe: Ausgefallene Konferenzen, stark reduzierte Dienstreisen, Besprechungen in Form von Videokonferenzen oder das Arbeiten im Home-Office sind nur einige Auswirkungen der verordneten Kontaktbeschränkungen.

zur Ausbreitung der Epidemie unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede in Bevölkerungsstrukturen und von räumlichen sozialen Verflechtungen entwickelt. Letztgenannte umfassen etwa Pendlerströme zwischen Orten, welche für die Ausbreitungswege des Virus relevant sind.

COVID-19 als Forschungsaufgabe

Darüber hinaus spielt die Verbreitung des Virus aber auch in der inhaltlichen Arbeit eine große Rolle, denn für die Politikberatung und die Öffentlichkeitsarbeit ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte. So kann die Bevölkerungsforschung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, um die Ausbreitung des Virus zu kontrollieren und die Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens so gering wie möglich zu halten. Beispielsweise helfen regionalisierte Analysen zur Bevölkerungs- und Altersstruktur, räumliche Konzentrationen von Risikogruppen zu identifizieren. Untersuchungen zur gesellschaftlichen und sozialen Teilhabe zeigen die Auswirkungen der Epidemie auf Menschen in unterschiedlichen Lebens- und Familienformen. Kurzum: Demografische Analysen unterstützen die Politik im Umgang mit der Pandemie.

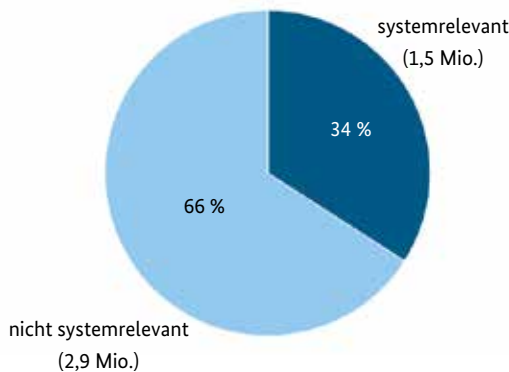
Neben einer Sonderseite auf der Homepage des BiB zu COVID-19 wurden im März 2020 kurzfristig drei neue Forschungsvorhaben im Kontext der Corona-Epidemie gestartet. Dies betraf zum einen die Modellierung von Bevölkerungsstrukturen in den Einzugsgebieten von Krankenhäusern zur Abschätzung des Bedarfs an Intensivbetten. Zum anderen wurde eine Simulation

Auswirkungen auf Familien- und Arbeitsleben

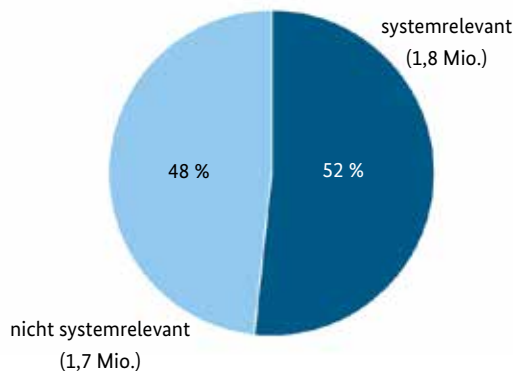
Über den Umgang von Familien mit der Mehrfachbelastung durch Home-Office und Kinderbetreuung veröffentlichte das BiB im Juni eine umfassende Broschüre mit dem Titel „Eltern während der Corona-Krise“, die in einer Pressekonferenz mittels Livestream vorgestellt wurde. Große Resonanz erzeugten die Ergebnisse zur Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern oder zu Beschäftigten in sozialen Berufen. Dabei standen Beschäftigte in „systemrelevanten“ Berufen besonders im Fokus. Als systemrelevant gelten Tätigkeiten, die zur Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur notwendig sind (Gesundheitswesen, Energiegewinnung oder Ernährung). Gegenwärtig sind insgesamt 3,4 Mio. Eltern in systemrelevanten Berufen tätig, die meisten davon im Gesundheitswesen und in der öffentlichen Verwaltung. Dabei zeigt sich: Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Mütter übt eine systemrelevante Tätigkeit aus (52 Prozent), bei den Vätern ist es etwa ein Drittel (34 Prozent).



Väter



Mütter



Anteile von Müttern und Vätern in systemrelevanten Berufen

Studie für die KAS Kinderreiche Familien wertschätzen



Staatssekretär Dr. Markus Kerber, PD Dr. Martin Bujard, Prof. Dr. Norbert F. Schneider und die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Silvia Breher (v. l.), hören den Vortrag der CDU-Bundesvorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer

Das Bild der „idealen Familie“ orientiert sich gegenwärtig an einem oder zwei Kindern. Diese Normvorstellung bildete sich über die letzten Jahrzehnte heraus und hat sich - auch getrieben durch Klischees in den Medien, der Werbung oder der Produktentwicklung - verfestigt. Noch in den 1970er Jahren galten Familien mit vier oder mehr Kindern als kinderreich - heute spricht man schon ab dreien von Kinderreichtum. Anders als früher weichen große Familien mittlerweile von der Norm ab und sehen sich häufig mit einem Stigma oder einem schlechten Image konfrontiert. Dabei wird übersehen, dass es die kinderreiche Familie gar nicht gibt - die einzelnen Konstellationen sind viel zu heterogen.

Um kinderreiche Familien stärker in das Blickfeld der Familienpolitik zu rücken, veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine Fachtagung in Berlin. Diese fand unter dem Motto „Drei Kinder und mehr – Familien aus der Mitte der Gesellschaft“ statt. Grundlage dieser Tagung bildete eine bereits im Jahr 2019 veröffentlichte Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung.

Dabei diskutierten Interessensvertreter, Vertreter aus den Kommunen und dem Bundestag über notwendige Maßnahmen, um diese Familien besser zu unterstützen. Die Bundesvorsitzende der CDU, An-

negret Kramp-Karrenbauer, forderte in ihrem Redebeitrag bessere Rahmenbedingungen bei Infrastruktur, Zeit und Geld sowie einen Imagewandel für kinderreiche Familien: „Wir müssen deutlich machen, dass wir jede Familie, egal wie sie sich zusammensetzt und für wie viele Kinder sie sich entscheidet, wertschätzen und das in unserer konkreten Politik umsetzen“.



Kinderreiche in der Mitte der Gesellschaft

Prof. Dr. Norbert F. Schneider betonte in seinem Vortrag die Heterogenität der Lebenssituationen, in denen sich die Familien befänden. So ließen sich für Deutschland sieben Typen kinderreicher Familien unterscheiden, die sich in einem völlig anderen gesellschaftlichen Umfeld befänden. Das Spektrum kinderreicher Familien reiche von Migrationsmilieus über christliche und muslimische Prägungen bis hin zu Patchworkfamilien. Dennoch hob er hervor, dass Kinderreichtum - entgegen jedem Klischee - ein zunehmendes Phänomen der Mittelschicht geworden sei. Vor allem bei Frauen mit mittlerem und hohem Bildungsabschluss gewinne die „Familie hoch drei“ an Attraktivität und mache schon jetzt einen hohen Prozentsatz aus. Dennoch wollte der Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung nicht von einem Zukunftsmodell sprechen. Familienhaushalte mit drei oder mehr Kindern machen in Deutschland gerade einmal zwölf Prozent an allen Haushalten aus, außerdem ist die absolute Zahl kinderreicher Familien weiterhin rückläufig.

Regionale Verteilung kinderreicher Familien

Ein Blick auf die regionale Verteilung kinderreicher Familien offenbart gravierende Unterschiede. Insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern, aber auch im westlichen Niedersachsen sind kinderreiche Familien weit verbreitet. Dr. Markus Kerber, Staatssekretär im Ministerium des Innern, für Bau und Heimat, sah mögliche Gründe dafür im stetigen Ausbau der Infrastruktur und in einer aktiven Landesentwicklungs-

politik, die zur Stärkung ländlicher Regionen beigetragen habe.

In der abschließenden Diskussion herrschte bei allen Beteiligten Einigkeit darüber, dass für Eltern und Kinder bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten. Dabei sollten die vielfältigen Lebensmodelle der Familien stärkere Berücksichtigung finden. „Am besten für die Kinder ist es, wenn sie Stabilität, Zuwendung, Schutz

und Liebe erfahren, und das geht am besten mit tiefenentspannten Eltern, die ihr Lebensmodell verwirklichen können“, forderte die CDU-Vorsitzende, die selber drei Kinder hat.





Jahrestag 30 Jahre Deutsche Einheit & Vielfalt

Als in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 die Feierlichkeiten zur Wiedervereinigung begangen wurden, war die Deutsche Einheit formell besiegelt. Dennoch bestand Deutschland damals aus demografischer Sicht zunächst weiterhin aus zwei sehr unterschiedlichen Landesteilen. Derartige Differenzen und die daraus resultierenden Brüche in den Lebensbiografien der Menschen waren Themen, mit denen sich das BiB im Jahr 2020 befasste.

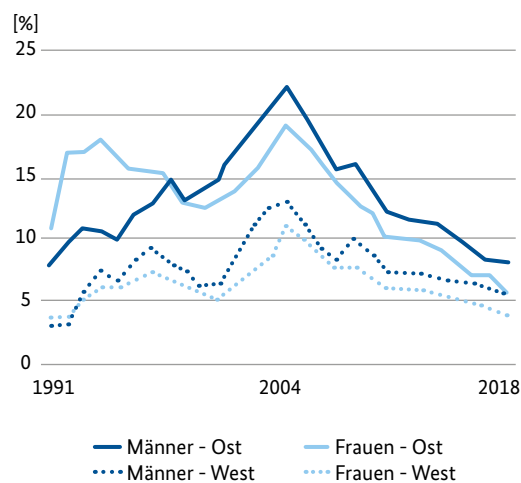


Einer Kooperation mit dem Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) in Frankfurt entsprang eine 32 Seiten umfassende Broschüre, in der die demografische Entwicklung in Deutschland zwischen 1990 und 2018 gegenübergestellt wurde. In einem ersten Teil zeigen zahlreiche thematische Karten zur Fertilität, zur Alterung oder zur Migration die Veränderungen auf Kreisebene während der letzten drei Jahrzehnte eindrucksvoll auf. Trotz vieler Angleichungstendenzen zwischen Ost und West haben sich bis heute einige demografische Muster als sehr beständig erwiesen. Am Beispiel der Geschlechteranteile lässt sich sogar beobachten, dass teilweise neue Unterschiede entstanden sind.

Dadurch, dass zeitweise mehr Frauen als Männer aus dem Osten abwanderten, sind aktuell viele ostdeutsche Regionen noch von unausgeglichene Geschlechterverhältnissen geprägt.

In einem zweiten Teil, der hauptsächlich vom BKG gestaltet wurde, wird die Entwicklung anhand von Luftbildern und Karten dargestellt. So ist der Verlauf der Grenze, die Berlin einst in zwei Teile getrennt hatte, auf aktuellen Fotoaufnahmen nicht mehr zu erkennen. Besonders anschaulich werden die Ergebnisse in der interaktiven Webanwendung unter www.bkg.bund.de/Zeitreise-30-Jahre-Deutsche-Einheit.

Des Weiteren gab der 30. Jahrestag den Anlass, sich wissenschaftlich mit den Biografien der Menschen in Ostdeutschland zu befassen, die die Wende erlebt haben. Schließlich spiegeln sich die gesellschaftlichen Umbrüche der damaligen Zeit heute noch in ihren Lebensläufen wider. Ein dazu veröffentlichter Policy Brief fasste die zentralen Ergebnisse dieser Forschungen zusammen: Demnach erlangten alle Generationen in Ostdeutschland durch die Deutsche Einheit Zugewinne an politischer und wirtschaftlicher Freiheit. Allerdings sind die Auswirkungen des Einheitsprozesses auf die Lebensläufe und Lebenssituationen sehr unterschiedlich auf die jeweiligen Generationen verteilt. Von den wirtschaftlichen Herausforderungen waren besonders die zwischen 1960 und 1985 geborenen Personen betroffen. Viele Personen dieser "Wendegeneration" konnten ihr Leben dennoch erfolgreich gestalten, wobei ein nicht unerheblicher Teil dabei die Heimatregion verlassen hat. Daneben findet sich in dieser Generation aber auch ein höherer Anteil von Personen, bei denen der Umbruch deutliche Spuren in den Lebensläufen hinterlassen hat.



Erwerbslosenquoten im Alter von 15 bis 29 Jahren in Ost- und Westdeutschland (1991 bis 2018, Mikrozensus)





Neuerscheinungen Der Policy Brief

Seit Einführung des Policy Briefs im Jahr 2017 als ständige Publikationsreihe erfreut sich das Format zunehmender Bedeutung. Im abgelaufenen Jahr kamen mit den Ausgaben neun, zehn und elf weitere Exemplare hinzu, die in ihrer Verschiedenheit die einzelnen Forschungsbereiche und ihre unterschiedlichen Inhalte repräsentieren. Die Publikationsreihe richtet sich mit wissensbasierten, problembezogenen Inhalten zu aktuellen demografischen Themen explizit an politische Entscheidungsträger und Mitarbeiter in den Bundesministerien. Sie sollen praxisorientierte Informationen vermitteln und gleichzeitig die Meinungsbildung auf Grundlage wissenschaftlicher Forschungsergebnisse stärken.

Im Juni 2020 wurde der Policy Brief mit dem Titel **Gemeinsam in Rente?** veröffentlicht. Aufgrund der steigenden Zahl von Paaren, bei denen beide Partner erwerbstätig sind, stellt sich für viele zunehmend die Frage, wie der Übergang in den Ruhestand organisiert wird. Dadurch wird das gemeinsame, nahezu zeitgleiche Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu einer Art Lebensprojekt. Dies gilt insbesondere für Paare

mit einem großen Altersabstand. Die **Synchronisierung** des Renteneintritts zwischen Partnern kann zu Abweichungen vom Regelalter des Renteneintritts führen und ist daher auch sozialpolitisch relevant.

Anlässlich des 30. Jahrestags zur Wiedervereinigung erschien der Policy **Brief Langzeitprojekt Deutsche Einheit**. Darin wurden die Folgen des sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs auf verschiedene Generationen ostdeutscher Bürger thematisiert. Einige von ihnen haben in erheblichem Maße profitiert, während in anderen Generationen viele Personen mit Herausforderungen und Verlusterfahrungen konfrontiert waren.

Im Dezember erschien eine Ausgabe, die sich mit **Arbeiten in sozialen Berufen** befasste. Diese zeichnen sich durch hohe Systemrelevanz, aber meist niedrige Einkommen aus. Vor allem Berufe in der Pflege, Erziehung und Sozialarbeit werden überwiegend von Frauen ausgeübt, Jobs im sozialen Bereich meist in Teilzeit. Vor dem Hintergrund der Pandemie befasst sich das Dokument mit einem hochbrisanten Thema.

Meinungsaustausch

Expertengespräch mit Staatssekretär



Expertengespräch Demografie im BMI mit Staatssekretär Dr. Markus Kerber (Mitte) und Dr. Nikola Sander vom BiB (2. von links)

Warum kehren Menschen in ihre (ostdeutsche) Heimat zurück? Mit dieser Frage beschäftigt sich das Demografiegespräch am 18. Februar 2020 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mit Staatssekretär Dr. Markus Kerber. Als Expertin dabei war auch BiB-Forschungsdirektorin Dr. Nikola Sander.

Dr. Kerber betonte in Vertretung des Bundesinnenministers Dr. Horst Seehofer zunächst die hohe Relevanz des Binnenwanderungsgeschehens: Seit 2017 ziehen mehr Menschen vom Westen in die ostdeutschen Flächenländer als umgekehrt; viele von ihnen ziehen zurück in die ostdeutsche Heimat. Diese Umkehrung der Ost-West-Wanderung hat sich seither verstetigt, wie BiB-Wissenschaftlerin Dr. Nikola Sander betonte: „Wir sehen seit 2018, dass die Menschen auch aus Berlin, Leipzig oder Dresden in die ländlichen Regionen im Umland der Großstädte zurückkehren.“ Als Expertinnen und Experten waren neben Dr. Nikola Sander vom BiB, Professorin Heike Liebmann von der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Mo-

dernisierung mbH, Fred Mahro, Bürgermeister von Guben, Dr. Colin von Ettingshausen, kaufmännischer Geschäftsführer der BASF Schwarzheide GmbH und Sven Guntermann, Vorsitzender des Vereins „Generationen gehen gemeinsam (G3) e. V.“, ins BMI gekommen.

Nähe zur Familie Hauptgrund für Rückkehr

Demnach spielt die Nähe zur Familie und zu Freunden und Bekannten eine Hauptrolle. Dagegen sind die Arbeitschancen der wichtigste Faktor zum Da-bleiben, gefolgt von der Familiensituation und den sozialen Kontakten. Darüber hinaus wurden in der Runde mit Experten und Expertinnen aus Wissenschaft, Kommunalverwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft die Voraussetzungen diskutiert, die zu einer gelingenden Rückkehr beitragen können. Dazu zählen zum Beispiel die Attraktivitätsmerkmale einer Region, also Faktoren, die Menschen am Ort halten oder Rückkehrinitiativen. Diese bieten Infos, vermitteln Angebote unter anderem zu Arbeitsmöglichkeiten, Wohnraum oder Kinderbetreuung.



Analog und digital

Demografie-Dreiklang der 19. Legislaturperiode

Seit dem Erscheinen des ersten Demografieberichts der Bundesregierung vor einem Jahrzehnt haben sich die demografiebezogenen Diskurse in der Öffentlichkeit, in der Politik und in der Wissenschaft vielfältig weiterentwickelt. Dabei ist wiederum deutlich geworden, dass demografische Fakten und Trends immer wieder Wertungen und Dramatisierungen unterliegen. Verbreitet entstehen daraus wirkmächtige demografische Narrative: Höhere Fertilitäts- und Bevölkerungswachstumsraten gelten vielfach als Vorzeichen einer „Bevölkerungsexplosion“, ein Absinken dieser Raten wurde und wird dagegen als Vorbote einer „demografischen Krise“ gedeutet.

Solche Narrative erfüllen gerade durch ihre Tendenz zur Überzeichnung der demografischen Herausforderungen die wichtige Funktion der Schärfung der öffentlichen und der politischen Aufmerksamkeit. Allerdings sind sie nicht als Leitlinien für eine langfristig angelegte Politik mit demografischen Komponenten geeignet.

Vor diesem Hintergrund liefert der vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im Laufe des Jahres 2020 erstellte Faktenteil – ergänzend zum „Résumé der Demografiepolitik“ des BMI – Informationen, die die Vielschichtigkeit und den Facettenreichtum der demografischen Entwicklungen in Deutschland im

letzten Jahrzehnt widerspiegeln und damit eine Grundlage für eine evidenzbasierte politische Gestaltung des demografischen Wandels bieten sollen. Bei dieser Betrachtung der demografischen Fakten der vergangenen Jahre wird deutlich, dass die Dynamiken von Themen wie Zuwanderung, Alterung oder regionale Disparitäten beständig neue Fragen und Herausforderungen aufwerfen - für die Demografie als Wissenschaft, für die bevölkerungsorientierte Politik und für den gesellschaftlichen Diskurs darüber, wie die Folgen der demografischen Entwicklung in Zukunft bewältigt werden sollen. Die demografische Frage ist und bleibt ein Dauerthema, das sich immer wieder in veränderter Form stellen wird.

Die Betrachtung der demografischen Fakten und Trends in der Bundesrepublik Deutschland ergibt ein Bild demografisch bedingter Herausforderungen sowie damit verbundener Gestaltungschancen. Hierzu hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bereits ein dreiteiliges demografiepolitisches Résumé für die 19. Legislaturperiode vorgelegt. Der nun im Jahr 2020 entstandene Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung bildet das wissenschaftliche Element dieses Résumés, indem er die demografische Entwicklung seit 2011 aufgreift und einen differenzierten Rück- und Ausblick gibt. Dabei benennt der Bericht insbesondere fünf Entwicklungen:

1. Seit den 1990er Jahren hat sich die demografische Lage wesentlich anders entwickelt als nach den seinerzeitigen Bevölkerungsvorausberechnungen zu erwarten war. Insbesondere hat sich die Schrumpfung der Bevölkerung nicht in der erwarteten Form eingestellt.
2. Neuere Erkenntnisse zu den gesamtgesellschaftlichen Folgen der demografischen Alterung sowie zum Umgang damit legen nahe, dass die Bewältigung des Alterungsprozesses eine vielschichtige, aber in vielen Bereichen gut gestaltbare Aufgabe ist.
3. Die Geburtenziffer hat sich im Lauf des letzten Jahrzehnts in Deutschland leicht erhöht. Dennoch bewegt sich die Fertilität der in Deutschland lebenden Frauen weiterhin auf niedrigem Niveau.

4. Die Zuwanderung nach Deutschland hat im letzten Jahrzehnt eine so nicht erwartete Dynamik entfaltet und wesentlich dazu beigetragen, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen zugenommen hat.
5. Die demografischen Entwicklungen verlaufen unterhalb der nationalen Ebene sehr heterogen. Viele Regionen entwickeln sich entgegen dem nationalen Trend. Einige profitieren vom demografischen Wandel, andere sind mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert.

Besonders der erste Befund unterstreicht, dass die demografische Entwicklung immer ein dauerhafter Prozess mit ständig wechselnden Tempi und Richtungen ist, der regional und sozialstrukturell zumeist beträchtlich variiert. So ist die Bevölkerung Deutschlands im letzten Jahrzehnt nicht nur nicht geschrumpft, sondern hat durch die unerwartet hohe Zuwanderung zudem noch einen neuen Höchststand erreicht. Auch wenn solche vereinzelt Ereignisse demografische Trends noch nicht umkehren, so erschweren sie jedoch besonders ihre kurz- bis mittelfristige Vorausberechnung. Ebenso dürfen sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass Bevölkerungswachstum und -schrumpfung auf Ebene der Bundesländer und Kreise nach wie vor sehr heterogen stattfinden.

Insgesamt lassen sich somit in Deutschland zahlreiche demografische Herausforderungen identifizieren, aber keine Szenarien, die auf eine demografisch bedingte, bedrohliche Zukunft schließen lassen.

Demografie-Dreiklang

Begleitend zum Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und dem „Résumé“ des BMI zu den Aktivitäten während der laufenden Legislaturperiode gibt es eine analoge Anwendung. Diese drei Bausteine bilden zusammen den Demografie-Dreiklang. Die Webseite kann hier aufgerufen werden: www.demografiepolitik.de/4you/de

Pressearbeit

Große Resonanz auf Forschungsergebnisse



Um markante wissenschaftliche Befunde einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hielt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung wieder drei Pressekonferenzen ab. Aufgrund der Pandemie mit den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen und Abstandsgeboten fanden alle Konferenzen ausschließlich webbasiert statt. Dies tat der Resonanz in den Medien keinen Abbruch, sondern belegt vielmehr, dass virtuell durchgeführte Pressegespräche eine vollwertige Alternative für die Zukunft sind. Die zugeschalteten Userinnen und User konnten sich über eine Chatfunktion einbringen und Fragen stellen, die von den jeweiligen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dann live beantwortet wurden.

Den Auftakt bildete eine Pressekonferenz, in der die Studie „Vom Ruhestand zu (Un-)Ruheständen“ vorge-

stellt wurde. Die präsentierten Befunde basierten auf den Ergebnisse aus dem TOP-Projekt (Transitions and Old Age Potential), das zwischen 2013 und 2019 am BiB durchgeführt wurde. Der Fokus der Veranstaltung lag hierbei auf den Ruhestandsübergängen von Paaren. Neben Prof. Dr. Norbert F. Schneider legten Dr. Andreas Mergenthaler und Dr. Laura Konzelmann dar, dass sich in Zukunft nicht nur die Zahl der Ruheständler insgesamt erhöhen wird, sondern aufgrund der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen auch mit einem steigenden Anteil von Zweiverdienerpaaren im höheren Erwerbsalter zu rechnen ist. Dies wiederum hat erhebliche Auswirkungen darauf, wie Paare den Ausstieg aus dem Erwerbsleben planen und wie sie letztlich den Übergang in den Ruhestand realisieren.

Eine weitere Pressekonferenz griff das vorherrschende Thema des Jahres auf: die Corona-Pandemie. Grundlage bildete die neu erschienene Broschüre „Eltern während der Corona-Krise – Zur Improvisation gezwungen“. Teile der Daten basierten auf Auswertungen der Mannheimer Corona-Studie, in der 3.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer während des Lockdowns im April 2020 zu ihrer Situation befragt wurden. Somit konnten Prof. Dr. Norbert F. Schneider, PD Dr. Martin Bujard und Dr. Inga Laß in ihren Statements auf aktuellste Zahlen zurückgreifen. Schwerpunkte bildeten die unmittelbaren Folgen für das Familien- und Erwerbsleben. Zentrale Aussagen waren: Vom ersten Lockdown im Frühjahr 2020 waren rund 25 Millionen Eltern und Kinder in Deutschland betroffen, Mütter arbeiten deutlich häufiger in systemrelevanten Berufen als Väter, und die Corona-Krise hat die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht verändert.

Anlässlich des 30. Jahrestags der deutschen Wiedervereinigung präsentierte das BiB in einer gemeinsam mit dem Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) abgehaltenen Pressekonferenz eine neue Untersuchung. Unter dem Motto „30 Jahre Deutsche Einheit & Vielfalt - Eine demografische und kartographische

Zeitreise" wurden anhand von regional gegliederten Karten und Luftbildern markante Entwicklungen gegenübergestellt, die sich zwischen 1990 und 2020 ergeben haben. Am Beispiel von Karten ließen sich die wichtigsten demografischen Trends der letzten drei Jahrzehnte anschaulich darstellen. Dies betraf die Abwanderung aus dem Osten genauso wie eine neue Bevölkerungsdynamik im Westen. Außerdem wurde eine wechselseitige, nicht einseitige Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich. Die Kolleginnen und Kollegen vom BKG steuerten eine Reihe von Luftbildern bei, die den Wandel in der Oberflächengestaltung deutlich zeigten: So ist der Verlauf der alten Grenzen in Berlin kaum noch sichtbar, umso deutlicher hingegen der Wandel in den ostdeutschen Landschaften. Aus dem gemeinsamen Projekt mit dem BKG, das von Dr. Sebastian Klüsener verantwortlich geleitet wurde, entstanden eine Broschüre und eine interaktive Web-Anwendung; diese kann unter www.bkg.bund.de/Zeitreise-30-Jahre-Deutsche-Einheit abgerufen werden.

Im Dezember 2020 wurden im Rahmen der Bundespressekonferenz die wichtigsten Ergebnisse der Studie „Kulturelle Diversität und Chancengleichheit in der Bundesverwaltung“ vorgestellt. Dabei betonte die Integrationsbeauftragte Annette Widmann-Mauz, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Vielfalt in der Bundesverwaltung untersucht wurde. Die Studie würde deshalb dabei helfen, mehr über die Karrierechancen von Menschen mit Migrationshintergrund zu erfahren oder das Diversitätsklima in den Behörden zu messen: „Vielfalt muss endlich von der Realität zur Normalität werden.“ Anschließend präsentierten Prof. Dr. Norbert F. Schneider und Dr. Andreas Ete zentrale Befunde aus der Studie. Demnach hat mehr als ein Viertel der in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund - im öffentlichen Dienst des Bundes ist diese Gruppe aber mit nur zwölf Prozent erheblich unterrepräsentiert. Die Beschäftigtenstruktur in der Bundesverwaltung spiegelt somit nicht die Struktur der Bevölkerung wider. Menschen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft im einfachen Dienst beschäftigt, sie arbeiten zu einem höheren Anteil in befristeten Vertragsverhältnissen und üben häufig eine Tätigkeit unter ihrem Qualifikationsniveau aus. Dies berührt dann wiederum das Thema der Chancengleichheit.

Pressegespräch

Anlässlich des 30. Jahrestags zur Deutschen Einheit organisierte das BiB im Herbst 2020 erstmals ein Pressegespräch in Berlin. In einem dazu veröffentlichten Policy-Brief wurde die Situation von vier verschiedenen Generationen untersucht: die Wende-Rentner, die ältere Erwerbsbevölkerung, die mittleren Erwachsenen sowie die damaligen Kinder und Jugendlichen.

Die erste und die vierte Generation, so die These, profitierte am meisten von der Wiedervereinigung - die Älteren von einem verbesserten Gesundheitssystem und guten Renten, die Jüngsten wiederum von besseren beruflichen Qualifikationen und vom Aufschwung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, der sich in den letzten Dekaden vorteilhaft entwickelt hat. Die in den 1960er und 1970er Jahren geborenen Personen dagegen, die „Wendegeneration“, musste sich sehr stark anpassen und umstellen: Abwanderung in den Westen und Arbeitslosigkeit waren weit verbreitet. Negative Folgen für Gesundheit und Lebenserwartung sowie Familienleben - „Frauenlücke“ in den entsprechenden Jahrgängen, Absinken der Geburtenrate und räumliche Entfernung von Angehörigen - sind bis heute sichtbar. Auch die damals älteren Erwerbstätigen mussten sich beruflich anpassen, neue Erwerbsmöglichkeiten finden oder blieben arbeitslos, mit entsprechenden Abschlüssen bei der späteren Rente.

Auf Grundlage des Policy Briefs erläuterten Prof. Dr. Norbert F. Schneider und der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Volkmar Vogel, den anwesenden Journalisten ihre Sichtweisen. Volkmar Vogel, der aus Thüringen stammt und schon in der DDR der CDU beitrug, berichtete von seinen Erlebnissen der Wendezeit und betonte die positiven Folgen insbesondere für die Generation seiner Eltern und Enkel. Im Februar 2020 wurde er als Parlamentarischer Staatssekretär berufen und kümmert sich unter anderem um die Bereiche Bau und Heimat.

Eine Initiative der
Demografiestrategie der
Bundesregierung

Den demografischen Wandel gestalten.

Mecklenburg-Vorpommern | 13.01.2021

630.000 Euro für Planung
eines
generationengerechten
Quartiers

Sachsen | 03.01.2021

Breitbandausbau schreitet
voran

Bayern | 29.12.2020

Landarztprämie eingeführt

Relaunch

Demografieportal 2.0

Seit September präsentiert sich das Internetportal in einem frischen Design und mit einer neuen Struktur. Das neue Format der „Ländermonate“ soll die regional unterschiedlichen demografischen Entwicklungen sichtbarer machen.

Acht Jahre nach dem Start zum ersten Demografiegipfel der Bundesregierung erhielt das Demografieportal des Bundes und der Länder mit dem Relaunch ein frisches Design und ein neues Logo. Die Website ist jetzt für mobile Endgeräte optimiert.

Fakten, Politik und Projekte

Neben dem Erscheinungsbild wurde auch die Struktur der Website grundlegend überarbeitet. Die neue Navigation hebt die drei wichtigsten Säulen des Demografieportals deutlich hervor: Erstens Fakten als Grundlage für politische Debatten und Entscheidungen. Zweitens Informationen zur Demografiepolitik von Bund und Ländern. Drittens gute Praxisbeispiele zur Gestaltung des demografischen Wandels auf regionaler Ebene. Weitere Formate wie der Blog, die



Das im Auftrag der Bundesregierung vom BiB herausgegebene Demografieportal entstand als Initiative im Rahmen der Demografiestrategie.

„Das Portal soll Informationen bereitstellen, demografische Themen aktuell aufbereiten, gelungene Projekte beispielgebend herausstellen und zu einem breiten und intensiven Demografiediskurs anregen.“ (Demografiestrategie der Bundesregierung 2012)

www.demografie-portal.de

Publikationen oder Veranstaltungshinweise wurden im Bereich Service zusammengefasst. Auch auf der Startseite wird der demografiepolitische Kontext des Portals stärker betont.

Stärkerer Fokus auf den Ländern

Die regional unterschiedlichen demografischen Entwicklungen prägen auch die Lebensverhältnisse in Deutschland. Um diese sichtbar zu machen, ist zeitgleich mit dem Relaunch die Reihe „Ländermonate“ als neuer inhaltlicher Meilenstein gestartet. Beginnend mit Baden-Württemberg präsentiert jedes Land bis zu vier Monate lang seine besonderen Herausforderungen und Aktivitäten der Demografiepolitik. Jeden Monat werden ein bis zwei Schwerpunktthemen vorgestellt. Sie beinhalten Artikel, Interviews, Videos, Online-Gespräche sowie Zahl, Kopf und Projekt des Monats zu den jeweiligen Themen. Dabei kommen verschiedene Akteure wie regionale Demografiebeauftragte und Projektinitiatoren zu Wort. Für Baden-Württemberg standen ab September die Themen Wohnen im Alter, Sport und Demografie, Kinder- und Jugendhilfe sowie Digitalisierung im Mittelpunkt der Ländermonate. Seit Januar 2021 stellt Bayern seine Demografiepolitik vor und startet mit dem Thema Heimatpolitik. Mit den Ländermonaten stärkt das Demografieportal sein Profil als ebenenübergreifende Plattform zur Demografiepolitik in Deutsch-

land. „Durch das neue Format tragen die Länder über das Portal zudem dazu bei, ein deutschlandweites, ebenenübergreifendes Netzwerk zur Gestaltung des demografischen Wandels sichtbar und nutzbar zu machen“, so Dr. Markus Kerber, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Mit dem Relaunch wurden für alle Bundesländer zudem Demografieprofile veröffentlicht. Jeweils zwei bis drei Faktenartikel pro Bundesland informieren über Bevölkerungszahl, Altersstruktur der Bevölkerung und regionale Entwicklungen.

Interaktive Diagramme in Planung

Mit dem Relaunch im Jahr 2020 ist die Weiterentwicklung des Demografieportals nicht abgeschlossen. So sind zum Beispiel interaktive Karten in Vorbereitung, auf denen die guten Praxisbeispiele und regionalen Ansprechpartner abgebildet und zugänglich sind. Perspektivisch ist auch die Einführung von interaktiven Diagrammen und Karten bei den Fakten geplant.

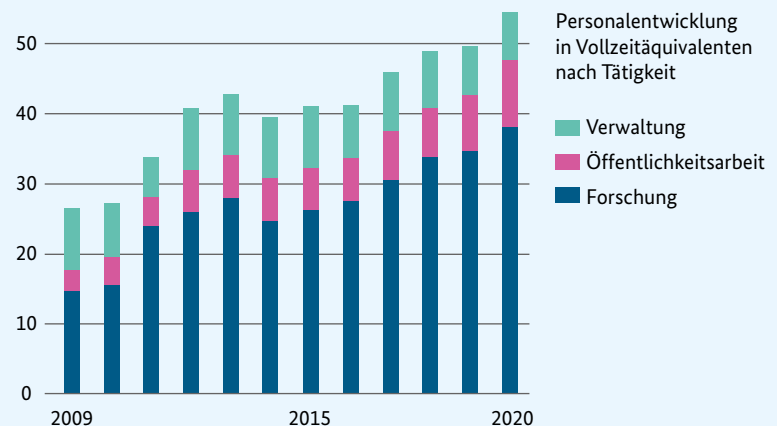




Aus dem BiB

Mit 63 Beschäftigten und zehn wissenschaftlichen Hilfskräften erreichte die Zahl der am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Tätigen zum Ende des Kalenderjahres 2020 einen neuen Höchstwert. Diese erfreuliche Personalentwicklung ist unmittelbar auf den gestiegenen und zunehmend komplexer werdenden Arbeitsumfang bei Forschung und Politikberatung zurückzuführen. Alleine für *FReDA – Das familiendemografische Panel* wurden vier neue Kolleginnen und Kollegen eingestellt. Des Weiteren sind Dr. Pavel Grigoriev (Forschungsbereich 3), Dr. Inga Laß und Dr. Nadja Milewski (beide Forschungsbereich 1) sowie Dr. Katja Patzwaldt (Öffentlichkeitsarbeit) im Jahr 2020 zur Belegschaft des Instituts gestoßen. Der Großteil der Beschäftigten arbeitet in Vollzeit, mehr als ein Viertel in Teilzeit. Daraus ergibt sich ein Vollzeitäquivalent von 54,7. Wie aus der nebenstehenden Abbildung hervorgeht, hat sich das Vollbeschäftigtenäquivalent seit 2009 mehr als verdoppelt (26,5).

Während in der Forschung das Äquivalent von 14,8 auf 38,2 gestiegen ist, gab es im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sogar eine Verdreifachung. Dagegen war die Personalentwicklung im Bereich der Verwaltung leicht rückläufig.





Interview mit Silvia Ruppenthal

Arbeiten am BiB während der Pandemie

Frau Ruppenthal, die rasche Ausbreitung des Corona-Virus' erforderte auch eine umfassende Anpassung der Arbeitsabläufe am BiB. Wie haben Sie als Leiterin der Verwaltung die Situation zu Beginn Pandemie erlebt?

Die Situation am Beginn der Pandemie ist mit der heutigen überhaupt nicht mehr vergleichbar. Sie stellte uns, wenn ich mich nun noch einmal in die ersten Monate des Jahres 2020 zurückversetze, vor ganz andere Fragestellungen als heute. Die große Herausforderung der Situation lag in der Unvorhersehbarkeit ihrer Entwicklung. Es mussten Überlegungen für die Weiterführung der Forschungsarbeiten und der Politikberatung angestellt werden, gleichzeitig war man sich aber unbedingt auch der Verantwortung für die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst. Deshalb haben wir uns mit verschiedenen Szenarien auseinandergesetzt. Dafür zentral war etwa die Frage, ob es einen kompletten Lockdown geben würde, also etwa die Schließung des Instituts, und die Frage nach kritischer Infrastruktur, die durch eine Notbesetzung vor Ort aufrechterhalten werden müsste. Da

wir heute wissen, dass die AHA-Regeln wirken und die Digitalisierung weit vorangebracht wurde, sind einige Fragen nun zum Glück nicht mehr aktuell.

Für die Gesamteinschätzung der Situation und die dann in der zweiten Jahreshälfte 2020 etablierten Arbeitsabläufe waren der enge Austausch und die Zusammenarbeit mit dem Pandemiestab im Statistischen Bundesamt und die gute Unterstützung durch die zuständigen Stellen im BMI wichtig, um ein tragfähiges Konzept für das Institut zu etablieren. Dies umfasste etwa die Installation von Desinfektionsständern, das Verteilen von Masken, die Regelungen zu Kontaktbeschränkungen, Quarantäne-Maßnahmen, Umgang mit Urlaubsreisen und mittlerweile das Angebot von Tests.

Was waren die wichtigsten Maßnahmen, um das Institut unter Pandemiebedingungen arbeitsfähig zu halten?

Diese liegen zum einen sicherlich im Bereich der Digitalisierung. Die am BiB ohnehin bestehenden Möglichkeiten zum Mobil arbeiten wurden nochmals

ausgeweitet und dann sehr stark in Anspruch genommen. Ermöglicht wurde das durch die flächendeckende Ausstattung mit Notebooks, dank der Verwaltungsgemeinschaft mit dem Statistischen Bundesamt und der dort ansässigen IT-Abteilung, sowie der schnellen Umsetzung durch ITZ-Bund. Somit konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne lange Verzögerungen in einem digitalen und sicheren Umfeld auch von außerhalb auf Ihre Dateien zugreifen und digital kommunizieren. Hinsichtlich Videokonferenz und digitaler Kollaboration mit Externen sind ebenfalls große Fortschritte erreicht worden. Zum anderen ist es von großer Bedeutung, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Beschäftigten, die zum Beispiel aufgrund der familialen oder wohnlichen Situation bestehen, einzugehen. Um unter Pandemiebedingungen arbeitsfähig zu sein, bedarf es unterschiedlicher Angebote - je nach Situation. Vielfach ist über die besondere Belastung von Eltern gesprochen worden, hierauf haben auch am BiB immer wieder Führungskräfte und der Personalrat hingewiesen. Selbstverständlich konnten Eltern die von Seiten des BMI ausgearbeiteten Instrumente wie Sonderurlaub in Anspruch nehmen, daneben waren aber noch weitergehende Arbeitszeitflexibilisierungen über das schon bestehende Maß hinaus äußerst hilfreich. Ein anderes Beispiel für das, was ich meine, sind Beschäftigte, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zu Hause arbeiten können oder wollen. Wir haben nie das Arbeiten am BiB untersagt, auch wenn Home-Office allen Beschäftigten empfohlen wird. Für Beschäftigte, die vor Ort sein wollen oder müssen, haben wir die strikte Vereinzelung in den Büros eingeführt. Persönliche Kontakte sind, wo es geht, zu vermeiden, und um im Ernstfall die Nachverfolgbarkeit sicherstellen zu können, muss ein Kontakttagebuch geführt werden.

Neben diesen konkreten Maßnahmen war es für die Institutsleitung von großer Bedeutung, Verständnis für die besonderen Belastungen in der Pandemiesituation zu entwickeln und die Leistungen, die trotzdem erbracht wurden, anzuerkennen. Allen Beteiligten ist es gelungen, die Arbeiten in Forschung, Politikberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung sehr erfolgreich weiterzuführen. Ich hoffe, es ist uns gelungen, hierfür allen Beschäftigten Wertschätzung, Anerkennung und Dank zu vermitteln.

Inwiefern hat der Umgang mit der Corona-Pandemie die digitale Transformation des Arbeitslebens beschleunigt?

Für das BiB betrachtet wurde die Transformation sehr stark beschleunigt und auch sehr umfassend, was die alltägliche Arbeitsorganisation angeht. Die Ausstattung mit entsprechender Hardware und Software war die Grundvoraussetzung dafür, dass die Bewältigung der Krise überhaupt gut gelingen konnte. Es wird viel außerhalb des Hauses gearbeitet. Und damit hat sich auch die Art der Kommunikation erheblich verändert. Telefonate und Videokonferenzen haben das persönliche Gespräch weitgehend ersetzt, anstelle von Dienstreisen traten virtuelle Meetings. Auch die Sitzung des Kuratoriums oder Pressekonferenzen finden heute selbstverständlich online statt. In Bezug auf das BiB gibt es sicherlich noch eine Besonderheit was die Transformation des Arbeitslebens angeht: Wir erleben dies als Arbeitgeber selbst und betreiben Forschung zu den Auswirkungen.



Welche Erfahrungen haben Sie und die Beschäftigten mit den großzügigen Regelungen zum Arbeiten im Home-Office gemacht?

Wenn ich hier für mich ganz persönlich spreche: sehr positive. Und ich muss zugeben, dies hätte ich nicht erwartet, da ich gerade meine Arbeit in der Verwaltung als Tätigkeit begriffen habe, die im hohen Maße von persönlicher Präsenz abhängt. Für alle Beschäftigten und das BiB als Organisation kann ich dies noch nicht abschließend sagen. Dies wird man weiter evaluieren müssen, wenn hoffentlich bald wieder die Möglichkeit zu einem Normalbetrieb besteht - wie immer dieser dann konkret vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen aussehen wird.

Human Resources

Personalentwicklung

Im Sommer 2020 wurde **PD Dr. Martin Bujard** zum Stellvertretenden Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ernannt. Damit verbunden ist die Übernahme der Leitungsfunktion in den Bereichen Wissenschaftsmanagement, internationale Zusammenarbeit, Fortbildung, IT-Infrastruktur und IT-Sicherheit. Des Weiteren verantwortet er am BiB das zunächst mit 12,5 Mio. Euro geförderte Projekt FReDA.

Dr. Martin Bujard ist seit 2011 am BiB beschäftigt. Zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter angestellt, wurde er 2015 zum Forschungsdirektor des



Bereichs *Familie und Fertilität* ernannt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Familienpolitik und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Fertilität sowie Infertilität und Reproduktionsmedizin.

Mit seiner Schrift „Fertilität, Familie, Gesellschaft und Politik. Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen“ habilitierte sich Dr. Martin Bujard 2019 im Fachbereich Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Seit letztem Jahr gehört er dem Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an.

Seit August 2020 ist **Dr. Nadja Milewski** am Institut und hat im Forschungsbereich 1 die Leitung der Forschungsgruppe Fertilität übernommen. Ihre Forschungsinteressen liegen an der Schnittstelle von Familiensoziologie, sozialer Demographie und Migrationssoziologie. Ihr Arbeitsschwerpunkt am BiB ist das Projekt Internationaler und interkultureller Vergleich der Fertilität. In diesem beschäftigt sie sich vor allem mit dem Geburtenverhalten von internationalen MigrantInnen sowie deren Nachkommen in Deutschland und in anderen europäischen Ländern. Außerdem forscht sie zu Aspekten der reproduktiven Gesundheit und Einstellungen zu ethischen Fragen im Bereich Fertilität, etwa zu Reproduktionsmedizin und Abtreibung. Nach einer mehrjährigen journalistischen



Berufstätigkeit nahm sie 1997 ein Magisterstudium an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz mit den Fächern Anthropologie, Theaterwissenschaft und Kunstgeschichte auf, das sie im Jahr 2003 abschloss. Danach war Nadja Milewski bis 2007 als Doktorandin und Redakteurin im Bereich Öffentlichkeitsarbeit am Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Rostock) tätig. Von 2007 bis 2009 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut National d'Etudes Démographiques (Paris) und von 2009 bis 2013 an der Universität Rostock. Für ihre Promotionsarbeit zur Fertilität von Migrantinnen in Deutschland wurde sie mit dem

Joachim-Jungius-Preis der Universität Rostock ausgezeichnet (2010). Seit 2013 war sie Juniorprofessorin für Demographie an der Universität Rostock.

Dr. Inga Laß arbeitet seit März 2020 im Fachbereich *Familie und Fertilität* und leitet die Forschungsgruppe *Familie*. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf den Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarktbedingungen, Familienpolitik und der individuellen Gestaltung des Erwerbs- und Familienlebens. Insbesondere erforscht sie die Effekte atypischer Beschäftigung auf die Beschäftigten und deren Familien. Nach einem Bachelor- und Masterstudium in Sozialwissenschaften an den Universitäten Bielefeld und Osnabrück hat Dr. Laß 2017 an der Universität Bielefeld in Soziologie promoviert. Ihre Dissertation befasste sich mit den Effekten unsicherer Beschäftigung auf Partnerschafts- und



Elternschaftsentscheidungen in Deutschland und Australien. Bevor sie ans BiB kam, forschte Dr. Laß von 2016 bis 2019 als Postdoctoral Research Fellow im „HILDA Survey Team“ des Melbourne Institute of Applied Economic and Social Research an der University of Melbourne. Davor war sie mehrere Jahre wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum *Familienbewusste Personalpolitik der Universität Münster*. Dr. Laß engagiert sich für die Wissenschaftsgemeinschaft als Vorstandsmitglied des Research Network 13 Sociology of Families and Intimate Lives der European Sociological Association (ESA).

Dr. Katja Patzwaldt unterstützt die Mitarbeitenden des BiB dabei, in Berlin die Sichtbarkeit des Instituts in Politik, Medien und Zivilgesellschaft weiter zu stärken, die Evidenzbasierung der parlamentarischen und behördlichen Arbeit zu befördern und auch den Nutzen der Bevölkerungsforschung für Behörden und Gesellschaft zu reflektieren und zu verdeutlichen. Damit dies effektiver gelingen kann, hat das BiB beschlossen, Berlin als Standort der politischen Kommunikation und Vernetzung auszubauen. Diese Aufgabe übernimmt seit April 2020 Frau Dr. Katja Patzwaldt. Zuvor arbeitete sie für die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina im Präsidialbüro und Vorstandsbereich. Altern und Lebensverlaufs-forschung, Fertilität, Migration waren Schwerpunktthemen innerhalb der Sozial- und Verhaltenswissenschaften, ebenso Wissenschaftspolitik und -kommunikation, beispielsweise Evidenzbasierung der politischen Gestaltung. Sie betreute unter anderem Projekte von besonderer Bedeutung für die Akade-



mie, wie den *Nobelprize Dialogue 2019* zum Thema Gesundheit, der gemeinsam mit Nobel Media, einer Einrichtung der Nobel-Stiftung, erstmals in Deutschland organisiert wurde. Das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft interessierte Katja Patzwaldt bereits im Promotionsstudium in Bielefeld am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung, im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Auslandsaufenthalte während des Studiums und danach führten sie an Universitäten und in internationale Organisationen, u. a. UNESCO und Weltbank, in Moskau, Paris, Washington DC und Boston. Nach der Promotion war sie an der Jacobs University Bremen als Referentin der Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula M. Staudinger tätig sowie am Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (ifq) in Berlin, das heute Teil des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) ist.

Dissertationsvorhaben

Abgeschlossene Promotionen



Dr. Matthias Rosenbaum-Feldbrügge

Am 30. Januar 2020 hat **Matthias Rosenbaum-Feldbrügge** seine englischsprachige Doktorarbeit in historischer Demographie an der Radboud-Universität Nimwegen in den Niederlanden verteidigt. Seine Betreuer waren Prof. Dr. Angélique Janssens und Prof. Dr. Jan Kok, der Titel lautet „Dealing with demographic stress in childhood: Parental death and the transition to adulthood in the Netherlands, 1850-1952“. In einer interdisziplinären Arbeit untersuchte er mit quantitativen Methoden, wie sich der Tod eines Elternteils in der Kindheit auf den Übergang ins Erwachsenenalter auswirkte. Dabei wurden das Verlassen des Elternhauses, das Heiratsverhalten sowie der berufliche Erfolg eingehend untersucht. Die Ergebnisse legen dar, dass der Tod der Mutter deutlich negativere Auswirkungen auf den gleichmäßigen Übergang ins Erwachsenenalter hatte als der Tod des Vaters, was darauf hindeutet, dass der mit dem Tod der Mutter einhergehende Verlust elterlicher Fürsorge besonders nachteilig war.



Dr. Ellen von den Driesch

Im Mai 2020 schloss **Ellen von den Driesch** ihre Dissertation „Unter Verschluss. Zur Geschichte des Suizids in der DDR 1952-1990“ in Soziologie an der Universität Potsdam unter der Betreuung von Prof. Dr. Ulrich Kohler und Prof. Dr. hc. Jutta Allmendinger PhD mit summa cum laude ab. In ihrer Dissertation hat Ellen von den Driesch die von den DDR-Behörden seit Mitte der 1970er Jahre unter Verschluss gehaltenen und verloren geglaubten Suizidstatistiken in umfangreichen Recherchen in Archivmaterialien wiederentdeckt und in einen Datensatz überführt. Dieser Datensatz erlaubte erstmals eine systematische Analyse der Geschichte des Suizids des Landes. In der Dissertation wird diese Beschreibung des Suizidgeschehens in vielfältige sozialwissenschaftliche und historische Bezüge einbezogen. Die Dissertation ist ebenso wie der Datensatz (Suicide, demographic, socio-structural, infrastructure and crime statistics of the German Democratic Republic, 1952-1990. Version: 1. GESIS Datenarchiv) Open Access verfügbar. Für ihre Dissertation wurde Frau Ellen von den Driesch mit dem Nachwuchspreis der Deutschen Gesellschaft für Demographie ausgezeichnet.



Dr. Robert Naderi

Im November 2020 verteidigte **Robert Naderi** an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz seine Dissertation „Kinderzahl, Paarbeziehung und Migrationshintergrund. Vergleichende Analysen mit Fokus auf die Türkei als Herkunftskontext“ (Betreuer: Prof. Dr. Norbert F. Schneider, Prof. Dr. Gunnar Otte). Die übergeordnete Fragestellung dieser kumulativen Arbeit, die aus vier Publikationen und einem Rahmenpapier besteht, lautet: Inwieweit und warum unterscheiden sich Menschen mit türkischer Herkunft von Menschen ohne Migrationshintergrund in Deutschland, bezogen auf Geburten, Paarbeziehungen und Familie? Dazu kann gesagt werden, dass die Unterschiede deutlich sind und zu einer steigenden Diversität bzw. Vielfältigkeit von Lebensformen beitragen. Die Ergebnisse lassen nicht zwangsläufig eine Interpretation in Richtung demografischer Angleichung zu, wenn sozioökonomische und generationenbezogene Einflüsse auf eine Verringerung der Kinderzahl feststellbar sind. Vielmehr scheinen sich bei den Menschen mit türkischem Migrationshintergrund, die in Deutschland aufgewachsen sind, eigenständige hybridisierte Muster zu entwickeln.

Des Weiteren promovierte **Michael Mühlichen** im Fachbereich Demografie bei Frau Prof. Dr. Gabriele Doblhammer an der Universität Rostock. In seiner Dissertationsschrift „Premature Mortality in the German Baltic Sea Region Now and Then: Patterns and Trends from a Regional and Historical Perspective“ untersucht er die Trends und Muster vorzeitiger Sterblichkeit im deutschen Ostseeraum in Vergangenheit und Gegenwart. Basierend auf demografischen Methoden wird aufgezeigt, wie sich die zentralen Determinanten im Laufe des epidemiologischen Übergangs gewandelt haben. Ernährung und Hygiene waren entscheidende Faktoren im 19. Jahrhundert, die - je nach sozialer Schicht - zu signifikanten Variationen in der Säuglingssterblichkeit führten. Heute spielen der Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung und risikorelevantes Verhalten eine wichtigere Rolle in der Region, in welcher Männer im Osten die höchsten Raten vermeidbarer Sterblichkeit aufweisen.



Dr. Michael Mühlichen

IMPRESSUM

© 2021

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Friedrich-Ebert-Allee 4

65185 Wiesbaden

Direktor: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Telefon: 0611-752235

Telefax: 0611-753960

E-Mail: post@bib.bund.de

De-Mail: kontakt@bib-bund.de-mail.de

Internet: www.bib.bund.de

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung

- auch auszugsweise - bedürfen der

ausdrücklichen Genehmigung des

Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Redaktion:

Christian Fiedler

Layout und Lektorat:

Christian Fiedler, Sybille Steinmetz, Britta Müller

Druck:

Hausdruckerei des Statistischen Bundesamtes,

Wiesbaden

Erschienen im Mai 2021

urn:nbn:de:bib-jb-2021-014

Bildnachweis: BiB (14, 22, 40); BMI (5, 8, 9, 10, 67); Kai-Yi Chiu (28); Gesine Born (5); Christian Fiedler (5, 30, 43, 66, 68, 70, 75, 76, 77, 78, 79, 80); Jürgen Heinrich (6, 24); Ulrich Krieger (39); Juliane Liebers (13, 47, 62, 63); Andreas Mergenthaler (16); privat (18, 78, 79, 80); Adobe Stock: scaliger (32); Kirsty Pargeter (35); Victoria (36); wellphoto (59); Getty Images: Radoslav Zilinsky (60), narvikk (65)

